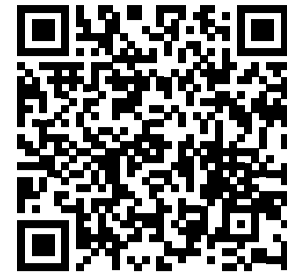




Abonnieren Sie den
GZ-Newsletter unter
www.gemeindezeitung.de/
newsletter
oder scannen Sie diesen
QR-Code.



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Erster Bürgermeister Martin Birner, diesjähriger Gastgeber der Jahresversammlung des Bayerischen Gemeindetags. Im Hintergrund spielt die neugegründete und noch namenlose Bürgermeisterinnen- und Bürgermeister-Blaskapelle, die an diesem Tag das erste Mal gemeinsam probte und auftrat.

Bild: Stadt Neunburg vorm Wald

Bayerischer Gemeindetag in Neunburg vorm Wald:

Lösungssuche in Krisenzeiten

Im Zeichen von Ukrainekrieg, Energieknappheit, Flüchtlingskrise und Inflation stand die diesjährige Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Neunburg vorm Wald. Aus Sicht von Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl „wirkt das Zusammenreffen mehrerer Krisen zur gleichen Zeit als Brandbeschleuniger zunehmender Unzufriedenheit und Radikalisierung“. Deshalb habe er „größte Sorge um den sozialen und demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft“.

Viele Menschen im Lande fühlen sich zu Recht abgehängt und unverstanden, so Brandl. Die Energiekostenentwicklung und das zögerliche Gegensteuern seien für ein akzeptanzbasiertes politisches Gemeinwesen nahezu unverdauliche Kost. Transferleistungsempfänger würden als Privilegierte empfunden, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte sähen sich zunehmend als „Melkkühe der Nation“, von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse könne mit Blick auf das 9-Euro-Ticket, offenbar angestrebtes voraussetzungsloses Grundeinkommen (Stichwort Bürgergeld) und weiteren sozialen Wohltaten nicht ansatzweise gesprochen werden. „Ich appelliere an die Politik in Bund und Freistaat: Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat Verfassungsrang.“

Die Politik hat darauf hinzuwirken, diese Gleichwertigkeit zu schaffen. Das ist ein Verfassungsauftrag!“, mahnte der Gemeindetagschef an.

Brandl kritisierte ideologische Diskussionen um die richtigen

Maßnahmen zur Energiewende und zur Eingrenzung der Energiekosten. Er lobte das Aus für die geplante Gaspreismulde, forderte aber eine rasche und transparente Umsetzung der beschlossenen Gaspreibremse. Auch der Ausbau der Stromnetze, insbesondere die Leitungen von Nord nach Süd, müssten deutlich beschleunigt werden. Planfeststellungsverfahren mit Laufzeiten von bis zu zwei Jahrzehnten seien keine geeigneten Verfahren, um die neue Energiekulisse schnell umzusetzen.

Eine deutliche Absage erteilte der Präsident auch einer eigenen Kompetenz der bayerischen Landkreise zur Energiegewinnung. Vielmehr forderte er, über gemeinsame Kooperationen zur Energiegewinnung mittels Zweckverbände aus Gemeinden und Landkreisen einen nachhaltigen Beitrag zur Energiewende zu erreichen.

KKWs weiter betreiben

Um die Energieproduktion weiter sicherzustellen, gilt es nach Brandls Überzeugung, bestehende Kernkraftwerke weiter zu betreiben, zumindest, bis die Krise überwunden sei. Wirtschaft und Bürger bräuchten endlich Sicherheit und nicht dieses „unsägliche, monatelange Rumgeeiere“. „Was“, so fragte Brandl, „ist das für ein eigenartiges Demokratieverständnis, wenn die politischen Verantwortlichen ignorieren, dass 75 Prozent der Bevölkerung die Kernkraftwerke am Netz halten wollen?“ Niemand habe bisher von einem Ausstieg aus dem Ausstieg gesprochen. „Es geht jetzt (Fortsetzung auf Seite 4)

9. Bayerisches BreitbandForum in Amberg:

Digitale Lebensversicherung

Überwältigende Resonanz: Über 500 kommunale Entscheidungs- und Mandatsträger sowie leitende Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen, Ministerien, aus Wirtschaft und Verbänden, nahmen am 9. Bayerischen BreitbandForum in Amberg teil und sorgten damit für einen Besucherrekord. Zudem folgten 70 Aussteller, auch aus dem europäischen Ausland, der GZ-Einladung. Medienpartner war einmal mehr TV Bayern live.

„In Amberg ist das Bayerische Breitbandzentrum zu Hause und damit der zentrale Ansprechpartner für den geförderten Breitbandausbau in Bayern“, führte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung aus. Obwohl die Be-

reitstellung von schnellem Internet nach wie vor nicht als zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert ist, stelle sie einen essenziellen Standortfaktor dar. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss könne echter Wettbe-



V.l.: GZ-Veranstaltungsleitung Theresa von Hassel, Oberbürgermeister Michael Cerny, Stadt Amberg, Landrätin Tanja Schweiger, Landkreis Regensburg, Ministerialrat Bernd Geisler, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

Kraftwerk Jettenbach-Töging nimmt den Betrieb auf:

Zuverlässiger Strom aus Wasserkraft

Nach vier Jahren Bauzeit wurde das erneuerte und erweiterte Inn-Kraftwerk Jettenbach-Töging durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Umweltminister Thorsten Glauber feierlich in Betrieb genommen werden.

Der moderne Kraftwerksbau wurde neben dem historischen Bestandskraftwerk errichtet. Durch den Neubau konnte die installierte Kraftwerksleistung um rund 40 Prozent, die Jahresstromerzeugung um rund 25 Prozent gesteigert werden. Am Standort Töging wird nun Strom zur Deckung des Jahresbedarfes von rund 200.000 bayerischen Haushalten erzeugt.

In seiner Festrede anlässlich der Inbetriebnahme betonte Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Spitzenposition

Bayerns bei den erneuerbaren Energien. Die Wasserkraft spiele dabei dank ihrer Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit eine besondere Rolle.

Echte Heimatenergie, CO2-frei und grundlastfähig

„Wasserkraft ist echte Heimatenergie. Hier entsteht in einem Jahrhundert-Bauwerk ökologischer Strom für 200.000 Haushalte. Bayern ist Land der Wasserkraft: Bayern ist Land der Wasserkraft: Insgesamt erzeugen 4.200 kleine und große Anlagen Strom



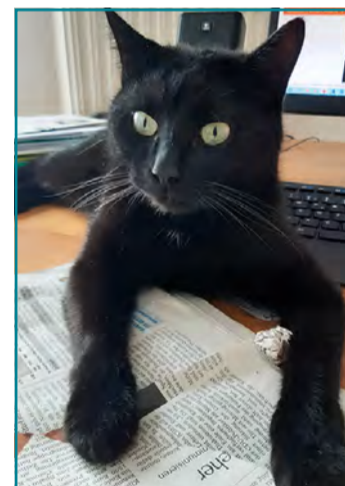
V.l.: Töging's Stadtoberhaupt Dr. Tobias Windhorst, Umweltminister Thorsten Glauber, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Dr. Michael Strugl, Vorstandsvorsitzender von VERBUND. Bild: Verbund

Für die Energiewende jedes Jahr eine Milliarde Euro

Dr. Michael Strugl, Vorstandsvorsitzender von VERBUND dankte nicht nur für die Wertschätzung gegenüber dem Wasserkraft-Unternehmen sondern gab an diesem „guten Tag für die Energiewende“ ein Versprechen ab: „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine zentrale Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Klima- und Biodiversitätskrise sowie Abhängigkeiten, die wir derzeit schmerzlich spüren, verlangen entschiedenes Handeln von uns allen gemeinsam. VERBUND leistet seinen Beitrag, dass wir die gesteckten Klima- und Energieziele, auch in Bayern, erreichen können. Heute dürfen wir einen Meilenstein feiern: die Inbetriebnahme des Kraftwerks Jettenbach-Töging bringt uns den bayerischen Ausbauziele bei der Wasserkraft um 14 % näher. Wir ruhen uns auf diesem Erfolg nicht aus und daher investiert VERBUND jedes Jahr 1 Mrd. Euro in die Energiewende.“

Hoher Stellenwert für Ökologie und Effizienz

Dr. Achim Kaspar, Aufsichtsratsvorsitzender der VERBUND Innkraftwerke, betonte, wie hoch der Stellenwert der Ökologie (Fortsetzung auf Seite 4)



Ein hochbetagtes Staatsoberhaupt stirbt und es folgt ein neues Staatsoberhaupt, das die Altersgrenze längst überschritten hat: Trotz seiner republikanischen Grundeinstellung verbrachte unser Rathauskater Pino viel Zeit vor dem Fernseher, immer wenn es etwas Royales zu berichten gab, denn der unterhaltsame „Hokuspokus der Jahrhunderte“ fasziniert ihn. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Holetschek: Mehr Mut bei Reform des Gesundheitssystems	. 2
Konferenzen von Landes- und Bundes-SGK 2
Trauer um Barbara Stamm 2
GZ-Kolumne Eva Weber: Wer anschafft, der zahlt – oder? 3
Flüchtlingsgipfel in Berlin 3
Bayerischer Landkreistag: Brandbrief an Lauterbach 3
Kommunale Finanzthemen 5-8
Kommunale Energiethemen 8-11
Wasser • Abwasser 12-13
Aus den bayerischen Kommunen 14-16

Gesundheitsminister Klaus Holetschek.

Mehr Mut bei Reform des Gesundheitssystems

Potenzial der sektorenübergreifenden Versorgung heben / Nutzung von Gesundheitsdaten

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat zu mehr Mut bei den nötigen Reformen des Gesundheitssystems aufgerufen. Holetschek sagte anlässlich der Eröffnung des 21. Europäischen Gesundheitskongresses München: „Das Motto des diesjährigen Kongresses ‚Mehr wagen statt klagen – Die unterschätzten Möglichkeiten unseres Gesundheitswesens‘ spricht mir aus dem Herzen. Es bringt die mentalen Qualitäten zum Ausdruck, die wir brauchen, um unser Gesundheitssystem als Erfolgsmodell zu erhalten.“

Besonderes Potenzial sieht Holetschek im Ausbau der sektorenübergreifenden Versorgung. Der Minister erläuterte: „Unser Gesundheitssystem ist auf vielerlei Weise herausgefordert: Fachkräftemangel, hoher Kostendruck in allen Bereichen und Schwierigkeiten bei Nachbesetzungen von Arztsitzen, insbesondere im ländlichen Raum, sind nur einige Beispiele. Durch den Ausbau regionaler Versorgungsnetzwerke können wir sachgerecht auf den Bedarf vor Ort eingehen und zugleich dazu beitragen, effizient die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu nutzen. Die Gesundheitsregionenplus bilden in Bayern schon ein erfolgreiches Netzwerk zur Optimierung der regionalen Gesundheitsvorsorge und -versorgung sowie der Pflege.“

Holetschek fügte hinzu: „Zudem können intersektorale Gesundheitszentren eine Brücke zwischen ambulanter und stationärer Versorgung bilden und auch etwaige Versorgungslücken vermeiden. Hierfür fehlen aber aktuell noch tragfähige rechtliche, strukturelle und insbesondere finanzielle Rahmenbedingungen. Diese muss der Bund rasch schaffen.“

Krankenhausplanung muss in der Hand der Länder bleiben

Der Minister forderte außerdem, dass die Krankenhausplanung auch künftig in der Hand der Länder bleiben müsse: „Das Versagen einiger Länder bei der Investitionskostenförderung darf nicht als Begründung für die Abschaffung oder grundlegende Umgestaltung eines bei richtiger Ausgestaltung erfolgreichen Systems herangezogen werden.“

Holetschek erläuterte, dass sich die bayerische Krankenhauslandschaft stark verändere – unter anderem durch den medizinischen Fortschritt, zunehmende Spezialisierung und sich ändernde Qualitätsanforderungen. Der Minister betonte: „Wir dürfen den bedarfsgerechten Strukturwandel nicht durch

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Kössel
87637 Eisenberg
am 3.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Aumeier
93468 Miltach
am 27.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Grundner
84405 Dorfen
am 1.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jochen Vogel
97769 Bad Brückenau
am 24.10.

Bürgermeister Franz Rasp

83471 Berchtesgaden
am 28.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

planwirtschaftliche Strukturen und kleinteilige Vorgaben des Bundes gefährden. Die bayerische Krankenhausplanung hat sich hier bewährt: Sie analysiert die Veränderungen und begleitet den Strukturwandel erfolgreich. Auf dieser Grundlage finanziert Bayern die notwendigen Maßnahmen mit einem jährlichen Förderetat in Höhe von aktuell rund 643 Millionen Euro und sichert damit die Leistungsfähigkeit seiner Kliniken. Es gibt keinen Investitionsstau.“

180 Millionen Euro für Digitalisierung

„Mehr wagen‘ gilt auch bei den Themen Digitalisierung und IT-Sicherheit, so der Minister. Hier übernehme der Freistaat im Krankenhausbereich die komplette Kofinanzierung für Projekte, die durch den Krankenhauszukunftsfonds gefördert werden. Insgesamt stelle Bayern hierfür rund 180 Millionen Euro zur Verfügung. Die Bearbeitung der vom Bundesamt für Soziale Sicherung gebilligten Anträge durch das Landesamt für Pflege erfolge zügig. „Auch so helfen wir unseren Kliniken dabei, sich fit für die Zukunft zu machen.“

Der Minister stellte heraus, dass die Digitalisierung auch abseits der Kliniken ein Megatrend im Gesundheitssektor ist. Deutschland dürfe hier nicht den Anschluss verlieren. Holetschek sagte: „Wir müssen bei der Digitalisierung größer denken, zum Beispiel beim Thema Gesundheitsdaten. Wir brauchen endlich einen echten europäischen Gesundheitsdatenraum – für die Gesundheitsversorgung, die Gesundheits-

OB Dr. Thomas Jung als SGK-Vorsitzender bestätigt:

„Stark in den Kommunen“

Einstimmig wiedergewählt wurde der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, SGK Bayern e.V., Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, bei der SGK-Landeskonferenz in Nürnberg Anfang Oktober.

In seiner Rede vor den Kommunalvertretern aus ganz Bayern verwies Jung darauf, dass etliche Städte und Gemeinden in Bayern sozialdemokratisch regiert werden: „Die SPD ist stark in Bayerns Kommunen, wir stehen für Stabilität und Sicherheit!“. Gerade in der aktuellen Krise sei sozialdemokratische Politik gefragt. Dem pflichtete auch der Vorsitzende der BayernSPD Florian von Brunn bei: „Wir setzen uns für Unterstützung unserer Kommunen und Stadtwerke in der Energiepreiskrise ein.“

Weichen für die Kommunalwahl gestellt

Bei einer Podiumsdiskussion mit der BayernSPD-Vorsitzenden Ronja Endres wurden die Weichen für die Kommunalwahl 2026 gestellt. Die SPD will ihre kommunalpolitischen Erfolge weiter ausbauen und insbesondere junge Menschen und Frauen als Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen. MdL Klaus Adelst zeigte sich motiviert: „Kिता-Ausbau, Ganztagesbetreuung, Flüchtlingskrise – überall

forschung und auch für die Gesundheitspolitik. Gesundheitsdaten können Leben retten. Bayern setzt sich durch Initiativen und die Förderung von Projekten und Veranstaltungen massiv für ihre bessere Nutzung ein. Zudem fordern wir mit Blick auf den bestehenden Fachkräftemangel vom Bund, unnötige Bürokratie zu vermeiden und das reibungslose Funktionieren der Technik sicherzustellen, damit das medizinische und pflegerische Personal seine Zeit besser den Patientinnen und Patienten als dem PC oder gar dem Fax widmen kann.“

Holetschek ergänzte: „Wir haben beim Thema Gesundheitsdaten schon viel erreicht: Bund und Länder werden sich in ei-

Fachkonferenz der Bundes-SGK:

Resilienz in den Kommunen stärken

Mit der Zukunftsgestaltung der Kommunen und der Stärkung der Resilienz in den Städten, Gemeinden und Kreisen befasste sich die zweitägige Fachkonferenz der Bundes-SGK „zukunf.kommunal.konkret“ in Leipzig. Im Zentrum standen die Themen „Kommunen in der Transformation“, Energieversorgung in den Städten“ sowie „Armutsbekämpfung in den Kommunen“. In Video-Botschaften wandten sich Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesinnenministerin Nancy Faeser und SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert an die Teilnehmer.

Wie Kühnert betonte, bedrohe die Energiekrise und die dadurch ausgelösten Preisentwicklungen die Handlungsfähigkeit der Kommunen und ihrer Stadtwerke. Diese Schieflage beobachtete die Ampel-Koalition im Bund mit Sorge. Kühnert wies darauf hin, dass die SPD in der Lage sei, wichtige Debatten voranzutreiben und sich durchzusetzen. Sie habe „feine Antennen für die Gerechtigkeitsfragen dieser Zeit“.

VKU-Chef Ingbert Liebing sprach sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion für die kommunale Wärmeplanung aus: „Wir brauchen keine One-Size-Fits-All-Lösung, stattdessen eine, die

ner neuen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz Bayerns und des Bundesgesundheitsministeriums mit der Nutzung von Gesundheitsdaten und der Weiterentwicklung ihres Schutzes beschäftigen. Im Dezember werden wir ein Symposium mit der Bayerischen Akademie für Wissenschaften durchführen, um die Diskussion voranzubringen und konkrete Forderungen für ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz zu präsentieren. Doch es gibt hier noch viel zu tun – packen wir es weiter mutig an!“

DigiMed Bayern

Der Minister fügte hinzu: „Vor wenigen Wochen haben wir die Förderung unseres Leuchtturmprojekts ‚DigiMed Bayern‘ verlängert und das Projekt noch einmal erweitert. Es soll die Nutzung von Gesundheitsdaten im Bereich der Herz-Kreislauf-Erkrankungen deutlich verbessern. Damit ist Bayern in diesem Bereich absoluter Vorreiter in Deutschland.“

an die Bedingungen vor Ort angepasst ist.“

Armutsbekämpfung

Zur „Armutsbekämpfung in den Kommunen“ nahm Sachsens Sozialministerin Petra Köping Stellung. Sie erklärte: „Die Armutsbekämpfung ist angesichts Energiepreissteigerung und Inflation ein noch viel brennenderes Thema als ohnehin schon. Bund und Länder müssen die Kommunen unbedingt dabei unterstützen, die Belastungen abzufedern und widerstandsfähiger zu werden. Allen ist klar, dass das für die Kommunen selbst starke Belastungen auferlegt. Doch sie sind am nächsten dran an den Menschen, verfügen über eine starke Sozialinfrastruktur und stärken mit einer vertrauensvollen Kommunalpolitik nicht nur die soziale Lage, sondern auch den Mut und die Zuversicht der Bürgergemeinschaften. Dies ist wichtig für die Stabilität der Gesellschaft.“

Agilität durch Digitalisierung

„Mehr Agilität durch Digitalisierung“ lautete das Thema eines von insgesamt sechs Fachforen. Betrachtete man Digitalisierung als komplexe Aufgabe, wäre Agilität sicherlich ein gutes Mittel, um diese Herausforderung besser, schneller und wirksamer als bisher anzugehen, hieß es. Agilität dürfe nicht nur auf den Instrumentenkoffer (Tools) reduziert werden, wie dies aktuell an vielen Stellen zu beobachten sei. „Hippe“ Instrumente allein machten noch nicht agil. Dazu zählten auch Praktiken, Prinzipien, Werte und vor allem ein entsprechendes Mindset. Für wirksame Agilität brauche es aktive Strukturveränderungen, kommunale Steuerung und eine systematische Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter. Letztendlich, so der Tenor, trage die persönliche Agilität jedes Einzelnen zur notwendigen Agilität einer ganzen Kommune bei – auch wenn diese in den Bereichen ganz unterschiedlich ausgeprägt ist. DK

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

Medientraining: Grundkenntnisse

11. Januar 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Sie haben etwas zu sagen! Klar, denn Sie arbeiten als Pressereferenten, in der Öffentlichkeitsarbeit oder als "Entscheider" für Ihre Heimat. Doch wie vermitteln Sie am besten Ihre Inhalte? Wie springen die Medien auf Ihre Bekundungen an? Und wie ticken Journalisten eigentlich? All das erfahren Sie in diesem Seminar. Für Sie wird es ab sofort kein Problem sein, mit der Presse zu agieren, denn mit diesem Kurs sind Sie auch in der Präsentation und Ihrer Rhetorik gewappnet und wissen, wie man sich, seine Schutzbefohlenen und die Heimat in der Öffentlichkeit präsentiert.

Inhalt: Wie ticken Journalisten? Wie präsentiere ich am besten? Welche Situationen gibt es? Rhetorik, Tipps & Tricks

Referent: Maximilian von Rossek, Politikjournalist

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bayerisches FachkräfteForum in Neu-Ulm

Zum Thema „Strategien zur Gewinnung von Fachkräften mit Migrationshintergrund in der Region Neu-Ulm“ findet die nächste Präsenz-Veranstaltung am 24. Oktober 2022, von 16⁰⁰ Uhr bis 20⁰⁰ Uhr im Edwin Scharff-Haus in Neu-Ulm statt.

Informationen: <https://t1p.de/4zwap>

Anmeldung: interkulturellesNU@neu-uhl.de

Trauer um Barbara Stamm

Nach längerer Krankheit ist die ehemalige bayerische Landtagspräsidentin und langjährige stellvertretende CSU-Vorsitzende Barbara Stamm im Alter von 77 Jahren in ihrer Heimatstadt Würzburg verstorben. Spitzenvertreter von Politik und Sozialverbänden haben mit Bestürzung auf Stammers Ableben reagiert. Geehrt wurde sie mit einem Trauerstaatsakt im Würzburger Dom.

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas schrieb auf Twitter, Stamm sei mit ihrem beeindruckenden Lebensweg ein echtes Vorbild gewesen. „Sie war Bayerns soziales Gewissen, Maßstab und Vorbild im Einsatz für die Mitmenschen“, würdigte Ministerpräsident Markus Söder die Verstorbene. „Ihr großes Herz gehörte den Familien und ganz besonders den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Mit ihrer Hilfsbereitschaft und Wärme war sie ein Vorbild für viele Menschen auch für mich ganz persönlich. Ich verneige mich vor ihrem Lebenswerk, sie wird mir als Ratgeberin und Mensch fehlen. Barbara Stamm war die bedeutendste Politikerin im Freistaat und Mutter Bayerns. Einmal von einer Sache überzeugt, konnte sie wie keine andere ihre Mitmenschen für sich gewinnen und für die gute Sache werben. Barbara Stamm war Patin für ihre Heimatregion Würzburg, wie niemand sonst vereinte sie Empathie und Lebensfreude.“

Als buchstäbliche „Landesmutter – die erste in Bayern“ bezeichnete die amtierende Landtagspräsidentin Ilse Aigner ihre Vorgängerin. „Wir verlieren mit Barbara Stamm eine über alle Parteigrenzen beliebte und hochgeschätzte Politikerin, die sich jahrzehntlang vor allem für die Ärmern und Schwächeren in unserer Gesellschaft einsetzte und ihnen eine Stimme gab.“ Als erste Frau an der Spitze des Bayerischen Landtags habe sie sich großen Respekt und hohes Ansehen erworben. „Wir verlieren mit ihr ein großes Vorbild für Frauen in der Politik, eine leidenschaftliche Kämpferin für die Schwachen in der Gesellschaft und eine überzeugte Demokratin. Sie war, sie bleibt ein Leuchtturm für Demokratie und Menschlichkeit“ im Freistaat, hob Aigner hervor.

Mit großer Betroffenheit hat auch der Bayerische Bezirkstag auf Barbara Stammers Tod reagiert. Zeit ihres Lebens sei sie nah bei den Menschen und deren Anliegen gewesen. Gerade sozial betroffene Menschen, wie Behinderte, Pflegebedürftige oder Kranke seien mit ihren speziellen Anliegen bei Barbara Stamm in besten Händen gewesen. Bis zuletzt war sie Landesvorsitzende der Lebenshilfe in Bayern und kämpfte in der von ihr initiierten Bayerischen Kinderhilfe Rumänien e.V. für die Benachteiligten in der Gesellschaft. „Mit ihrem Wirken hat Barbara Stamm erheblich zu einer sozial gerechteren Gesellschaft beigetragen. Barbara Stamm war und bleibt ein prägendes Vorbild in der Politik“, unterstrich Bezirkstagspräsident Franz Löffler.

Von 2008 bis 2018 stand Barbara Stamm an der Spitze des Bayerischen Landtags. Insgesamt gehörte sie 42 Jahre lang dem Landtag an, zudem war sie mehr als 13 Jahre lang Mitglied der Staatsregierung, unter anderem als Staatssekretärin und Ministerin sowie von 1998 bis 2001 als stellvertretende Ministerpräsidentin. Von 1993 bis 2017 war sie stellvertretende Parteivorsitzende der CSU. DK

Flüchtlingsgipfel in Berlin:

Kommunen am Anschlag

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen haben sich Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen in Berlin zum „Flüchtlingsgipfel“ getroffen. Wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser betonte, gehe es in der aktuell sehr angespannten Situation darum, „wie wir unsere Hilfe für Geflüchtete bestmöglich koordinieren – gerade mit Blick auf die Wintermonate, die vor uns liegen“.

Von Jahresbeginn bis September haben nach Angaben des Bundes fast 135.000 Menschen einen Erstantrag auf Asyl gestellt und damit knapp 35 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Zudem müssen Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht werden, die ohne Visum einreisen können und für einen legalen Aufenthalt keinen Asylantrag stellen müssen.

Auf allen Ebenen unseres Staates Großartiges geleistet

Gemeinsam hätten die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland viele Menschenleben gerettet, erklärte Faeser mit Blick auf die Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine, die sich vor Putins Angriffskrieg in Sicherheit bringen mussten. „Wir haben seit Kriegsbeginn mehr als eine Million Menschen in Deutschland aufgenommen und versorgt, hier wird auf allen Ebenen unseres Staates Großartiges geleistet“, so die Ministerin. Die Bundesregierung stehe eng an der Seite der Kommunen, denn sie trügen die Hauptlast dieses Kraftakts und kämen an die Grenzen ihrer Kapazität.

Neben den bereits bereitgestellten Unterbringungsmöglichkeiten für mehr als 64.000 Menschen in Bundesimmobilien habe die Bundesregierung den Kommunen weiteren Wohnraum für etwa 4.000 Menschen angeboten. Dabei handelt es sich beispielsweise um Kasernen oder leerstehende Bundesverwaltungsgebäude. Auch finanziell könnten die Kommunen weiterhin auf Hilfe vom Bund bauen: Im November ist laut Faeser ein Treffen von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten zur weiteren Finanzierung der Flüchtlingskosten geplant, dort werde man weitere Unterstützung vereinbaren.

Anstieg bei unerlaubten Einreisen

Neben den Asylanträgen ist in den vergangenen Monaten auch die Zahl unerlaubter Einreisen gestiegen. Zusätzlich zur großen Fluchtbewegung aus der Ukraine kommen derzeit auch über das Mittelmeer und die

Balkanroute wieder erheblich mehr Menschen nach Europa. „Das macht mir Sorge, hier müssen wir klar für eine Begrenzung sorgen“, unterstrich Faeser. Deutschland werde daher die Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich verlängern. Die Bundespolizei kontrolliere außerdem verstärkt über die sogenannte Schleierfahndung an der Grenze zu Tschechien. Sie stehe dazu in engem Austausch mit den europäischen Partnern, versicherte die Ministerin. Dabei gehe es vor allem um die Visaerleichterungen der serbischen Regierung und einen verstärkten Einsatz von Frontex.

„Unsere Kommunen sind bei der Unterbringung am Anschlag“, unterstrich der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Die Zugangszahlen nach Bayern sowohl von Asylsuchenden als auch von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine lägen in diesem Jahr mit weit mehr als 200.000 Personen bereits jetzt über dem Niveau von 2016.

Obgleich auf allen Ebenen der Flüchtlingsaufnahme die Kapazitäten seit Monaten massiv ausgedehnt wurden, kämen die Aufnahmesysteme zusehends an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit. Die Alarmsignale seien nicht zu übersehen. Herrmann bekräftigte, dass alle Anstrengungen unternommen würden, um diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, angemessen unterzubringen und zu versorgen. Dennoch müsse anerkannt werden, dass Aufnahmekapazitäten nicht beliebig hochgefahren werden können, sondern es sich sowohl bei Wohnraum als auch bei Personal um endliche Ressourcen handle.

Bundesregierung setzt falsche Signale

Herrmann kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung angesichts der ohnehin bereits hohen Zugangszahlen völlig falsche Signale setze, wenn sie weiter zusätzliche Aufnahmeprogramme starte oder weitere Fehlanreize setze, wie bei der Reform des Bürgergeldes oder der Einführung des

Chancen-Aufenthaltsrechts. „Am Ende führt das zu einer Überlastung der Kommunen und zu einer Überforderung unserer Sozialsysteme. Im Übrigen warten wir immer noch darauf, dass der Bund endlich seiner Finanzierungsverantwortung im Bereich Asyl und Integration gerecht wird. Das betrifft sowohl die ungedeckten Kosten im Ukraine-Kontext wie auch die bislang fehlenden inhaltlichen Aussagen zu einer künftigen Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten sowie den Aufwendungen für Integration.“ Auch warte man immer noch auf die von der Bundesregierung schon vor Monaten angekündigte Rückführungsoffensive. „Obwohl vollumfänglich angekündigt, ist hier praktisch noch überhaupt nichts passiert.“

Landkreistag verlangt umgehende Lösungen

Auch der Deutsche Landkreistag forderte umgehende Lösungen ein. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die Landkreise brauchen mehr Unterstützung bei der Unterbringung, sowohl von den Ländern als auch vom Bund. Die Aussagen der Bundesinnenministerin zur beabsichtigten Begrenzung der Zuwanderung über die Balkanroute sind sehr zu begrüßen. In der aktuellen Situation geht es nicht nur um unzureichende Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen, um mangelnden Wohnraum und um fehlende Plätze in Kindergärten, Schulen oder Integrationskursen. Vielmehr stehen auch die Integrationsfähigkeit und der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel.“

Sager zufolge ist zu erwarten, dass sich das Fluchtgeschehen während der Wintermonate weiter intensiviert. „Feldlager oder Turnhallen sind keine Ideallösung, wenn Herbst und Winter kommen. Die Entwicklung hängt für die Ukraine zumindest auch davon ab, in welchem Umfang es gelingt, im Land selbst winterfeste Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus liegen Berichte vor, wonach in der Türkei der Druck auf dort ansässige Flüchtlinge aus Syrien wächst, die deshalb ebenfalls eine Flucht nach Europa in Betracht ziehen.“

Es gehe darum, das Ankunfts-geschehen zu begrenzen und zu steuern. „Die Situation in den Landkreisen ist vielerorts mittlerweile untragbar und spitzt sich weiter zu, die Unterbringungsmöglichkeiten gehen zur

Liebe Leserinnen und Leser,

der Beginn der Corona-Pandemie war gleichzeitig der Beginn der großen Zahlen. Die Corona-Hilfspakete haben sich ein ums andere Mal übertrafen, Milliardenbeträge purzelten durch die Nachrichten wie Äpfel im Herbst von den Bäumen. Ganz schwindelig von all den Zusagen und Programmen stellten auch wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erstaunt fest, wie schnell und vor allem wie viele Hilfen in einer Krisensituation durch den Staat leistbar waren.

Ähnliches erleben wir seit Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Von einer Zeitenwende wird gesprochen, Sondervermögen wird gebildet und seit dem Durchschlagen der Energiekrise dreht das Wort „Entlastungspaket“ in-

Wer anschafft, der zahlt – oder?

zwischen die dritte Runde. Ohne Frage: Die Bürgerinnen und Bürger landauf landab brauchen Unterstützung; und zwar zielgerichtet und nicht mit der Gießkanne – über das Energiegeld in Höhe von 300 Euro habe ich mich persönlich sehr geärgert, gehöre ich schließlich nicht zu der Bevölkerungsgruppe, die diese Hilfe vom Staat braucht. Die Ausweitung der Wohngeldberechtigten ist dafür sicher ein geeignetes Mittel und vom Grundsatz nicht zu kritisieren. Bei der Einführung des Bürgergelds sieht es schon anders aus, weil das System des Förderns und Forderns nun endgültig verlassen wird.

Ganz unabhängig von der politischen Bewertung der einzelnen Maßnahmen ist aber festzustellen, dass viele der in Berlin verkündeten Entlastungen gerade auf dem Säckel der Kommunen ausgetragen werden. Alleine die Erweite-

GZ

KOLUMNE
Eva Weber

© Stadt Augsburg/Martin Augsburg

rung der Wohngeldberechtigten bedeutet für meine Stadt Augsburg eine Verdreifachung der Bezieherinnen und Bezieher. Dies zieht zwangsläufig eine satte Erhöhung des Personalkostenvolumen in Höhe von knapp 2 Millionen Euro. Von den Sachkosten sprechen wir noch gar nicht. Und das einfach mal so. Zum 1. Januar 2023.

Ungeachtet der Tatsache, dass der Fachkräftemangel auch in der öffentlichen Verwaltung durchschlägt und das zusätzlich benötigte Fachpersonal auf dem Markt nicht verfügbar ist, stellt sich die Frage, wie die kommunale Ebene diese Mehrkosten schultern soll. Leider hat die letzte Runde zwischen den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und dem Bundeskanzler dazu auch keine Antwort gebracht, obwohl die kommunalen Spitzenverbände eine Klärung dringend angemahnt haben.

In Zeiten, in denen wir Kommunen selbst mit hohen Energiepreisen zu kämpfen haben, uns die Jugendhilfekosten aufgrund der Corona-Nachwirkungen stark strapazieren und Themen wie Mobilitätswende, Klimaschutz, Kita-Ausbau, Grundschulkinbetreuung oder Investitionen in Infrastruktur eh schon mit viel Kreativität gelöst werden müssen, sind die „Entlastungsbeschlüsse“ der Bundesregierung für die kommunale Ebene eine kalte Dusche. Die Kommunen im Regen stehen zu lassen und sich als Ampel-Regierung selbst dafür auf die Schulter zu klopfen, wie gut die Krisenbewältigung funktioniert, das ist für uns alle – die wir am Ende der finanziellen Nahrungskette stehen – wirklich bitter.

Da bleibt mir nur mit Karl Valentin zu sprechen: Hoffentlich wird es nicht so schlimm wie es schon ist!

Ihre Eva Weber

stv. Landesvorsitzende der KPVB Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Brandbrief an Lauterbach

Bayerischer Landkreistag fordert die Zahlungsfähigkeit der Krankenhäuser sicherzustellen

In einem Brandbrief an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach fordert der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin stellvertretend für seine bayerischen Kollegen kurzfristige gesetzgeberische Maßnahmen, um die Zahlungsfähigkeit der Krankenhäuser schnell, aber auch dauerhaft sicherzustellen.

„Schon der hohe Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten wie auch der krankenhausspezifischen Sachkosten haben die Betriebskostendefizite vieler Krankenhäuser in den vergangenen Monaten derart vergrößert, dass nicht wenige von ihnen in Existenznot geraten sind. Die nun eintretenden kurzfristigen Kostensteigerungen im Bereich der Energieversorgung, mit denen auch die Krankenhäuser konfrontiert sind, können aufgrund der Finanzierungslogik bei den Betriebskosten keinesfalls aufgefangen werden. Die Krankenhäuser können die Kostensteigerungen nicht weitergeben, weil ihre Leistungen über Fallpauschalen vergütet werden. Gleichzeitig werden die Kliniken von Zulieferern mit immer höheren Preisen konfrontiert.“ so Präsident Karmasin. Für ihn ist klar: „Wenn der Bund hier nicht mit kurzfristigen gesetzlichen Maßnahmen für einen Ausgleich der Inflations- und Energiekosten durch einen kostendeckenden Aufschlag auf die Fallpauschalen reagiert, werden innerhalb kürzester Zeit Krankenhäuser nicht mehr zahlungsfähig sein. Die Landkreise als Träger von kommunalen Krankenhäusern können diese zusätzlichen Kostensteigerungen keinesfalls übernehmen, da sie vielfach schon heute laufende Defizite aus der Betriebskostenfinanzierung stemmen müssen und nicht selten bereits an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stehen.“ □

Ich lese die GZ

» ... da ich wissen will, was in den bayerischen Kommunen gebraucht wird, um zu unterstützen, was wichtig und möglich ist. «

Karl Feller, MdL

1. Vizepräsident des Bayerischen Landtags



Lösungssuche in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

um die übergangsweise Sicherstellung des Energiebedarfs und nicht mehr!“

Mit Blick auf neue Flüchtlingsströme nach Bayern über die Balkanroute betonte Brandl: „Natürlich stecken hinter diesen Fluchtbewegungen menschliche Schicksale, aber eben auch Menschen, um die wir uns zum Teil dauerhaft kümmern müssen. Unterbringung, Ernährung, medizinische Versorgung, Bildung: Wer trägt die Folgekosten?“ Der Verbandschef forderte die Politik auf, „mehr Mut zum Nein“ aufzubringen. „Nein zu neuen Leistungsansprüchen, nein zu neuen Aufgaben, nein zu unbegrenztem Zugang und unbegrenzten Sozialleistungen“.

Beim Thema Ganztagsbetreuungsanspruch für Grundschü-

ler ab dem Schuljahr 2026/2027 machte Brandl deutlich: „Der Staat kann so viel Geld nehmen und übers Land streuen, wir werden es schlicht nicht schaffen, den Betreuungsanspruch sicherzustellen.“ Bis 2026 werden die Kommunen aller Voraussicht nach nicht über genügend Betreuer verfügen, aktuell rechnen man mit 10.000 fehlenden Fachkräften für die Ganztagsbetreuung. „Wo sollen die herkommen? Die können wir uns nicht einfach schnitzen“, stellte der Gemeindegatspräsident fest und ergänzte: „Kinderbetreuung ist im Übrigen auch und primär Aufgabe der Eltern. Hören wir endlich damit auf, der Menschheit zu suggerieren, dass der Staat ab Geburt des Kindes für Bildung und Betreuung allein zuständig ist. Auch hier gilt die Subsidiarität. Jeder hat seinen Beitrag zu leisten: Staat, Kommune und auch Eltern.“

Die Krisen meistern

Als weiteren wichtigen Aufgabenpunkt definierte Brandl die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und preiswerten Trinkwasserversorgung. Die neuen klimatischen Bedingungen erforderten, der Realität ins Auge zu blicken und zu

lernen, „in diesem Bereich aus dem Kirchturnkreis herauszugehen“. Hilfreich könnte es etwa sein, Notverbundsysteme mit Nachbarn zu schaffen. Zudem müsse im Rahmen eines „richtig angesetzten Sturzflutmanagements“ darüber nachgedacht werden, wie die Wasservorkommen sichergestellt werden können. „Regenereignisse zu nutzen und gleichzeitig Überflutungen zu vermeiden, indem wir Wasser speichern, wäre ein Ansatz“, hob der Präsident hervor.

Optimistisch gestaltete sich schließlich Brandls Ausblick: „Bayerns Gemeinden und Städte werden es auch diesmal wieder schaffen, die aktuellen Krisen zu meistern. Wir sind flexibel und anpassungsfähig. Wir haben leistungsfähige Verwaltungen und genießen in der Bevölkerung das meiste Vertrauen aller politischen Ebenen. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass dies so bleiben wird.“

Söder: Gemeinden sind Seele des ländlichen Raums

Zur Freude des Hausherrn, Bürgermeister Martin Birner, war Ministerpräsident Dr. Markus Söder in die Pfalzgrafenschaft gekommen, um vor knapp 150 versammelten Delegierten das Hohelied der Gemeinden als Seele des ländlichen Raums anzustimmen und sich in das Goldene Buch der Stadt Neunburg einzutragen. „Wir stehen fest an der Seite unserer Gemeinden, gerade in diesen schwierigen Zeiten“, betonte Söder. „Bei der Energie lösen wir mit dem bayerischen Härtefallfonds unserer Schutzversprechen ein. Aber auch die Klimakrise, die digitale Transformation und die Schaffung von Wohnraum werden vom Freistaat aktiv angegangen. Wohlstand für alle muss besonders in Bayerns ländlichem Raum weiterhin unser Zukunftversprechen bleiben: Unsere Gemeinden sind das Musterbeispiel für eigenverantwortetes Gestalten unserer Heimat.“

„Dieses Jahrzehnt stellt uns dauernd vor Herausforderungen“, konstatierte Söder. Die Corona-Pandemie habe die Kommunen vor enorme Aufgaben gestellt, die gemeinsam gut gemeistert wurden. Nach Expertenschätzung seien etwa 130.000 Leben gerettet worden. Nunmehr setze Bayern auf Sicherheit, Freiheit und Eigenverantwortung. Jeder habe die Möglichkeit, sich durch Impfung, das Tragen einer Maske und Tests zu schützen.

Bund muss Zusagen einlösen

Mit Blick auf die Unterbringung von Geflüchteten appellierte der Ministerpräsident an den Bund, seine finanziellen Zusagen einzulösen. Gänzlich offene Grenzen ohne jegliche Kontrollen, wie aktuell von manchen Politikern gefordert, seien in diesen Zeiten das falsche Signal. „Wir bleiben solidarisch, aber wir müssen es vernünftig organisieren“, unterstrich Söder.

Die Kernenergie müsse so lange weiter betrieben werden, bis die Krise überstanden sei. Gleichzeitig sei der Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren. Auch sei das Augenmerk verstärkt auf die Ertüchtigung der Wassersysteme zu legen.

Vorangebracht werden müsse auch die digitale Transformation. Söder hob in diesem Zusammenhang das „tolle Engagement der Kommunen“ im Rahmen des Digitalpakts hervor. Gut vorangekommen sei im Freistaat der Breitbandausbau. Insbesondere der ländliche Raum verzeichne riesige Fortschritte. Anders gestaltet sich die Situation beim Ausbau des Mobilfunknetzes. Hier gibt es aus Sicht des Ministerpräsidenten noch Luft nach oben.

Hass und Hetze gegen Lokalpolitiker und die Spaltung der Gesellschaft standen im Mittelpunkt eines abschließenden Podiumsgesprächs mit Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für politische Bildung, Tutzing, Dr. Andreas Hollstein, Geschäftsführer der VKU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Altena, Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und Erdings Oberbürgermeister Max Gotz.

Umgang mit Zukunftsängsten

„Zum politischen und medialen Umgang mit Zukunftsängsten und Verunsicherung“ äußerte sich Prof. Münch. Aus ihrer Sicht befindet sich die Gesellschaft durchaus noch in der politischen Mitte. Diese Mehrheit sei nur eben auch leiser als die lauten Gruppen an extremen Rändern. Neben der aktuellen „Multikrise“ gebe auch der gesellschaftliche Wandel Anlass zur Sorge, bekräftigte die Politikwissenschaftlerin: Kirche, Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Vereine verlor an Bedeutung, vertrauensstiftende Bindungen würden weniger. Zudem ermögliche die Digitalisierung eine ungefilterte Informationsflut, die mitunter nicht nur erdrückend, sondern auch ein Einfallsstor für Propaganda, Extremismus und Desinformationskampagnen sei.

Um keine Verdrossenheit zu schüren, müsse die Politik nachvollziehbar und kohärent handeln, unterstrich Münch. Aufgabe der politischen Bildung sei es, aufzuzeigen, dass auch die Politik vor Probleme gestellt ist und in einer Demokratie nicht wie in einer Autokratie durchregiert werden könne. Wichtig sei es, dass sich die schweigende Mehrheit der extremistischen Minderheit entgegenstelle.

Über seine Erfahrungen mit Hass und Hetze berichtete der ehemalige Rathaushauschef Dr. Andreas Hollstein. 2017 wurde

er in einer Dönerbude von einem jungen Mann mit einem Messer angegriffen. Vorausgegangen war sein Entschluss, im Zuge der Flüchtlingskrise in Altena freiwillig 100 Flüchtlinge mehr als vorgeschrieben aufzunehmen. Konzepte für dezentrale Unterbringung, Integrationspaten, Sprachkurse ab Tag eins lagen vor, kurzum: Man fühlte sich für diese Aufgabe gerüstet. In der Folge wurden Hollsteins Frau und Kinder belästigt, zündeten Jugendliche eine Flüchtlingswohnung an. Die Intensität der Drohungen nahm zu und gipfelte schließlich in der Gewalttat. Auch nach diesem Angriff

zeigte der Bürgermeister Rückgrat und führte nach eigenen Angaben das Amt aus für den Staat, den es zu erhalten gilt, für die Demokratie und für die Menschen, die sich in der Mitte der Gesellschaft bewegen. Die Resonanz war überwiegend positiv: Von den 2.000 E-Mails, die den Rathaushauschef nach dem Angriff erreichten, waren 1.700 wohlwollend. Hollstein riet dazu, mit derartigen Bedrohungen offen umzugehen, könne man damit doch auch andere Betroffene schützen. Trete der Bedrohungsfall ein, sei es ratsam, sich über Parteigrenzen hinweg mit den Opfern zu solidarisieren. **DK**

Freistaat soll Energie produzieren

Glauber: Wasserkraft in staatliche Hand nehmen

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber spricht sich dafür aus, dass der Freistaat künftig selbst erneuerbare Energien erzeugen soll. Der erste Schritt einer staatlichen Energieversorgung könnte über die Wasserkraft erfolgen.

Glauber: „Der brutale Angriffskrieg in der Ukraine zeigt: Wir müssen die Energieversorgung der Zukunft neu denken. Wir brauchen eine Revolution im Energiesektor. Der Dreiklang dazu lautet: Von Bayern, in Bayern und für Bayern. Die zentrale Aufgabe heißt Versorgungssicherheit für die Menschen und die Wirtschaft. Insbesondere der Ausbau der erneuerbaren Energien muss deutlich beschleunigt werden.“ Aktuell bietet die Übernahme von UNIPER SE durch den Bund die Möglichkeit, Wasserkraftwerke der UNIPER Kraftwerks GmbH zu übernehmen. Insgesamt geht es dabei um 97 Wasserkraftanlagen mit zusammen rund 970 Megawatt Leistung und rund 4.800 Gigawattstunden Stromertrag pro Jahr in den Kraftwerksgruppen Donau, Isar, Lech und Main. Die Wasserkraftanlagen erzeugen rund ein Drittel der bayerischen Stromproduktion aus Wasserkraft. „Wir stehen für eine gemeinwohlorientierte, ökologisch nachhaltige und klimaneutrale Nutzung der Wasserkraft. Wichtig ist, dass sich jetzt schnell und konsequent etwas bewegt“, so Glauber.

Der Staat sollte in Zukunft laut Glauber auch über die Wasserkraft hinaus ein eigenständiger Energieproduzent werden. So könnten erneuerbare Energien ausgebaut werden, ohne dass dafür Investoren erforderlich sind. „Der Freistaat hat eine Vorbildfunktion. Erneuerbare Energien sind Sicherung von Daseinsvorsorge und Arbeitsplätzen. Wir brauchen eine ganz neue Dynamik beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Außerdem brauchen wir deutlich höhere Investitionen in die Verteilernetze“, bekräftigte Glauber. So könnten beispielsweise Windräder auf staatlichen Flächen oder Photovoltaik-Anlagen durch den Freistaat selbst errichtet werden. Finanzielle Mittel dafür könnten über eine von Bayern bereits mehrfach geforderte Beteiligung der Länder an den Einnahmen des Bundes aus der CO₂-Bepreisung gewonnen werden. **DK**

Digitale Lebensversicherung ...



Die Sieger des Schafkopfturniers der Bayerischen Gemeindezeitung v.l.: Alois Scherer, Bürgermeister a.D. Deining, Anne-Marie von Hassel, GZ-Verlegerin, Frank Reichert, Landkreis Rhön-Grabfeld und Spielleiter Sepp Hundegger. Bild: CH

(Fortsetzung von Seite 1)
tor – Stichwort Telemedizin. Dies setze freilich die passende Infrastruktur voraus.

Bewährung in der Pandemie

Wie Regierungsdirektor Bernd Geisler vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat erläuterte, habe sich das flächendeckend schnelle Internet in der Pandemie bewährt. Von 2014 bis 2020 habe der Freistaat im Rahmen der Bayerischen Breitbandrichtlinie 1,2 Mrd. Euro in unterversorgten Gebieten gebilligt. Über 98 Prozent der bayerischen Haushalte haben inzwischen Zugang zu schnellem Internet (mind. 30 Mbit/s), und mehr als 91 Prozent Zugang zu mindestens 100 Mbit/s.

Bayernweit konnten seit 2018 bereits 3.752 Einrichtungen, da-

von 2.876 öffentliche Schulen, mit über 105 Millionen Euro gefördert werden. Mit dem bayerischen Förderprogramm „Glasfaser/WLAN-Richtlinie“ können alle öffentlichen Schulen im Freistaat direkt an leistungsstarke Glasfaser angebunden werden. 90 Prozent der öffentlichen Schulen sind bereits gigabitfähig versorgt. Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat Geisler zufolge den Weg geebnet und kann als erste Region in der Europäischen Union den Glasfaserausbau auch dort fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue Flecken). Bislang sind über 1.230 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen, 64 Prozent aller bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit bis 2025. **DK**

Zuverlässiger Strom aus ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Effizienz bei VERBUND einnimmt: „Wir haben auch hier in Bayern gezeigt, dass die Wasserkraft nicht nur Tradition sondern auch Zukunft hat: Ein bestehendes Kraftwerk ohne weiteren Eingriff in die Natur und Umwelt signifikant zu verbessern war eine Meisterleistung, + 25 % zusätzliche jährliche Stromerzeugung zeigen uns, dass die Wasserkraft eine verlässliche und starke Partnerin für die Erneuerbare Energiezukunft in Bayern ist. VERBUND und die VERBUND Innkraftwerke stellen dabei Tag für Tag unter Beweis, dass eine effiziente und ökologische Wasserkraft Realität sein kann. Unzählige Umweltmaßnahmen für Natur- und Artenschutz wurden auch hier im Zuge des Projektes umgesetzt. Hier gewinnen Wasserkraft und Umwelt.“

Mekka der Wasserkraft

„Töging ist das Mekka der Wasserkraft in Deutschland!“, attestierte Landrat Erwin Schneider aus Altötting und betonte die Bedeutung der Wasserkraft: „Die Energieerzeugung durch Wasserkraft war und ist Lebensader und Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis Altötting und hat deshalb herausragende Standortbedeutung. Gerade auch angesichts der aktuellen Krisenlage bei der Energieversorgung kommt die Erweiterung und Erneuerung des Kraftwerks Töging genau zur richtigen Zeit!“

Mühlendorfs Landrat Max Heimerl stellte die Inbetriebnahme des Neubaus in den historischen Kontext: „Der Bau des

Kanals und Kraftwerks vor 100 Jahren war eine außergewöhnliche Pionierleistung. Mit dem neuen Kraftwerk erlebt dieses Jahrhundertprojekt nicht nur seine Fortsetzung, sondern unternimmt zugleich einen Sprung in die Moderne. Dass dabei die vorhandene Substanz bestmöglich genutzt wird, ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich der Beitrag zur Energiewende ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich erhöhen lässt.“

Große Potenziale in Bayern

Michael Amerer, Geschäftsführer der VERBUND Innkraftwerke blickte zurück in die Zeit, als der Beschluss für die Umsetzung der Projektes Jettenbach-Töging gefasst wurde: „Wir haben immer an die Wasserkraft geglaubt – unsere Entscheidung von damals hat heute an zusätzlicher Bedeutung gewonnen. Das Projekt Töging ist mit dem heutigen Tag für uns noch nicht gänzlich abgeschlossen. Denn wir werden den historischen Bestand selbst nutzen: für das VERBUND Kompetenzzentrum Wasserkraft in Bayern. Gemeinsam mit der Ausbildung von Azubis in der Ausbildungsstätte Töging entwickeln wir den Standort weiter und stärken das Wasserkraft-Land Bayern auf seinem Weg in die Erneuerbare Energiezukunft.“

„Wir haben hier in Töging unter Beweis stellen können, dass in bestehenden Kraftwerken noch viel Energie steckt. Diese zu heben, ist Teil unserer Strategie. Wir müssen jedoch auch den Ausbau der Wasserkraft vor-

anbringen. Dazu haben wir Pläne und Überlegungen, die wir gerne als Beitrag zur Energiewende umsetzen wollen. Konkret haben wir ökologisch optimierte Projekte für die Untere Salzach vorgelegt, bei denen Synergien aus energetischer Nutzung und Flussanierung genutzt werden. Zudem wollen wir mit dem Energiespeicher Riedl auch die Speichermöglichkeiten für Strom aus Wind und Sonne aus Bayern in Bayern stärken“, sprach Innkraftwerke-Geschäftsführer Karl Heinz Gruber Projekte Zukunftsprojekte an.

Über das Kraftwerk Jettenbach-Töging

1919 wurde mit dem Bau des Ausleitungskraftwerks durch die Innwerk, Bayerische Aluminium AG, begonnen. Bis 1924 wurden die Wehranlage bei Jettenbach-Aschau, der fast 23 km lange Innkanal sowie das Kraftwerk in Töging am Inn errichtet. Eine technische Pionierleistung, die bis 2021 zuverlässig sauberen Strom aus erneuerbarer Wasserkraft lieferte.

Bis Mitte der 1990er Jahre wurde auch Gleichstrom erzeugt; seither wird ausschließlich Wechselstrom ins Netz eingespeist. Im historischen Krafthaus erzeugten bis 2021 14 Maschinensätze mit einer Gesamtleistung von 85 MW pro Jahr 557 GWh Strom.

Die drei Maschinensätze der neu errichteten Anlage ermöglichen nunmehr mit Kaplan-Turbinen eine Leistungssteigerung von knapp 40 % (von 85 MW auf 118 MW) und eine Steigerung der Jahresstromerzeugung um rund 25 % (von 557 GWh auf 696 GWh). Die Investitionssumme beträgt rund 250 Mio. Euro. **DK**

9. Bayerisches BreitbandForum:

Weitere Informationen

Sonderdruck, TV-Berichte, Vorträge, Links

In Ausgabe 24/2022 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungsdatum: 15. Dezember) wird eine Sonderdokumentation der Tagung veröffentlicht; Links zu den Vorträgen – soweit freigegeben – werden den Gästen übermittelt. Da die Dateien passwortgeschützt sind, können die Links ggf. unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de angefordert werden.

TV Bayern live berichtet über die Veranstaltung unter: <https://www.tvbayernlive.de/mediathek/video/breitbandforum-in-amberg>

und über die Aussteller unter: <https://www.otv.de/mediathek/video/70-aussteller-beim-neunten-bayerischen-breitbandforum/>

Weitere Infos und Links zu den Partnern: www.bayerisches-breitbandforum.de/

Kernbotschaften zum Abschied

GZ-Interview mit Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern

Die Zeichen stehen auf Wechsel: Am 31. März 2023 tritt Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, in den Ruhestand. Seit April 2013 verantwortet er das Ressort Sparkassen, das für Fragen des effizienten Betriebs-, der Steuerung und der Vertriebsförderung der Sparkassen sowie die Weiterbildung der Mitarbeitenden zuständig ist. Sein Nachfolger wird Stefan Proßer, derzeit Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Freyung-Grafenau. Über aktuelle finanzpolitische Herausforderungen auf europäischer und deutscher Ebene sowie Fragen der Sparkassen vor Ort äußerte sich Schmautz im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Herr Schmautz, in naher Zukunft werden Sie ihr Amt an Stefan Proßer übergeben. Rückblickend gesehen: Wo lagen die Herausforderungen bei Ihrem Amtsantritt und wo sehen Sie momentan dringenden Handlungsbedarf?

Schmautz: 2013 lagen die Herausforderungen in den Themenfeldern Regulierung, Digitalisierung und Niedrigzinsphase. Aktuell beschäftigen uns nach Corona immer noch die Regulierung und Digitalisierung, jetzt vor allem aber auch die Energiekrise, die Inflation sowie das Thema Nachhaltigkeit bzw. die ökologische Transformation der Wirtschaft.

GZ: Sparkassen sind die Mittelstandsfinanzierer. Haben die bayerischen Sparkassen nach Pandemie, Ukraine-Krieg und Energiekrise noch Spielraum für drohende Insolvenzen?

Schmautz: Die Sparkassen verfügen über KreditSpielraum, d.h. sie können ihren Kunden im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit Krediten helfen und für finanzielle Stabilisierung sorgen. Sie können aber auch nur Kredite gewähren, die ein mittelständisches Unternehmen aller Wahrscheinlichkeit nach wieder zurückzahlen kann. Deshalb ist hier auch staatliche Unterstützung vonnöten. Insgesamt ist das eine große Herausforderung in diesen unsicheren Zeiten.

GZ: Wie betroffen sind die Spar-

kassen von Inflation und Lohnsteigerungen? Wie sieht es mit der Energieversorgung der Filialen aus?

Schmautz: Die Sparkassen kümmern sich bereits um Energieeinsparungen und sie stellen die Energieversorgung sicher, insbesondere für die kritische Infrastruktur- für Zahlungsverkehr, Rechenzentren etc. Wir sind hier auf einem guten Weg. Die Kostensteigerungen dafür betreffen sowohl Sparkassen als auch Dienstleister in hohem Maße. Wir sind dabei, Lösungen zu finden, damit die hohen Kosten letztlich für alle verkräftbar sind.

GZ: Der Deutsche Sparkassen-Präsident Helmut Schleweis hat große Sorge, dass jetzt viele Bürger auf ihre Altersvorsorge zurückgreifen, weil das Geld nicht mehr zum Leben reicht.

Schmautz: Das bereitet auch mir Kopfschmerzen. Wir haben viele Kunden, die wenig oder gar nicht sparen können. Diese Kunden trifft die Inflation hart. Hier versuchen wir in Gesprächen zu erkennen, wo mittels Finanzierung und Überbrückung Hilfe möglich ist.

GZ: Hat die Entscheidung der EZB, den Leitzins massiv zu erhöhen, Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt?

Schmautz: Bei langfristigen Investitionen wird sich der höhere Zins sicherlich niederschlagen. Grundsätzlich haben wir in Bay-

ern einen überschaubaren Anteil an Kassenkrediten, weil die Kommunen in aller Regel noch ausreichend Liquidität besitzen. In den kommunalen Haushalten wird weniger der Zinsanstieg, als vielmehr der Energiekostenanstieg in den Städten und Gemeinden eine Rolle spielen.

GZ: Ist der Beschluss somit im Grunde eine Erleichterung für den gesamten Finanzmarkt?

Schmautz: Aus meiner Sicht kommt die Entscheidung der EZB zu spät. Wir hatten bereits im vergangenen Jahr wiederholt auf die steigende Inflationsrate hingewiesen. Den Leitzins zu erhöhen, war grundsätzlich richtig und ist für den Sparer sicherlich von Vorteil. Für die Kunden, die sich z.B. ein Haus finanzieren möchten, wird es dagegen schwer, die Finanzierungsraten zu stemmen. Das beobachten wir an den Immobilienmärkten insgesamt an der Nachfrage im Baufinanzierungsbereich, die bereits stark nachlässt. Insofern gehen wir auch davon aus, dass der Fokus künftig eher auf Renovierungs- und Sanierungsinvestitionen liegen wird.

GZ: Eine Frage an Sie als Digital-Experte zum Thema elektronische Bezahlverfahren: Wo geht die Reise hin?

Schmautz: Zunächst: Die bayerischen Sparkassen wollen Partner für jeden und jede sein. Wir merken aber z. B. massiv, dass Barzahlungen abnehmen. Die Kartenzahlung hingegen, immer häufiger auch kontaktlos, wird – vor allem unterstützt durch Corona – immer beliebter. Dabei ist die Girocard die meistgenutzte Karte im bundesweiten Zahlungsverkehr – Tendenz steigend. Und auch die Online-Bezahlung wird immer populärer. Schnell, einfach und sicher: Diese Vorteile digitaler Bezahlmöglichkeiten wollen die Menschen immer stärker in Anspruch nehmen.

Internationale Konkurrenz

GZ: Immer mehr (auch internationale) Konkurrenz (Paypal, Trade Republic und Co.) tummelt sich auf dem Finanzmarkt. Wie positionieren sich die bayerischen Sparkassen?

Schmautz: Neo-Broker sind vom Geschäftsanteil eher nicht die Konkurrenz der Sparkassen, und immer mehr unserer Kunden investieren in Wertpapiere und Fonds. Im Payment ist insbesondere Paypal ein starker Wettbewerber. Wir bieten den Kunden hier mit unseren Bezahlverfahren allerdings andere leistungsfähige, sichere und einfache Bezahlverfahren an und bauen sie immer weiter aus.

GZ: Vor einigen Monaten fielen bundesweit Bezahlterminals aus – ein gravierender Vorfall für den Kartenzahlungsverkehr. Wie beurteilen Sie diesen Vorgang?

Schmautz: Das war ein Sonderfall, damit hat tatsächlich niemand gerechnet. Mittlerweile hat man erkannt, an welchem Softwarefehler es lag. Bezahlterminals sind insgesamt sehr stabil. In der Regel fallen nur einzelne aus. Aus dem Sonderfall haben alle Beteiligten ihre Lehren gezogen. Insofern gehe ich davon aus, dass so etwas nicht mehr passieren wird.

GZ: Wie ist es um die Zukunft des Bargelds bestellt?

Schmautz: Ich gehe davon aus, dass wir noch sehr lange Bargeld haben werden. Die deutschen Bürger haben im europäischen Vergleich schon immer eine Vorliebe für Bargeld. Wir werden allerdings feststellen, dass immer mehr, insbesondere junge Kunden, den Bargeldbestand für sich kleinhalten und einfach per Karte oder App bezahlen. Der Nebeneffekt ist ja auch eine besse-

re Buchhaltung, ein besserer Überblick über die Kaufaktivitäten. Bargeld wird also weiter im Umlauf sein, insbesondere bei Kleinstzahlungen, aber immer mehr durch Karten- und App-Zahlungen verdrängt werden. Da bin ich mir sicher. Das wird aber noch ein paar Jahre dauern.

GZ: Das OZG verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. 60 Prozent der Verwaltungsleistungen sind mit Gebühren verbunden. Das heißt, dass alle Verwaltungsleistungen, die digital in Anspruch genommen werden, auch online bezahlt werden müssen. Wie setzen die bayerischen Sparkassen diese Anforderungen um und welche Onlineservices bietet die S-Finanzgruppe den bayerischen Kommunen schon jetzt an?

Schmautz: Knapp 90 Prozent der bayerischen Kommunen setzen mittlerweile auf unsere Multi-Bezahllösung „GiroCheckout“. Über diese Plattform werden alle gängigen elektronischen Bezahlverfahren zur Integration in die kommunalen Bürgerportale angeboten: vom neuen „giropay“ bis hin zu Kreditkarten- oder Lastschriftzahlungen – allesamt Bezahlverfahren, die eine einfache, schnelle und vor allem sichere Abwicklung unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards ermöglichen. Die zehn Prozent, die noch fehlen, sind oftmals kleinere Kommunen, die bisher noch keine digitalen bezahlpflichtigen Leistungen eingeführt haben.

Einige Kommunen nutzen auch unser Eintrittsmanagement „Access by S-Public Services“ in Stadien, für Events oder Schwimmbäder sowie beispiels-



Constanze von Hassel und Roland Schmautz.

Bild: Eva Mang / SVB

weise auch Vereine für ihre verschiedenen Kurse. Auch unser E-Ladesäulen-Konzept inkl. kompletter Paymentlösung wird stark nachgefragt. Auch hier zeigt sich einmal mehr: Die Sparkassen sind ein starker Finanzpartner der Kommunen. Allerdings ist gerade beim Thema kommunale Digitalisierung noch viel Luft nach oben.

Digitalisiert euch!

GZ: Nach vielen Jahren Tätigkeit in der bayerischen Finanzwelt: Welche Botschaft geben Sie an unsere Leser, die bayerischen, kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, weiter? Was werden Sie in die Verantwortung Ihres Nachfolgers übergeben?

Schmautz: Meine Kernbotschaft an die Kommunen lautet: Digitalisiert euch! Ihr besitzt jede Menge Potenzial, um die digitalen Prozesse voranzutreiben und damit sowohl die Bürger und Unternehmen als auch die Verwaltung zu entlasten. Unsere Bürger sind schon digitaler unterwegs,

als wir es selbst glauben. Deshalb gilt es die bereits vorhandenen digitalen Lösungen zu nutzen und weiter auszubauen. Es lohnt sich.

Nachhaltigkeit und Klima

Ein weiteres Kernanliegen ist das Thema Nachhaltigkeit und Klima. Wir sollten hier alle Möglichkeiten vor Ort nutzen, uns vernetzen, und alles tun, um sowohl private, unternehmerische als auch kommunale Initiativen in Sachen Klimaschutz zu fördern.

Wir machen dies bereits, sowohl bei der Finanzierung von Unternehmen in Sachen ökologische Transformation als auch z.B. für Hausbesitzer mit einem zinsgünstigen Klimakredit für energetische Sanierung. Und auch wir Sparkassen tragen selbst zur CO₂-Reduktion bei.

Mein Nachfolger ist Sparkassenpraktiker und kennt die Herausforderungen und Anliegen der Sparkassen und Kommunen bestens. Er wird die sehr gute Zusammenarbeit mit den Kommunen partnerschaftlich fortsetzen. DK

200 Jahre Sparkasse Mainfranken Würzburg

Festakt mit Ministerpräsident Söder

Mit einem Festakt hat die Sparkasse Mainfranken Würzburg ihr 200-jähriges Bestehen gefeiert. Auf Initiative des damaligen Würzburger Bürgermeisters Hofrat Professor Dr. Wilhelm Joseph Behr war die Würzburger Sparkasse am 1. Oktober 1822 als dritte Bank ihrer Art in Bayern gegründet worden. Behr lag es am Herzen, dass die Bürger für ihre Altersvorsorge und eine mögliche Arbeitsunfähigkeit einen Teil ihrer Einnahmen ansparen.

Am 1. Januar 2000 schlossen sich die Sparkassen in Stadt und Landkreis Würzburg, Main-Spessart und Kitzingen zur Sparkasse Mainfranken Würzburg zusammen. Heutzutage unterhält die viertgrößte bayerische Sparkasse 255.000 Girokonten. Mit einer Bilanzsumme von 10,9 Milliarden Euro ist sie die viertgrößte Sparkasse Bayerns.

„Die viertgrößte Sparkasse in Bayern ist mit 1.600 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder der Region“, unterstrich Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Sparkassen seien gegründet worden, um kleinen Kapitalanlagen die Möglichkeit der Risikoversicherung zu geben. Für kleine und mittlere Unternehmen seien sie gerade in schwierigen Zeiten ein verlässlicher und in der Region verankerter Partner. „Der Freistaat steht zu seinen Sparkassen und möchte, dass sie auch künftig eine starke Rolle spielen“, hob Söder hervor.

Laut Vorstandsvorsitzendem Bernd Fröhlich musste die Sparkasse im Laufe von zwei Jahrhunderten auf verschiedene Währungsumstellungen sowie auf die Entwicklungen in der Region Mainfranken reagieren. Auch in Zeiten von Weltwirtschaftskrisen oder auch des Wirtschaftswunders habe das Kreditinstitut sein Angebot und seine Strukturen den jeweiligen Gegebenheiten angepasst. Das Wichtigste aber

sei gleichgeblieben: die enge und vertrauensvolle Verbindung zu den Kundinnen und Kunden. Traditionen wie der Weltspartag bestünden seit fast 100 Jahren und gehörten bis heute zum kollektiven Gedächtnis.

Getreu dem Motto „Tradition im Herzen. Zukunft im Blick“ passe sich die Sparkasse Mainfranken Würzburg auch neuen Trends und Techniken an, so Fröhlich. So sei es inzwischen möglich, Bargeld mit dem Handy oder einer Smartwatch abzuheben. Auch Online-Banking gehöre längst zum Standard des Geldinstituts. Mit Beratung@Home könnten sich die Kunden bequem online von zu Hause aus beraten lassen.

Wichtige Stütze

Tamara Bischof, Landrätin des Landkreises Kitzingen und Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse Mainfranken Würzburg wies darauf hin, dass das Kreditinstitut im vergangenen Jahr rund 850 gemeinnützige Projekte unterstützt und 2,5 Millionen Euro ausgeschüttet habe. In den vier Stiftungen, die die Sparkasse Mainfranken Würzburg gründete, werde ein Vermögen von über 30 Millionen Euro versammelt, das karitativen Zwecken zugutekommt. Davon profitierten alle. Ohne die Sparkasse würde Mainfranken eine wichtige Stütze fehlen. DK



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



DSGV-Pressekonferenz:**„S-Mittelstands-Fitnessindex“**

Die mittelständischen Unternehmen hierzulande leiden massiv unter den aktuellen Energiepreisen. Besonders für die energieintensiven Betriebe bedeutet das einen massiven und oft allein nicht zu bewältigenden Anstieg bei den Produktionskosten. „Auch Unternehmen, die an sich grundsätzlich aufgestellt sind, könnten an ihre Belastungsgrenze kommen. Wenn wir gemeinsam die wirtschaftliche Bedrohung durch Russland bestehen wollen, dann benötigen diese Unternehmen Hilfe“, betonte Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, in Berlin bei der Vorstellung des S-Mittelstands-Fitnessindex. Für die Publikation wurden die anonymisierten Unternehmensbilanzen des Jahres 2021 von mehr als 300.000 Firmenkunden der Sparkassen-Finanzgruppe ausgewertet.

Schleweis wies darauf hin, dass sich in der Corona-Phase öffentliche Förderprogramme als sehr effizientes Hilfsmittel erwiesen hätten. Wegen der Vielzahl der betroffenen Unternehmen sei jetzt aber eine klare Begrenzung der Energiepreise das wirksamste Mittel zur Unterstützung. Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei es deshalb, die Strom- und Gaspreise nach oben zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass der Strompreis nicht mit einem politischen Gaspreis davongaloppiert.

Zugleich forderte der DSGVO-Präsident konsequentes Sparen von Energie in Unternehmen und in Privathaushalten. „Wenn wir alle unsere industrielle Basis in Deutschland – und damit Arbeitsplätze – schützen wollen, dann müssen sowohl Unternehmen wie Privathaushalte im Durchschnitt mindestens 20 Prozent Energie einsparen. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde Strom, jeder nicht verbrauchte Kubikmeter Gas entlastet die eigenen Kosten, steigert die Versorgungssicherheit im kommenden Winter, sichert Arbeitsplätze und reduziert zugleich im Sinne des Klimaschutzes den Ressourcenverbrauch. Wir plädieren dafür, dass Wirtschaft und Politik dies gemeinsam noch

viel deutlicher kommunizieren“, unterstrich Schleweis.

Aus seiner Sicht ist spätestens jetzt der richtige Zeitpunkt, massiv in die Unabhängigkeit von fossilen Energien zu investieren. Dies gelte für die Unternehmen, aber eben auch für Privathaushalte. „Die Energiekosten werden hoch bleiben, solche Investitionen rechnen sich in aller Regel schon nach wenigen Jahren – und sie helfen dem Klima.“

Gutes Rüstzeug

Schleweis wies darauf hin, dass die mittelständischen Unternehmen in Deutschland für die anstehenden Aufgaben gut gerüstet sind. Sie hätten das Kapital zur Verfügung, das für die anstehenden Investitionen nötig ist: Im Durchschnitt beträgt die Eigenkapitalquote knapp 40 Prozent. Daneben stehe eine sichere Kreditversorgung – rund 42 Prozent des Kreditvolumens für Unternehmen und Selbstständige allein aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Allein im ersten Halbjahr 2022 wurden rund 60 Mrd. Euro an neuen Firmenkrediten zugesagt – ein Zuwachs von 19 Prozent. Aktuell verzeichneten die Sparkassen in vielen wichtigen Transformationsbranchen nicht

nur hohe Neuzusagen, sondern auch wachsende Kreditbestände, wie der Präsident darlegte: Für die wirtschaftsnahen Dienstleister, darunter Forschung und Entwicklung, Information und Kommunikation, erhöhten sich die Bestände im ersten Halbjahr um 3,8 Prozent, für das Verarbeitende Gewerbe um 3 Prozent. Im Baugewerbe steht ein Zuwachs der Kreditbestände von fast 5 Prozent zu Buche – noch einmal deutlich mehr als im ebenfalls sehr starken Vorjahr.

Solide Aufstellung

Insgesamt wuchsen bei den Sparkassen die Bestände an Gewerbe- und Unternehmenskrediten im ersten Halbjahr 2022 um 3,8 Prozent bzw. 19 Mrd. Euro auf insgesamt 515 Mrd. Euro. „Wir bekennen uns klar dazu, die notwendige Transformation in den Unternehmen – und auch in den Privathaushalten – zu finanzieren und dazu alle unsere Kräfte einzusetzen. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist dazu sehr solide aufgestellt. Und auch die Zinswende der Europäischen Zentralbank wird sich erst auf lange Sicht als wesentlicher Faktor in der Kostenstruktur der Unternehmen auswirken. Schließlich sind über 80 Prozent der Sparkassenkredite an Unternehmen und Selbstständige langfristige Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren“, machte Schleweis deutlich und ergänzte: „Die große Mehrheit unserer Firmenkundinnen bestätigt dies aus der Kenntnis der konkreten Unternehmen. Danach wird die Ertragslage primär beeinflusst von den Entwicklungen der Materialpreise und von Lohnsteigerun-

gen. Für einzelne Branchen, etwa die kapitalintensive Immobilienbranche, sind steigende Zinsen allerdings durchaus eine ernstzunehmende Herausforderung.“

Ein enorm wichtiger Faktor für den deutschen Mittelstand und insbesondere für konsumnahe Branchen werde in den nächsten Monaten die Einkommenssituation und die Konsumneigung der privaten Haushalte sein. Die erheblichen Preissteigerungen der vergangenen Monate seien ein massiver Dämpfer: Bei den aktuellen Preissprüngen benötigten eigenen Berechnungen zufolge 60 Prozent der Haushalte ihre gesamten monatlichen Einkünfte und mehr, um die laufenden Ausgaben zu decken. Haushalte mit monatlichen Nettoeinkommen unter 3.600 Euro werden am Monatsende kein Geld mehr übrig haben und Lücken teilweise durch eigene Ersparnisse ausgleichen müssen. Für Gastgewerbe, Tourismus, Einzelhandel und andere persönliche Dienstleister bedeute das, dass sie sich auf massive Änderungen im Kundenverhalten einstellen müssen.

Fazit: „Die Unternehmen und das Land als Ganzes stehen vor einer enormen Kraftanstrengung: Energie sparen, Energie effizienter einsetzen und sich unabhängiger machen von fossiler Energie – das ist die eine große Herausforderung“, so der DSGVO-Chef. Die andere bestehe in der Neuaufstellung der Lieferketten, der Diversifizierung der Lieferbeziehungen und dem Knüpfen neuer globaler Geschäftsbeziehungen. Diese Herausforderung müsse Hand in Hand gehen mit einer Neudefinition der globalen Wirtschaftspolitik Europas und Deutschlands. „Wir müssen jenseits von Diktaturen und Autokratien mehr Handelsbeziehungen knüpfen und uns international breiter aufstellen.“

Mit der aktuellen Krise entschlossen und klug umzugehen, bedeute zugleich, künftigen Krisen vorzubeugen sowie Wohlstand und Lebensqualität langfristig zu sichern. Die deutschen Unternehmen, vor allem der Mittelstand, trage maßgeblich zur Krisenresilienz Deutschlands bei. „Nur mit ihm wird es eine erfolgreiche ökologische und energetische Transformation geben. Die Sparkassen stehen dabei klar und verlässlich an der Seite der mittelständischen Unternehmen“, stellte Schleweis fest. DK

S-Public Services:**„Digitales Payment im öffentlichen Sektor“**

Gemeinsam mit Mastercard veranstaltete S-Public Services einen politischen Abend zur Bedeutung von E-Payment als Treiber der Digitalisierung in Kommunen. Die Veranstaltung fand mit mehr als 70 Gästen auf dem neu gegründeten AI Campus in Berlin statt und wurde von PUBLIC Deutschland realisiert. Die zentrale Frage der Veranstaltung war: „Welche Weichen müssen jetzt gestellt werden, um die Potenziale von E-Payment zum Hebel für die Digitalisierung im öffentlichen Sektor wird?“

Unter anderem wurden die Ergebnisse einer neuen, repräsentativen Studie zum „E-Payment und kommunales Finanzmanagement“ vorgestellt, welche die S-Public Services gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Universität Leipzig) durchgeführt hat. Unterstützt wurde die Studie durch Visa.

Rolle der Kommunen

Diskutiert wurden die Ergebnisse unter anderem von Dr. Annika Busse, Stellvertretende CIO der Stadt Hamburg und Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, CIO der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Im Zentrum stand dabei auch die Frage nach der Fortführung des Onlinezugangsgesetzes und der herausragenden Rolle der Kommunen für die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in Deutschland.

Rund 70 Entscheiderinnen und Entscheider aus Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertreterinnen und Vertreter des politischen Berlins nahmen am Event teil.

Hamburg mit an der Spitze

Dr. Anika Busse, stellvertretende CIO der Hansestadt Hamburg, sagt: „Die Hansestadt Hamburg ist bei der Digitalisierung ihrer Verwaltung sicher mit an der Spitze in Deutschland. Ein großer Teil der öffentlichen Services kann selbstverständlich digital bezahlt werden. Der Grund dafür ist, dass wir in Hamburg frühzeitig mit der Digitalisierung der Verwaltung begonnen haben und unsere Digitalstra-

tegie konsequent umsetzen.“

Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke, CIO der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, ergänzt: „Als bevölkerungsreichstes Bundesland kommt Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung bei der Digitalisierung des Öffentlichen Sektors zu. Unsere 396 Kommunen und 31 Landkreise haben Nordrhein-Westfalen trotz aller vergangenen und aktuellen Hürden zum am besten digitalisierten Flächenland gemacht. So können sehr viele Services des Landes und der Kommunen bereits digital bezahlt werden.“

Wir dürfen uns allerdings nicht ausruhen. Viel ist noch zu tun, um den Abstand der Bundesrepublik zu unseren europäischen Nachbarn in der öffentlichen Digitalisierung aufzuholen.“

Enormes Potenzial

Ralf Linden, Geschäftsführer S-Public Services, kommentiert das Event: „Die Ergebnisse der Studie sprechen eine eindeutige Sprache: Kommunen mit einer umfassenden und bürger-nahen Digitalisierungsstrategie integrieren E-Payment frühzeitig und tief in ihre Prozesse. Warum? Mehr als 60 Prozent aller Kontakte zwischen Verwaltungen und der Bevölkerung haben eine Gebührenkomponente. Diese zu digitalisieren bedeutet eine für die Bevölkerung täglich erlebbare Modernisierung der Verwaltung. Gleichzeitig steigen die Kosten der Kommunen für den Umgang mit Bargeld. Es ist in meinen Augen enorm wichtig, dass das Thema E-Payment nun im politischen Berlin stattfindet – das Digitalisierungspotenzial für Kommunen ist hoch.“ □

eGovernment MONITOR 2022:**Mehr als 70 Prozent wollen bei Behördengängen digital bezahlen**

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung möchte bei Behördengängen digital bezahlen. Das zeigt der aktuelle Studie eGovernment MONITOR 2022 der Initiative D21 und der Technischen Universität München, die in Berlin vorgestellt wurde und für die Bundesinnenministerin Nancy Faeser in diesem Jahr die Schirmherrschaft innehat. S-Public Services, das Kompetenzzentrum für E-Government der Sparkassen, ist Premium-Partner des eGovernment MONITOR.

70 Prozent der Befragten wollen in Zukunft Gebühren für digitale Angebote des Staates online bezahlen. Das ist eine der Erkenntnisse der neuesten Auflage des eGovernment MONITOR. Ralf Linden, Geschäftsführer der zur DSV-Gruppe gehörenden S-Public Services, erläutert: „Der eGovernment MONITOR ist die wichtigste Studie zur Akzeptanz von digitalen Dienstleistungen des Staates. Die aktuellen Ergebnisse zeigen klar: Bürgerdienste digital beantragen und digital bezahlen zu können, das ist der

Anspruch der Bevölkerung und muss in Behörden zum Standard werden. Die Anreize für Kommunen sind groß, denn das Handling von Bargeld und Überweisungen bedeutet einen hohen, häufig sechsstelligen Kostenfaktor. Der Ausbau von E-Payment kann diese Kosten für Verwaltungen massiv reduzieren und ist ein einfacher, aber wirksamer Hebel für die Digitalisierung.“

Eine zentrale Erkenntnis der Befragung: Die Zufriedenheit mit den Angeboten des Staates ist zwar gestiegen, die Nutzung sta-

gniert aber weiter. Dabei ist der Wunsch nach digitalen Verwaltungsleistungen groß. 90 Prozent der Befragten, die schon einmal eine solche Leistung in Anspruch genommen haben, würden dies auch weiterhin tun.

Doch fehlendes Angebot oder fehlende Kenntnis über schon Vorhandenes sind nach wie vor zentrale Gründe für die digitale Nutzungslücke. Das zeigt sich auch an der prozentualen Nutzung verschiedener Dienste: 70 Prozent der Befragten haben bereits online einen Termin für einen Behördengang vereinbart, während nur 30 Prozent derer, die einen Kindergeldantrag gestellt haben, dies auch online erledigt haben. Das zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger Barrieren wahrnehmen wie „komplizierte Abwicklung“ oder „undurchschaubare Strukturen“.

Nutzung stagniert

Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21 e.V. und Mitherausgeberin des eGovernment MONITOR, ordnet die Ergebnisse ein: „Der Wunsch nach digitalen Verwaltungsleistungen ist groß in der Bevölkerung, das zeigt der eGovernment MONITOR ganz deutlich. Allerdings stagniert die Nutzung.“

Die Fortschritte der Verwaltungsdigitalisierung halten nicht mit den Anforderungen der Bürger mit. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen muss sich deshalb stärker an diesen Anforderungen orientieren: Vom einfachen Finden von Informationen und Services, über deutlich weniger Komplexität, bis hin zum digitalen Bezahlen von Gebühren.“ □

Mehr junge Menschen benötigen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe**Erziehungsberatungen nach wie vor häufigste Hilfeart im Jahr 2021**

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sind im Jahr 2021 erneut eine Vielzahl von Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII) als Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und als Hilfen für junge Volljährige gewährt. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII auch im Jahr 2021 die häufigste Hilfeart. Über alle Hilfearten hinweg sind mehr Jungen bzw. junge Männer auf Hilfen und Beratungen angewiesen (57,0 Prozent) als Mädchen bzw. junge Frauen.

Für 67.567 junge Menschen wurden im Jahr 2021 Hilfen nach dem SGB VIII begonnen. Das sind 2,8 Prozent mehr als im Jahr 2020. Für 64.509 wurden Hilfen im Jahr 2021 beendet, was einem Rückgang von 0,5 Prozent entspricht. Für 83.397 junge Menschen dauerten die Hilfen über den Jahreswechsel an, ein Plus von 2,0 Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhalten von den jungen Menschen, deren Hilfen über den Jahreswechsel andauerten, 23.899 Hilfe im Rahmen einer Erziehungsberatung nach § 28. Dabei fand bei 8.196 jungen Menschen die Beratung vorrangig gemeinsam mit der Familie statt, in 12.927 Fällen vorrangig mit den Eltern oder einem Elternteil und in 2.776 Fäl-

len vorrangig mit dem jungen Menschen selbst.

19.291 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhalten Hilfen im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31. Der Vergleich zum Vorjahr mit einer Gesamtzahl von 18.703 dieser Personengruppe zeigt eine Zunahme von 3,1 Prozent.

Eingliederungshilfe

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a erhalten 15.316 Personen. Hier ist gegenüber dem Vorjahr (14.739) eine Zunahme von 3,9 Prozent festzustellen. Von diesen Hilfen erfolgen 11.845 ambulant/teilstationär, 3.283 in einer Einrichtung und 188 bei einer Pflegeperson.

7.587 junge Menschen werden in Vollzeitpflege nach § 33 betreut (2020: 7.839 Personen), 6.661 werden in einem Heim oder einer betreuten Wohnform nach § 34 erzogen (2020: 7.028 Personen).

Darüber hinaus werden 589 junge Menschen im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit (§ 29) und 1.912 durch Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32) unterstützt. 5.159 erhalten Einzelbetreuung nach § 30 und 158 junge Menschen intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung nach § 35. 2.825 junge Menschen erhalten Hilfe zur Erziehung nach § 27 (ohne Verbindung zu den Hilfen gemäß §§ 28-35).

Über alle Hilfearten hinweg sind 57,0 Prozent, absolut gesehen 47.533, deutlich mehr Jungen und junge Männer als 35.864 Mädchen und junge Frauen auf Hilfen und Beratungen angewiesen. Die Anteile der Jungen bzw. jungen Männer lagen bei den einzelnen Hilfearten zwischen 50,0 Prozent (Vollzeitpflege nach § 33) und 73,3 Prozent (Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32). □

Chance für Häuslebauer:**Sonder-Zinsaktion der BayernLabo**

Die BayernLabo legt für drei Monate eine deutlich günstigere Zinsvariante im Rahmen eines Sonderkontingents in Höhe von 30 Millionen Euro im Bayerischen Zinsverbilligungsprogramm auf. Das Besondere: Häuslebauer und Eigenheimkäufer können vom 1.10.–31.12.2022 ein Darlehen mit 30 Jahren Laufzeit und Zinsbindung anfragen und zahlen bei Bewilligung für die gesamte Laufzeit den niedrigeren 15-jährigen Zinssatz (derzeit 3,55 Prozent nom. Stand 01.10.2022).

Interessierte können das Darlehen mit der günstigen Zins-Sonderaktion bei ihrer zuständigen Bewilligungsstelle (Landratsamt oder kreisfreie Stadt) anfragen.

Mehr Informationen zur Förderung und zum Zinssatz unter www.bayernlabo.de. Das Angebot ist bis zum 31.12.2022 oder bis zur Ausschöpfung des Sonderkontingents befristet und es zählt der Bearbeitungstag in der BayernLabo. Daher wird allen Interessierten geraten, frühzeitig einen Termin bei der Bewilligungsstelle zu vereinbaren. □

50. Schwarzbuch des BdSt-Landesverband Bayern:

Sozialschädliche Steuergeldverschwendung

Eine kostspielige Abschiebungseinrichtung, eine Überstundenaffäre und eine beheizte Brücke: Auch in der Jubiläumsausgabe seines 50. Schwarzbuches weist der Bund der Steuerzahler in Bayern auf zahlreiche Fälle öffentlicher Verschwendung hin. „Seit wir 1972 unser erstes Schwarzbuch vorgestellt hatten, hat sich zwar einiges zum Guten gewendet. Trotzdem fehlt es in Politik und Verwaltung immer noch an Kostenbewusstsein und es kommt zu Fehlentscheidungen. Deshalb resignieren wir auch nach 50 Jahren Schwarzbuch nicht“, erklärte BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau in München.

Laut Vizepräsidentin Maria Ritch wird das Schwarzbuch heute dringlicher denn je gebraucht. Die aktuellen Krisen hätten zu einer beispiellosen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben geführt. Doch statt zu sparen und Prioritäten zu setzen, stürze sich die Politik in eine immer höhere Verschuldung. Sogar die grundgesetzliche Schuldenbremse werde in Frage gestellt. „Dabei zeigt sich: Gerade in Krisen ist es wichtig, solide Haushalte vorzuweisen, um handlungsfähig zu sein und Bürger und Betriebe gezielt entlasten zu können“, betonte Ritch.

Tiefgaragen-Sanierung

Wie jedes Jahr sind Baukostenüberschreitungen bei öffentlichen Bauvorhaben im Schwarzbuch nicht wegzudenken. Beispiel Regensburg: Da die statische Sicherheit aufgrund des schlechten Zustands der Tiefgaragen West und Ost an der Uni Regensburg auf Dauer nicht mehr gewährleistet und auch die Haustechnik störanfällig und überaltert war, war eine Sanierung unumgänglich. Obwohl der Umfang der Baumaßnahme reduziert wurde, explodierten die Kosten: von 49 Mio. Euro im Jahr 2017 auf 80 Mio. Euro in diesem Jahr. Darüber hinaus verzögerte sich die Fertigstellung. Ursprünglich sollte die Baumaßnahme 2021 abgeschlossen sein, doch es werden wohl erst im Jahr 2023 die ersten Autos in der Tiefgarage West parken können. „Eine derartig hohe Kostensteigerung wirft auch Fragen zum Risikomanagement auf“, so der BdSt. „Wohl oder übel werden die Steuerzahler wieder einmal die ‚Gelackmeierten‘ sein.“

Ein weiteres Beispiel: Um sog. Abschiebungseinrichtungen für Asylbewerber zu erweitern, hat der Freistaat Bayern neben dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Hof auf einem staatseigenen, rund 11.500 qm großen Grundstück, eine neue fünfgeschossige Hafteinrichtung mit 150 Haftplätzen gebaut. Für diesen Bau ging man im Jahr 2018

von geschätzten 30 Mio. Euro aus. Schlussendlich betrugen die Gesamtkosten 78,5 Mio. Euro. Außerdem wurden 96 zusätzliche Planstellen geschaffen, von denen bis August 2022 86 besetzt waren. Zu wünschen übrig ließ allerdings bis jetzt die Auslastung des neuen „Abschiebegefängnisses“. Diese lag zum z. B. im Januar 2022 noch bei 35 Prozent, im März bei 23 Prozent und im Mai bei 27 Prozent.

Pavillon-Restaurierung

Kräftige Kostensteigerung auch bei der Restaurierung eines historischen Pavillons: Im Jahr 2010 erwarb die Stadt Ansbach einen historischen hölzernen Pavillon, der aus dem Jahr 1850 stammt. 2012 hat man den früher als Zeitungskiosk genutzten Pavillon im Zuge von notwendigen Infrastrukturmaßnahmen an der sog. Promenade abgebaut und eingelagert. Nun wurde der rund 6 qm große Pavillon nur wenige Meter von seinem ehemaligen Standort an der neu gestalteten „Promenade“ wieder aufgebaut und als Crêperie mit einer Außenbestuhlung genutzt. Leider stiegen die Kosten für die Restaurierung des Pavillons mit 137.000 Euro um mehr als das Doppelte an. Auch wurde eine professionelle Kücheneinrichtung nebst Lüftungsanlage und Fettabscheider angeschafft, so dass sich die Kosten auf rund 250.000 Euro summierten. „Auch wenn für die Restaurierung des historischen Pavillons ein Zuschuss aus staatlichen Mitteln im Rahmen der Städtebauförderung in Höhe von 60 Prozent der förderfähigen Kosten erwartet wird, ist dies wenig tröstlich für die Steuerzahler. Denn Steuergeld bleibt Steuergeld – gleich aus welchem Topf es kommt“, meint der BdSt.

Für Aufsehen sorgte auch das sog. Zukunftsmuseum Nürnberg unter der Trägerschaft des Deutschen Museums. Als Anstalt des öffentlichen Rechts und autonome Rechtspersonlichkeit schloss das Deutsche Museum mit den Grundstückseigentümern den

Mietvertrag in eigener Zuständigkeit. Der Freistaat Bayern finanziert seit Ende 2019 die Mieten für das Museumsgebäude auf dem Nürnberger Augustinerhof-Areal. In der Aufbauphase bis zur Eröffnung wurde das Deutsche Museum Nürnberg mit investiven Mitteln in Höhe von insgesamt 27,6 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt unterstützt. Bei dem Mietvertrag sorgte die lange Laufzeit von 25 Jahren wie auch die Höhe der Miete für Debatten im Bayerischen Landtag. Die Mietausgaben einschließlich der Betriebskostenvorauszahlung belaufen sich auf jährlich rund 2,8 Mio. Euro. Der Freistaat Bayern hat die Übernahme der Mietkosten ab dem Jahr 2020 für die gesamte Laufzeit des Mietvertrags von 25 Jahren zugesagt. Dem Bund der Steuerzahler gegenüber wurde allerdings die Angemessenheit des Mietpreises kritisiert. „Im Sinne der Steuerzahler bleibt zu hoffen, dass das neue ‚Zukunftsmuseum Nürnberg‘ auch wegen der hierfür ausgegebenen Steuergelder zu einem musealen Erfolg wird.“

G7-Gipfel

Teure Imagepflege auch in den bayerischen Bergen: Im Juni fand der G7-Gipfel im Luxushotel Schloss Elmau statt – für die bayerischen Gastgeber eine sowohl organisatorische als auch sicherheitstechnische Herausforderung. Auch wenn weitgehend ein störungsfreier Verlauf des Demonstrationsgeschehens festzustellen war, hat der G7-Gipfel den Steuerzahlern als Gastgeber dem Vernehmen nach mindestens 180 Mio. Euro gekostet – über 35 Mio. Euro mehr als die Premiere im Jahr 2015. Der Bund der Steuerzahler geht jedoch von einem weit höheren Personal- und Kostenaufwand für das politische Großereignis aus. Seiner Meinung nach hätte eine andere Standortwahl für das Gipfeltreffen, z.B. in der Landeshauptstadt München, in der bereits seit Jahren die sog. Sicherheitskonferenz mit einem vergleichbar gefährdeten Personenkreis erfolgreich veranstaltet wird und der Sicherheitsaufwand wesentlich geringer wäre, erheblich weniger Kosten verursacht.

Neuer Heilig-Geist-Steg

Nicht gerade vom Glück verfolgt war man bei der Errichtung des rund 2 Mio. Euro teuren Heilig-Geist-Stegs über die B304 in Traunstein. Damit sollte eine sichere Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden, die schließlich nach einigen Pannen Mitte des Jahres 2020 für den Verkehr freigegeben werden konnte. Zwar entstanden dem Steuerzahler für so manche Nachbesserungsmaßnahmen keine Mehrkosten, jedoch hatte sie die Kosten von 150.000 Euro für die in der Brücke verbaute Heizung zu tragen. In den Belag des Geh- und Radweges wurden elektrische Heizmatten installiert, damit dieser im Winter bei Schnee und Eis gefahrenlos benutzt werden kann. Da der Stadt Traunstein die Unterhaltslast für den Geh- und Radweg oblag, hatte sie auch die Stromkosten für die Beheizung des Weges zu tragen. Hierfür fielen 2021 rund 23.000 Euro an Kosten an. Dies war offenbar auch dem neuen Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt zu viel. Er veranlasste, die Brücke ab sofort aus finanziellen und ökologischen Gesichtspunkten nicht mehr zu beheizen. Der Geh- und Radweg wird künftig von Mitarbeitern des Winterdienstes geräumt. Für Aufsehen sorgte schließ-

lich die sog. Überstundenaffäre in Augsburg: In seiner Eigenschaft als früherer Verwaltungsangestellter im Stadtplanungsamt sammelte der städtische Baureferent in den Jahren 1994 bis 2008 weit über 4.000 Überstunden an, da er seinerzeit mehrere Sonderprojekte zu betreuen hatte. Da Gerd M. nächstes Jahr in den Ruhestand gehen möchte, forderte er die Auszahlung der angesammelten über 4.000 Überstunden in Höhe von rund 200.000 Euro. Grundlage hierfür war eine Dienstvereinbarung, in der weder eine Höchstgrenze noch ein Verfall von Überstunden festgelegt war. In der Regel nutzen Mitarbeiter die Zeitkonten, um früher in den Ruhestand gehen zu können. Dies ist aber bei Gerd M. nicht möglich, da er die Überstunden aus seiner damaligen Funktion in seiner jetzigen Stelle als Baureferent nicht mehr abfeiern darf.

Fehlendes Fingerspitzengefühl

Aus Sicht des BdSt wäre die Stadt Augsburg gut beraten, wenn sie die offenbar noch geltende Dienstvereinbarung mit ihrem Personalrat überarbeiten würde, um eine außergewöhnliche Anhäufung von Überstunden über Jahre hinweg zu vermeiden. „Auch wenn die Stadt Augsburg nunmehr ein digitales Zeitarbeitsmanagementsystem einführen möchte, das alle relevanten Aspekte – wie z.B. Überstunden- und Mehrarbeitsmanagement, Fehlzeitenmanagement, Personaleinsatzplanung etc. – berücksichtigt, lässt die Auszahlung von über 15 Jahre alten Überstunden jegliches Fingerspitzengefühl vermissen. Die Zeche zahlen jedenfalls die Augsburger Steuerzahler.“ DK

Energiegenossenschaften:

GVB sieht dritte Gründungswelle

Erneuerbare Energien ausbauen und damit sich und der Umwelt etwas Gutes tun – diesen Ansatz verfolgen die zahlreichen seit der Jahrtausendwende gegründeten Energiegenossenschaften. Jetzt rückt die Daseinsvorsorge stärker ins Zentrum. Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) verzeichnet eine dritte Gründungswelle bei Energiegenossenschaften.

„Das Gründungsgeschehen nimmt wieder Fahrt auf“, sagte GVB-Präsident Gregor Scheller am Mittwoch in München. „Das Hauptmotiv ist, unabhängiger von der Lieferung fossiler Energien aus anderen Staaten zu werden“, fasst er die Erkenntnisse zusammen.

Der Krieg in der Ukraine, die drastisch reduzierten Gaslieferungen aus Russland sowie die steigenden Energiepreise führen dazu, dass Energiegenossenschaften wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. „Genossenschaften leisten ihren Beitrag dabei, Probleme zu lösen. Diese Fähigkeit steht jetzt wieder im Vordergrund und Menschen finden sich zusammen, um im Bereich der unmittelbaren Daseinsvorsorge aktiv zu werden“, erklärte Scheller. Derzeit sind 285 Energiegenossenschaften Mitglied beim GVB – 108 davon sind Nahwärmegenossenschaften. Im Jahr 2022 haben sich bereits neun Nahwärmegenossenschaften neu gegründet, zahlreiche weitere Projekte stehen in den Startlöchern. Im Jahr 2021 waren es 14 – im Jahr davor vier.

In einer ersten Gründungswelle von Energiegenossenschaften zwischen 2007 und 2013 ging es den Initiatoren in

erster Linie darum, die Energiewende voranzutreiben. In der zweiten Welle, die 2017 begann und bis 2020 andauerte, wurden vor allem Nahwärmegenossenschaften gegründet. Hauptmotive waren, auf nachhaltige Energie umzusteigen und Kosten zu sparen. Angesichts der hohen Ölpreise amortisieren sich diese Nahwärmenetze vergleichsweise schnell. Die jetzt anlaufende dritte Welle hat zum Ziel, sich unabhängig von Energielieferungen aus Drittstaaten zu machen.

„Die Menschen sorgen sich um die Versorgungssicherheit und wollen nicht auf staatliche Lösungen warten, sondern nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. Das ist eine urgenossenschaftliche Gesinnung und steht in der Tradition des genossenschaftlichen Werts der Hilfe zu Selbsthilfe“, sagte Scheller.

In jeder der bisher drei Wellen konnten und können Genossenschaften Menschen zusammenführen und den viel geäußerten Anspruch der unmittelbaren Bürgerbeteiligung verwirklichen. „Diese Kombination ist einzigartig und lässt sich nur durch Genossenschaften verwirklichen“, betonte der GVB-Präsident. □

BayernLB begibt 5-jährigen grünen Hypothekendarlehen

Die BayernLB hat in einem herausfordernden Umfeld sehr erfolgreich einen 5-jährigen grünen Hypothekendarlehen begeben. Die Anleihe mit einem Volumen von 500 Mio. Euro erfreute sich sehr starker Nachfrage und war fast 5-fach überzeichnet. Neben der Platzierung bei institutionellen Investoren im Inland wurde ein erheblicher Teil trotz sehr engem Pricing auch bei internationalen Investoren platziert. Insgesamt hatten deutlich über 50 Prozent der Investoren einen ESG-Hintergrund.

Zusätzliches Immobilienportfolio

Für die Emission wurde erstmalig ein zusätzliches Immobilienportfolio genutzt, das die ICMA Green Bond Principles Standards einhält. Die BayernLB treibt damit die nachhaltige Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit weiter voran und hat dazu ihr Sustainable Financing Framework erweitert. Neben Solarenergie, Windkraft und Schienenverkehr beinhaltet das Regelwerk nun auch die Kategorie Immobilien. Die unabhängige Nachhaltigkeitsratingagentur ISS ESG bestätigt die Qualität des Regelwerks der BayernLB (Second Party Opinion).

„Bereits im April konnten wir mit dem Sustainable Lending FrDer BayernLB-Konzern zählt nach zahlreichen erfolgreichen ESG-Kapitalmarktmissionen der BayernLB sowie ihrer Konzern-töchter DKB und BayernLabo zu den erfahrensten und aktivsten Emittenten im Segment nachhaltiger ESG-Transaktionen.“ □

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da

Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunalkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB

Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

empirica-Studie:

Seit 2008 über 1 Million verhinderte Wohneigentümer

Immer weniger Menschen in Deutschland schaffen den Sprung in die eigenen vier Wände. Im Jahr 2020 zogen nach Berechnungen des Berliner Forschungsinstituts empirica nur noch rund 370.000 Haushalte aus einer gemieteten Wohnung in ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung um – gut 90.000 weniger als gemessen an früheren Jahren zu erwarten gewesen wären.

Da die amtliche Statistik keine Auskunft darüber gibt, wie vielen Menschen es jährlich gelingt, erstmals Wohneigentum zu erwerben, hat empirica dies im Auftrag der Landesbausparkassen (LBS) anhand von Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) rückblickend bis zum Jahr 1990 ermittelt. Um beurteilen zu können, in welchen Zeiten die Wohneigentumsbildung besonders schwierig oder eher leicht war, wurde die Zahl der Ersterwerber-Haushalte zusätzlich ins Verhältnis zur Entwicklung der typischen Zielgruppe der 30- bis 50-Jährigen gesetzt.

Das Ergebnis: In den Jahren von 2008 bis 2020 gelang der Ersterwerb von Wohneigentum deutlich seltener als im konjunkturell unauffälligen Referenz-Zeitraum 2003 bis 2007. Lag die Relation in diesen Jahren bei durchschnittlich 2,2 Prozent der 30- bis 50-Jährigen, waren es ab dem Beginn der Finanzkrise 2008 zumeist weniger als 2 Prozent. Einen Tiefpunkt markiert das Jahr 2017 mit 1,5 Prozent beziehungsweise 316.000 Ersterwerbern, aber auch 2020 betrug die Quote gerade einmal 1,8 Prozent. In den 1990ern Jahren dagegen war eine Relation von um die 2,5 Prozent üblich.

Axel Guthmann, LBS-Verbandsdirektor, zu den Gründen für die schwächelnde Eigentumsbildung: „Die Ersterwerberzahlen waren in den vergangenen Jahren vor allem deshalb so niedrig, weil immer weniger Haushalte das nötige Eigenkapital zur Finanzierung der stark gestiegenen Bau- und Kaufpreise aufbringen konnten. Noch Schlimmeres hat letztlich wohl das Baukindergeld verhindert.“

Durchschnittlich fiel die Wohneigentumsbildung zwischen 2008 und 2020 um gut 84.000 Ersterwerber-Haushalte pro Jahr zu niedrig aus. „Deutschland blickt damit auf die traurige Bilanz von mehr als 1 Million verhinderte Wohneigentümer binnen 13 Jahren zurück“, ordnet Guthmann das zentrale Ergebnis der Kurzstudie ein. „All diese Menschen belasten den Mietwohnungsmarkt nun noch zusätzlich.“

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne der Bundesregierung für eine Neujustierung der Förderkulis-

se kritisch zu bewerten. Die von Bundesministerin Klara Geywitz bereits kommunizierten Eckpunkte lassen erkennen, dass für die Unterstützung der Wohneigentumsbildung nicht mehr viel an Mitteln übriggeblieben ist.

Verbandsdirektor Guthmann zu den Knackpunkten: „Erstens: Verglichen mit dem Baukindergeld, für das der Bund über einen Zeitraum von gut drei Jahren fast 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hat, nehmen sich die jetzt jährlich für einkommensschwächere Familien vorgesehenen 350 Millionen Euro sehr bescheiden aus. Zweitens soll der Bestandserwerb – auf den immerhin zwei Drittel des Baukindergelds entfielen – gar nicht mehr gefördert werden, sondern ausschließlich der Neubau – und zwar nur noch jener Neubau, der die höchsten energetischen Anforderungen erfüllt.“

Darin sieht Guthmann das dritte Problem: Familien mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen unterhalb der vorgeesehenen Grenze von 60.000 Euro werden sich die Baukosten für den anspruchsvollen Effizienzhaus-40-Standard in der Regel schlicht nicht leisten können. Zudem dürfe nicht übersehen werden, dass zwar weiterhin allen Marktteilnehmern die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) sowohl für den Neubau als auch für energetischen Sanierung offen stehe, diese jedoch bis vor wenigen Monaten für jeden einzelnen um einiges üppiger ausgefallen sei. „Kurzum: Was das Bundesbauministerium hier vorhat, ist keine Wohneigentumsförderung für Familien, sondern nur ein kleiner Extra-Topf für Familien innerhalb einer gekürzten energetischen Neubauförderung für alle. Das wird nicht reichen, um den Rückgang der Eigentumsbildung zu stoppen, geschweige denn, diese unter den erschwerten Bedingungen mit steigenden Zinsen und unkalkulierbaren Materialkosten wieder auf ihr einstiges Niveau zu heben“, so Guthmann. Mehr Menschen ins Wohneigentum zu bringen sei aber essenziell für eine bessere private Vermögensbildung und Altersvorsorge. □

Stadtwerke Kelheim:

Weitergabe aller Senkungen auf Gas und Fernwärme an die Kunden

Die Bundesregierung hat Ende September kurzfristig die umstrittene Gasbeschaffungsumlage gekippt und die Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme reduziert. Die Stadtwerke Kelheim begrüßen das und geben die Senkung umgehend an ihre Kunden weiter.

Trotz der sehr kurzfristigen Entscheidung zwei Tage vor dem geplanten Einführungstermin konnten die Stadtwerke Kelheim die Erhebung der Gasumlage stoppen. Das bedeutet, dass der Arbeitspreis zum 1. Oktober 2022 nicht wie angekündigt um die Gasbeschaffungsumlage steigt. Ein Durchschnittskunde mit einem Jahresverbrauch in Höhe von 20.000 kWh wird durch den Wegfall der Gasbeschaffungsumlage um etwa 500 Euro jährlich entlastet.

Gaskunden der Stadtwerke Kelheim zahlen nun automatisch den um die weggefallene Beschaffungsumlage niedrigeren Preis. Der Energieversorger senkt die Abschläge für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2022 um 20 %. Diese Umstellung erfolgt automatisch. Kundinnen und Kunden der Stadtwerke müssen nicht selbst aktiv werden.

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich zu entlasten, wurde von der Bundesregierung beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme zum 1. Oktober 2022 von 19 % auf 7 % zu reduzieren. Auch das geben die Stadtwerke Kelheim 1:1 an ihre Kundinnen und Kunden weiter. □

Bayernwerk untersucht Baugrund für Freileitungsmodernisierung

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat an der Freileitung zwischen dem Umspannwerk Neustadt an der Donau (Landkreis Kelheim) und der Stromleitung Manching – Sittling mit Untersuchungen des Bodens begonnen. Hintergrund ist die geplante Modernisierung der bestehenden Hochspannungsleitung. Das regionale Stromverteilnetz muss ertüchtigt werden, um langfristig den wachsenden Strombedarf vor Ort zu erfüllen.

Um den steigenden Strombedarf in der Region um Neustadt an der Donau nachhaltig zu decken und eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten, ist ein Ersatzneubau der 110-kV-Freileitung geplant. Die bayerische Industrie benötigt im Zuge ihrer Dekarbonisierung etwa für die Herstellung von Wasserstoff künftig dreimal mehr Strom als heute. Durch die Modernisierung soll die Leistungsfähigkeit der 2,5 Kilometer langen Leitung gesteigert werden. Dabei werden die bestehenden sieben Masten standortgleich durch neue Masten mit einer zusätzlichen Traverse ersetzt.

Um den Erdboden vor dem Bau der neuen Masten auf Belastbarkeit zu prüfen, untersuchen die Fachleute der Firma Buchholz + Partner GmbH derzeit im Bereich der bestehenden Strommasten den Boden. Dafür wird an festgelegten Stellen bis zu zehn Meter tief gebohrt, um Bodenproben zu entnehmen. Die

Bohrungen haben einen Durchmesser von bis zu zehn Zentimetern. Nach der Bohrung werden die Öffnungen wieder geschlossen. Für die Arbeiten kommen Bohrergeräte und Raupenfahrzeuge zum Einsatz. Die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen helfen dem Bayernwerk dabei, die erforderlichen Anpassungen an Masten und Fundamenten im Detail zu planen.

Bau ab frühestens 2024

Mitte 2023 plant das Bayernwerk die Genehmigung für die Modernisierung der rund 2,5 Kilometer langen Leitung bei der Regierung von Niederbayern zu beantragen. Die Genehmigung könnte 2024 vorliegen. Frühestens ab Mitte 2024 soll mit dem Ersatzneubau der Masten begonnen werden. Weitere Informationen und Ansprechpartner sind auf der Bayernwerk-Website zu finden: www.bayernwerk-netz.de/neustadt-donau □

Gestiegene Energiekosten:

Neues LfA-Kreditprogramm

Auf Initiative von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat der Bayerische Ministerrat die Einführung eines „Energiliquiditätskredits“ bei der LfA Förderbank Bayern beschlossen. Damit sollen bayerische Unternehmen finanziell unterstützt werden, die aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind. Aiwanger: „Die explosionsartig gestiegenen Energiekosten sind eine Gefahr für unsere gesamte Wirtschaft. Die Gaspreisbremse kommt für viele Betriebe zu spät und das Kredit-Sonderprogramm des Bundes geht nicht weit genug.“

Wesentlicher Schwachpunkt des Bundesprogramms ist laut Aiwanger die Klausel, dass Unternehmen nur dann Geld erhalten, wenn der Anteil der Energiekosten für den Eigenverbrauch 2021 mindestens drei Prozent des Jahresumsatzes betragen hat. „Deshalb setzen wir als Freistaat auf ein eigenes Kreditprodukt der LfA, um betroffene Unternehmen in dieser schwierigen Lage noch besser unterstützen zu können. Dieses Vorgehen hat schon während der Coronakrise gut funktioniert und das Fortbestehen vieler Betriebe ermöglicht“, so der Wirtschaftsminister.

Antragsberechtigt sind Betriebe, die sich aufgrund der gestiegenen Energiepreise in Finanzierungsschwierigkeiten befinden. Es ist eine Selbsterklärung durch den Antragsteller mit anschließender Plausibilisierung durch die Hausbank notwendig. „Das ermöglicht eine schnelle und unbürokratische Antragstellung. In der aktuellen Situation dürfen wir die Unternehmen nicht mit komplizierten Anträgen belasten.“

Der Handlungsbedarf ist groß. Deutschlandweit berichten laut KfW fast zwei Drittel aller mittelständischen Betriebe über Belastungen aufgrund der gestiegenen Energiepreise. Hinzu kommen die ebenfalls energiepreisbedingten Teuerungen von Vorprodukten. Allein im August haben die gewerblichen Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr um über 45 Prozent zugelegt.“

Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der Freien Berufe mit einem Jahresumsatz von höchstens 500 Millionen Euro. Der Darlehenshöchstbetrag beläuft sich auf 10 Millionen Euro, die Darlehenslaufzeit beträgt bis zu 10 Jahre. Die Hausbank wird zu 80 Prozent von der Haftung freigestellt. Um die Risikotragfähigkeit der LfA zu erhalten, werden die Risiken aus dem Kreditprogramm in die globale Rückbürgschaft des Freistaats Bayern einbezogen werden.

Das Programm befindet sich im Genehmigungsprozess und soll in einigen Wochen verfügbar sein. □

Geplante Sparkassenfusion im Allgäu

Kurz vor dem Abschluss ihrer Fusionsverhandlungen stehen derzeit die Sparkasse Allgäu und die Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren. Aus dem Zusammenschluss soll eine leistungsstarke Sparkasse für das gesamte Allgäu entstehen.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern: „Diese Initiative ist sehr zu begrüßen. Die beiden Sparkassen arbeiten auch bisher schon eng zusammen, um den gemeinsamen Wirtschaftsraum optimal zu versorgen, doch sie steigern ihre Handlungsfähigkeit weiter, wenn sie ihre Dienstleistungen im Sinne von Kunden und Region von vorneherein aus einer Hand anbieten. Hier gehen zwei starke Partner aufeinander zu, um gemeinsam leistungsfähiger zu werden für die Menschen und die mittelständischen Unternehmen im Allgäu. Miteinander können sie Synergien heben um die He-

erausforderungen aus Digitalisierung und Regulierung vor dem Hintergrund der Zins- und Preisentwicklung erfolgreich zu bewältigen.“

Die zuständigen kommunalen Gremien und Sparkassenorgane sollen jetzt zeitnah beraten und entscheiden, um den Zusammenschluss zum 01.07.2023 (rückwirkend zum 01.01.2023) reibungsfrei vorbereiten zu können. Die Umsetzung der Fusion wird eng vom Sparkassenverband Bayern und weiteren Experten aus der Finanzgruppe professionell begleitet, damit der Übergang zum neuen Modell glatt erfolgen kann. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



CSU-Wasserstoffgipfel in München:

Maßnahmenpaket für den Zukunftsstandort Bayern

Bei einem großen Wasserstoffgipfel der CSU mit zentralen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik wurde in München darüber beraten, wie langfristig die Weichen für eine unabhängige, sichere und klimaneutrale Energieversorgung gestellt werden können. Dabei war man sich einig, dass Wasserstoff einen zentralen Zukunftsbaustein darstellt. Wie CSU-Generalsekretär Martin Huber feststellte, „ist Wasserstoff der Energieträger der Zukunft, deshalb müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen. Wir haben das Potenzial zum europäischen Wasserstoff-Drehkreuz!“

Mit Experten aus den Bereichen Erzeugung, Wirtschaft und Logistik wurde folgendes Maßnahmenpaket für den Zukunftsstandort Bayern entwickelt:

1. Pragmatismus statt Ohnmacht: Bestehende Transportinfrastruktur nutzen.

Es gibt bereits heute Möglichkeiten, bestehende Infrastruktura-

ren wie zum Beispiel das Gasnetz zum Transport oder zur Beimischung von Wasserstoff zu nutzen. Der Wasserstofftransport in Güterzügen ist eine flexibel einsetzbare Übergangsmöglichkeit bis zur Fertigstellung eines europäischen Wasserstoffnetzes. Zudem besteht perspektivisch in der Transalpinen Ölleitung die Möglichkeit, flüssige Wasserstoffverbindungen von Italien nach Österreich bis nach Deutschland zu transportieren. „Wir fordern daher die Bundes-

regierung und die Europäische Kommission auf, kurzfristige Lösungswege zur Umnutzung der bestehenden Transportinfrastruktur zu erarbeiten und einen konkreten Rahmen für die Umsetzung entsprechender Konzepte zu setzen. Auch Containerterminals für den kombinierten Verkehr sind in die Planungen einzu beziehen. Dazu müssen von der Deutschen Bahn geeignete Knotenpunkte festgelegt werden.“

2. Wegbereiter statt Nachzügler: Bayern zum europäischen Wasserstoff-Drehkreuz machen.

Die Bundesregierung sieht in Bayern den Endpunkt am langen Arm nördlicher Leitungen. Die Anbindung an das europäische Wasserstoffnetz erfolgt – nach derzeitigem Stand in 2050 – viel zu spät. Der Freistaat kann Garant für die Energieversorgung in Süddeutschland werden.

Ziel: Hohe Diversifizierung

Nötig ist insbesondere auch eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Österreich, Italien sowie Slowenien und Kroatien, um zügig eine Verbindung zwischen dem Süden Europas und Deutschland über Bayern zu schaffen. Neben der Umrüstung bestehender Gasleitungen müssen dabei auch weitere, neue Verbindungen in den Blick genommen werden. Das Ziel muss eine hohe Diversifizierung von Transportwegen und Zugangspunkten von Wasserstoff (wie zum Beispiel durch LNG-Terminals) für Bayern, Deutschland und ganz Europa sein.

Grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz gefordert

Nötig ist dazu auch ein entsprechender Finanzierungsrahmen, beispielsweise durch die Erweiterung des IPCEI-Programms oder analoger Förderinstrumente.

te. „Wir fordern daher die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, aufbauend auf den aktuellen Plänen des European Hydrogen Backbone ein grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz zu konkretisieren und in die Umsetzung einzusteigen.“

3. Zupacken statt Zögern: Häfen für Wasserstoff-Infrastruktur vorbereiten.

Häfen sind immer schon Drehkreuze für die Energieversorgung. Die Entstehung neuer LNG-Terminals an der Nordseeküste zeigt einmal mehr die Bedeutung von Wasserwegen bei der Versorgung mit Energieimporten.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

„Wir fordern daher die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, Häfen als Knotenpunkte von Wasserstoff-Lieferketten zu etablieren und die Anbindung an den Hydrogen Backbone zu definieren. Dazu braucht es auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, bis Häfen technisch umgerüstet werden. Binnenhäfen, wie die bayerischen Donauhäfen, sollen bei der Planung explizit Berücksichtigung finden.“

4. Ordnung statt Risiko: Sicherheit für Netzbetreiber stärken.

Bislang fehlt ein klarer Ordnungsrahmen, wer Kosten und Risiken des Wasserstoffinfrastrukturausbaus trägt. Dieser Ordnungsrahmen muss Rechte und Pflichten abbilden, die mit denen für Fernleitungsnetzbetreiber im Erdgasbereich vergleichbar sind. „Wir fordern die Bundesregierung auf, eine umfassende Zusammenarbeitspflicht mit Netzbetreibern zu schaffen, die ein Wasserstoffnetz der öffentlichen Versorgung betreiben oder bald betreiben könnten, um sich noch in diesem Jahr auf einen Netzent-

wicklungsplan für Wasserstoff zu verständigen.“

5. Synergien statt Bürokratie: Netze gemeinsam denken.

Der europäische Rechts- und Regulierungsrahmen für erneuerbare und kohlenstoffarme Gase, der derzeit von der Europäischen Kommission erarbeitet wird, wirkt sich negativ auf den Ausbau einer Wasserstoff-Logistik aus. Durch die regulatorische Entflechtung sollen demnach Energieversorgungsunternehmen zahlreiche Verpflichtungen eingehen.

Synergien zulassen

Mit dem aktuellen Entwurf müssten unter anderem das Erdgas- und Wasserstoffnetz rechtlich vollständig getrennt sein. Wenn die Erdgasnetze von morgen sein sollen, ist diese Regelung allerdings praxisfern. „Wir fordern daher die Europäische Kommission auf, die Überarbeitung der EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie und -verordnung praxisnah zu gestalten. Die geplanten Unbundlingvorschriften verhindern Synergien, die durch den gemeinsamen Betrieb von Gas- und Wasserstoffnetzen entstehen, und verlangsamen den Transformationsprozess.“

6. Fördern statt Beschränken: Elektrolyseure vor Ort aufbauen.

Parallel zum Aufbau eines Wasserstoffnetzes müssen auch die Anstrengungen zum Aufbau einer lokalen Wasserstoffproduktion in ganz Deutschland verstärkt werden. „Wir fordern die Bundesregierung auf, eine angemessene und deutschlandweite Förderung für Elektrolyseure zu ermöglichen und regionale Begrenzungen aufzuheben. Nur so können sich Inselnetze entwickeln bzw. vergrößern, aus denen sich am Ende eine flächendeckende Versorgung entwickeln kann.“ **DK**

Landkreis Kulmbach:

Wasserstoff Roadshow

Der Landkreis Kulmbach als offiziell ausgezeichnete Wasserstoffmodellregion des Bundes hat Anfang Oktober zur ersten Wasserstoff-Roadshow eingeladen. Unter der Federführung des Klimaschutzmanagements des Landkreises Kulmbach präsentierten in der RAUMHALLE auf dem Gelände der MGT FleetService GmbH in Kulmbach namhafte Wasserstoff-Akteure ihre Produkte und Projekte, um die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand rund ums Thema Wasserstoff zu informieren.

Die Weiterentwicklung dieser alternativen Antriebsenergieform spielt im Landkreis Kulmbach eine wichtige Rolle. „Wasserstoff ist ein bedeutender Mosaikstein zur Erstellung unserer Dekarbonisierungsstrategie und damit auf unserem Weg zum klimaneutralen Landkreis“, so Klimamanagerin Ingrid Flieger und fährt fort: „Wir aktualisieren gerade das 2010 erstellte Klimaschutzkonzept mit digitaler CO₂-Bilanz und beteiligen uns am Zertifizierungsverfahren European Energy Award. Über 65 Prozent unseres Gesamtstromverbrauchs erzeugen wir bereits mit regenerativen Energien. Diesen Anteil müssen wir weiter gemeinsam erhöhen.“

Für sein Engagement ist der Landkreis Kulmbach bereits offiziell als HyStarter-Wasserstoff-Modellregion des Bundes durch Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, ausgezeichnet worden. „Wasserstoff wird künftig zwar nicht die alleinige Lösung sein“, erläuterte Landrat Klaus Peter Söllner, „aber es wird ein wichtiger Beitrag zur Energiewende sein und wir Kulmbacher wollen die Möglichkeiten, die er bietet, nutzen. Dafür braucht es Investitionen, zum Beispiel in Wasserstofftankstellen – das ist unser nächstes großes Ziel.“

Die Wasserstoff - Roadshow, unter Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Wirt-

schaft und Energie, Hubert Aiwanger, zeigte erfolgreich die Bandbreite der Leistungsfähigkeit ortsansässiger, aber auch überregionaler Akteure. „Wasserstoff ist eine Schlüsseltechnologie“, so Landtagsabgeordneter Rainer Ludwig, der stellvertretend für Aiwanger begrüßte. „Unser Bayerischer Wirtschaftsminister hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, in jedem Landkreis einen Elektrolyseur einzurichten, damit hier die Versorgung vor Ort regional und dezentral gewährleistet werden kann. Daneben müssen wir aber auch die entsprechenden Wasserstoffnetze aus- und umbauen. 80 Prozent der bestehenden Gasnetze sind bereits wasserstofftauglich und diese Pipelines sollen nun entsprechend umgerüstet werden. Ziel ist, dies bereits bis 2025 zu gewährleisten.“

Ausstellung

Präsentiert wurde u.a. die Brennstoffzellen-Kehrmaschine von Green Machines Deutschland GmbH, der Linde-H₂-Gabelstapler von der Ernst Müller GmbH & Co KG, der Toyota Mirai von Autotechnik Hahn & Toyota Deutschland, der AEM Elektrolyseur EL 4.0 als Demomodell von der Enapter AG, eine Wasserstoffdrohne, optimierte Brennstoffzellenbauteile und Rohrleitungen mit Wasserstoffbeschichtung vom Institut für Angewandte Wasserstoffforschung sowie die Brennstoffzelle zur Stromerzeugung von den Firmen Bosch-Thermotech GmbH und Buderus Kulmbach.

Über Wasserstoff-Forschung und Anwendung berichtete das IfE von der OTH Amberg-Weiden. TubeSolar AG informierte über die Entwicklung und Herstellung von PV-Dünnschichtmodulen und HYREF GmbH stellte Brennstoffzellen auf Methanolbasis für die Dauerstromversorgung vor. Weitere Aussteller waren der Maximator Hydrogen GmbH (Wasserstoff-Tankstellen) und das Real-labor Energiezukunft Wunsiedel vom Zentrum Energietechnik der Uni Bayreuth. Über die energieautarke Versorgung von Immobilien mit Wasserstoff als Energiespeicher informierte MSR-Innovations Kulmbach, über die Kühlung von Wasserstofftankstellen die Fa. Riedel Kooling - Glen Dimplex Deutschland und zur Wasserstoff-Gewinnung aus Biogas die Fa. BTX Energy. Beat Hirschi, CEO von Hyundai Hydrogen Mobility AG und Thomas Walter von der H₂ Energy gaben per Video Erfahrungsberichte über den Einsatz von H₂-LKWs und Bussen sowie zum wasserstoffbetriebenen Schnelllader.

Bayern Innovativ informierte über das Bayerische Förderprogramm öffentliche und betriebliche H₂-Tankstellen. Die Faun-Umwelttechnik, aus Bremen gab einen Überblick über den Einsatz von Wasserstoffbetriebenen Müll- und Kommunalfahrzeugen. **DK**

Gewinner des Energie Start-up Bayern 2022

Im Rahmen der Start-up Demo Night hat Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die drei Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs Energie Start-up Bayern ausgezeichnet. Es handelt sich dabei um die Start-ups blueFLUX Energy aus Peißenberg (Landkreis Weilheim-Schongau), Reverion aus Eresing (Landkreis Landsberg am Lech) und Numbat aus Kempten. Der Wettbewerb ist eine gemeinsame Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der Bayern Innovativ GmbH mit dem Zentrum Digitalisierung.Bayern (ZD.B), der BayStartUp GmbH sowie der Bayernwerk AG, des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBWE) und der Verbund AG.

Das Sieger-Start-up blueFLUX Energy AG ist eine Ausgründung der Holzner Druckbehälter GmbH und beschäftigt sich mit der Produktion von grünem Wasserstoff auf Basis biologischer Reststoffe. Das Konzept basiert auf dem seit 2015 entwickelten, patentierten und inzwischen im Betrieb laufenden, innovativen blueFLUXH₂-Verfahren: Durch die regionale Bioabfall- & Klärschlammverwertung entsteht dabei preisgünstiger nachhaltiger Wasserstoff getreu dem Motto „Grüne Energie aus der Region, für die Region und CO₂-neutral“. Die Modellregion Weilheim-Schongau eignet sich als Vorbild für eine regionale, kommunale und dezentral organisierte Energiewende.

Als Spin-Off der Technischen Universität München hat die Reverion GmbH ein revolutionäres containerbasiertes Kraftwerk für Biogas entwickelt und patentiert. Mit dieser Technologie ist eine Verdoppelung der Stromerzeugung aus Biogas dank höherer elektrischer Wirkungsgrade möglich. Zusätzlich kann dieselbe Anlage grünen Wasserstoff oder Methan aus Strom erzeugen. Im Gesamtprozess wird reines, lagerfähiges CO₂ abgetrennt und ermöglicht erstmalig kosteneffiziente, negative CO₂-Emissionen.

Die Numbat GmbH als drittplatziertes Start-up hat eine patentierte Technologie in Form eines nachhaltigen Batteriespeichers mit integrierter Schnelladesäule entwickelt. Der Batteriespeicher lädt sich laufend mit Ökostrom auf und umfasst eine Speicherkapazität von 200 kWh. Gleichzeitig kann er an hauseigene PV-Anlagen in Unternehmen angeschlossen werden. Durch die integrierte Schnelladesäule wird E-Autofahrern ein ultraschnelles Aufladen (in 15 Minuten zu 80 Prozent) ermöglicht.

Das Augenmerk lag heuer auf Technologien für ein klimaneutrales Bayern. Konzepte, die zu einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung in Bayern beitragen, standen im Vordergrund. Wie Minister Aiwanger betonte, „wollen wir fossile Brennstoffe so weit wie möglich auf erneuerbare Energien umstellen. Dafür brauchen wir auch neue und innovative Konzepte aus unserer Start-up-Szene.“ Die drei Gewinner und ihre Geschäftsmodelle hätten mit ihrer Expertise voll überzeugt. **DK**



Biogasanlage Altenstadt

Heimisches Biogas aus Reststoffen

energie schwaben



Traten zum Spatenstich an, v.l.: Lars Gehrke, Geschäftsführer ESB Erneuerbare Energien, Stefanie Grill, Geschäftsführung 17er Oberland, Marcus Böske, Geschäftsführung ESB Energie Südbayern, Greilings Bürgermeister Anton Margreiter, Anton Schweiger, Solea AG, Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Thomas Feistl, 17er Oberland Energie, André Schwiwel, ESB Erneuerbare Energien, Joachim Kaschek, Untere Naturschutzbehörde Landratsamt, Vorstandsvorsitzende Renate Waßmer und Vorstand Christian Spindler, beide Sparkasse Bad Tölz-Wolfratshausen, und Adolf Hornsteiner Geschäftsführer der Solarpark Greiling GmbH.

Bild: ps

Spatenstich für Solarpark Greiling An der Mühlleiten

Die Genehmigungen sind erteilt, die Planungen abgeschlossen und die ausführende Baufirma gefunden - nun wurde es konkret: Ende September fand der Spatenstich für den Solarpark Greiling An der Mühlleiten statt.

Adolf Hornsteiner, Geschäftsführer der Solarpark Greiling An der Mühlleiten GmbH, freut sich über den bisher sehr positiven Projektverlauf: „Wir liegen zeitlich genau im Plan, vor allem dank der guten Zusammenarbeit und Abstimmung aller Projektpartner und beteiligten Stellen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle nochmals bedanken. Voraussichtlich werden die Bauarbeiten, die von der Fa. Solea AG ausgeführt werden, Mitte November abgeschlossen sein.“

Auch der Erste Bürgermeister der Gemeinde Greiling, Anton Margreiter ist begeistert von dem Projekt. „Wir sind sehr froh mit dem PV-Park eine klimafreundliche, weil CO2-freie Erzeugungsanlage in unserem Ort zu haben“, sagt Anton Margreiter.

„Die neue PV-Anlage ist ein konsequenter Schritt zu einer eigenen und vor allem nachhaltigen Energieerzeugung vor Ort. Wir erzeugen sogar mehr Strom, als wir als ganze Gemeinde verbrauchen.“ Der Energieautarkiegrad liegt bei 111 Prozent.

Bürger vor Ort einbinden

Neben dem Klimaschutzgedanken ist für die Betreibergesellschaft die Einbindung der Bürger vor Ort sehr wichtig. Die Einwohner der Verwaltungsgemeinschaft Reichersbeuern können sich im Rahmen eines Nachrangdarlehens am PV-Park beteiligen. Als Kooperationspartner konnte hier die Sparkasse Bad Tölz-Wolfratshausen

gewonnen werden, sodass die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Die genauen Rahmenbedingungen werden demnächst veröffentlicht.

Nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme erzeugt die PV-Anlage mit einer elektrischen Leistung von 2,2 MW jährlich etwa 2,5 Mio. kWh. Damit einhergehend ist eine jährliche CO2 Einsparung von ca. 1.200 t möglich, das entspricht in etwa der Menge, die 920 Bäume pro Jahr aufnehmen.

Über die Solarpark Greiling An der Mühlleiten GmbH

Die Solarpark Greiling ist ein Zusammenschluss aus der Gemeinde Greiling, der regionalen Energieversorger 17er Oberland Energie GmbH und der Energie Südbayern GmbH. Die Gesellschaft engagiert sich somit regional für erneuerbare Energieerzeugung.

Die Wirtschaft ist gewillt, Neues zu wagen

Unternehmensgruppe Max Bögl nun Unterstützer im Team Energiewende Bayern

Angesichts des Krieges in der Ukraine und des damit einhergehenden Öl- und Gaslieferstopp durch Russland gewinnt die Selbstversorgung mit Strom an Bedeutung – besonders in der Industrie. „Wind und Sonne für bayerische Unternehmen – Eigenstromversorgung von der Idee bis zur Umsetzung“ lautete eine vom Bayerischen Bauindustrieverband (BBIV) angebotene Tagung beim Bauunternehmen Max Bögl in Sengenthal (bei Neumarkt/Opf.), das auch führend bei regenerativen Energien ist. Schirmherr war das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energien; Staatsminister Hubert Aiwanger war mit dabei und richtete in seinem Grußwort eindringliche Worte an die rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

In doppelter Funktion – als BBIV-Vizepräsident und Vorsitzender der Unternehmensgruppe Max Bögl – eröffnete Johann Bögl die Tagung. Er verwies darauf, dass Staatsminister Aiwanger die Veranstaltung angeregt hat. Die Energieproblematik sei, so Bögl, bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges virulent gewesen und durch die Entwicklungen seit Ende Februar beschleunigt worden. Die Notwendigkeit von Veränderungen sei also bekannt gewesen. „Ohne Veränderungen wird es nicht gehen“, appellierte der BBIV-Vize an die Versammlung und schlug einen gemeinsamen Weg in eine gemeinsame Richtung vor, wobei man aber auch Neues wagen müsse. Für Bögl ist es wichtig, „gemeinsam mit allen Akteuren Wege zu finden“, einen Konsens. „Der bayerische Weg geht nicht regional. Die Bauindustrie steht in den Startlöchern“, versicherte der Bögl-Vorsitzende. An den Minister gewandt: „Tun Sie alles, dass die Projekte starten können. Alle können wir viel tun, um wieder unabhängig zu werden. Eigenenergieversorgung ist heute schon möglich.“ Den Unterneh-

mensvertretern sprach er Mut zu: „Einfach machen – das hat uns in Bayern schon immer vorgebracht! Die Wirtschaft ist gewillt, Neues zu wagen und zu investieren. Dazu brauchen wir aber die Ministerien als Partner.“

Team Energiewende Bayern

„Wir wollen was bewegen, die Unabhängigkeit vergrößern – das ist existenziell von Bedeutung“, erklärte Aiwanger zu Beginn seines Grußwortes. Angesichts der schwierigen Lage plädierte er für eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik. Kritik übte er an den „ewigen Nörglern und Verhinderern“. Am Beispiel der Floating-Photovoltaik auf dem Bögl-Firmengelände verdeutlichte er, dass neue Ansätze realisierbar sind. In diesem Kontext regte er an, Wind- und Photovoltaikanlagen auf der selben Fläche zu bauen und so auch Energie umwandeln zu können. Hier würden aber Bundesvorschriften entgegenstehen. Die Pumpspeichertechnik, die mit zur Eigenversorgung beitragen könnte, brachte er ebenfalls in Spiel. Leider fehle es, so Aiwanger, an Planungssicherheit, Windradgenehmigun-

gen dürften höchstens zwei Jahre dauern.

Zum „Unterstützer im Team Energiewende Bayern“ ernannten Minister Aiwanger und der oberpfälzer Regierungsvizepräsident, Florian Luderschmid, die Firma Max Bögl. Der Repräsentant der Regierung verwies auf die Vorreiterrolle des Landkreises Neumarkt vor allem durch die weit über 60 Windkraftanlagen. Auch hier ist die Unternehmensgruppe Bögl stark involviert. „Wir müssen auf allen Ebenen merken, dass es losgehen muss. Dazu brauchen wir alle Beteiligten“, stellte Luderschmid fest, bekannte aber auch, dass die Regierung oft „zwischen den Fronten“ stehe. Auch er beklagte die oft viel zu langen Genehmigungsverfahren und den Fachkräftemangel. Bei den vielen Partnern im Team Energiewende seien, so der Regierungsvizepräsident, „die wichtigsten die Unternehmen“. Mit Blick auf die Unternehmensgruppe Bögl meinte er: „Es ist etwas Großartiges, was Sie machen!“ Minister Aiwanger verwies auf die lange Zeit, in der die Firma Bögl schon in Sachen regenerative Energien aktiv ist.

In kurzen Impulsvorträgen ging es um die Eigenversorgung mit Wärme und Strom, den Energie-Atlas Bayern, gesetzliche Rahmenbedingungen, Hilfen bei der Umsetzung von Windenergieprojekten, die Energiezelle, Fakten zur Projektentwicklung und die Nutzungsmöglichkeiten überschüssigen Stroms (Umwandlung in Wasserstoff). Zum Abschluss konnte das Floating-Photovoltaik-Projekt besichtigt werden. **Markus Bauer**

Energiezukunft im Zeichen der Sonne

Spatenstich für 10,4 Megawatt großen Solarpark in Altenschwand

Mit einem symbolischen Spatenstich gaben Bürgermeister Georg Hoffmann, Gemeinde Bodenwöhr, Bürgermeister Thomas Falter, Gemeinde Wackersdorf, zusammen mit den Vertretern der Regensburger Projektentwicklerin OSTWIND Erneuerbare Energien GmbH, Stefan Bachmaier, Geschäftsführer, Christian Kutschker, Prokurist, und Stefan Baschel-Buchwald, Projektleiter, den Startschuss für die Baumaßnahmen zum 10,4 Megawatt (MW) großen Solarpark Altenschwand. Für OSTWIND bedeutet der Solarpark den Neu-Einstieg in das Geschäftsfeld der Solarerzeugung.

Auf einer Fläche von 9,75 Hektar entsteht in Altenschwand ein Solarpark, der künftig mit 18.972 Solarmodulen jährlich 11,3 Millionen Kilowattstunden ökologisch erzeugt. Damit können 3.800 Haushalte mit Strom versorgt werden. Mit rund 6.600 Tonnen eingespartem Kohlenstoffdioxid pro Jahr gegenüber Steinkohle ist die CO2-Einsparung beträchtlich. Der erzeugte Strom wird in der Übergabestation am Innovationspark Wackersdorf in das Verteilnetz eingespeist.

So profitieren Mensch und Natur

Die gesamte Fläche des Solarparks wird zwischen und unter den Modulen mit heimischem Saatgut als extensive Grünfläche angelegt. Sie dient damit Kleintieren, Insekten und Vögeln als Rückzugsraum und Nahrungshabitat. Die Bauarbeiten für den Solarpark haben Anfang August begonnen. Die Inbetriebnahme ist für Mitte Oktober vorgesehen.

Bürgermeister Georg Hoffmann lobte in seinem Grußwort

her das Windpotenzial genutzt, um Energie verantwortungsbewusst im Einklang mit unserer Umwelt zu erzeugen. Wir freuen uns, in der Oberpfalz unseren ersten Solarpark realisieren und unser grünes Erzeugungsportfolio ausbauen zu können.“ OSTWIND-Prokurist Christian Kutschker ergänzte, dass „die Entwicklungsdauer des Solarparks von etwas mehr als zwei Jahren im Vergleich zu Windprojekten sehr kurz ist. Bei aller Komplexität zeigt sich, dass die Projekte schnell vorankommen können, wenn Vorhabensträger, Eigentümer, Kommune und Landratsamt an einem Strang ziehen.“



V.l.: Christian Kutschker, Stefan Baschel-Buchwald, Stefan Bachmaier (alle OSTWIND), Bürgermeister Georg Hoffmann, Bodenwöhr, und Bürgermeister Thomas Falter, Wackersdorf.

Bild: M. Winkler/OSTWIND

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG BAYERN

29.10.2022 | 11-17 UHR
ENERGIEPARK HIRSCHAID

KONFERENZ
ZUKUNFT
LAND

HEIMAT IST, WAS
WIR DRAUS MACHEN



Ludwig Hartmann, MdL
Fraktionsvorsitzender



Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende

- 7 Workshops
rund um das Leben auf dem Land
- Keynote
von Dr. Manuela Rottman, PStS
- Hochkarätige Gäste
aus Politik und Kultur

Anmeldung und Infos unter
www.zukunftland.bayern

Qualifikation bei Ausschreibung und Bauüberwachung:

„Erfolg muss vorbereitet werden“

Interview der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau mit Frank Diederich, Geschäftsführer D.S.L. Ingenieure GmbH, Ingenieurbüro für Abwasser- und Umwelttechnik, Lotte

Die Qualitätssicherung von Kanalbaumaßnahmen hat einen besonderen Stellenwert, denn Entwässerungssysteme sind Einrichtungen mit hohen Investitionskosten und langen Nutzungsdauern, die der Daseinsvorsorge und dem Schutz der Umwelt dienen. Neben der Ausführung der Maßnahmen tragen die zugehörigen Ingenieurleistungen wie Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung maßgeblich zum Ergebnis bei. Deshalb liegt es im Interesse aller Beteiligten, auch für diese Phasen des Projektes geeignete Rahmenbedingungen an die Qualifikation der Verantwortlichen zu definieren. Ingenieurbüros und Auftraggeber selbst können beispielsweise im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) über ein Gütezeichen Kanalbau die notwendige Erfahrung und Qualifikation trennen für den offenen Kanalbau (Gruppe ABAK), für den grabenlosen Einbau (Gruppe ABV) und für die grabenlose Sanierung (Gruppe ABS) belegen.

Zum Stellenwert von Qualität und Qualifikation sowie zur Bedeutung der Gütesicherung Kanalbau äußert sich Frank Diederich, Geschäftsführer D.S.L. Ingenieure GmbH, Ingenieurbüro für Abwasser- und Umwelttechnik, Lotte, im Interview. Seit 2015 führt das Büro die Gütezeichen ABAK und ABS. „Qualität lohnt sich, aber Qualität muss definiert werden und: Qualität muss man sich leisten dürfen“, so der beratende Ingenieur und Zertifizierte Kanalsanierungsberater.

Herr Diederich, Sie haben die D.S.L. Ingenieure GmbH 2004 gegründet, welche Marktbereiche bedienen Sie mit Ihren Mitarbeitern?

Diederich: Wir sind ein Team von 13 Fachleuten und in den Bereichen Kanalsanierung, Siedlungswasserwirtschaft sowie dem Verkehrs- und Straßenbau tätig. In der Kanalsanierung sehen wir die ganzheitliche Betrachtung als übergeordnete Aufgabe. Eine op-

timale Verfahrensauswahl ermöglicht in Verbindung mit einer engagierten Umsetzung eine lange Nutzungsdauer des Kanals. Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören Konzepterstellung, Planung und Bauleitung. Darüber hinaus bauen wir für unsere Kunden Kanaldatenbanken auf und pflegen diese, wobei wir möglichst langfristige Inspektionszyklen begleiten und mit dem Auftraggeber strategische Planungsziele erarbeiten. Auf dieser Basis können wirtschaftliche Bauabläufe optimal geplant und Projekte so umgesetzt werden, dass die Ansprüche aller Projektbeteiligten im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und Qualität erfüllt werden.

Wann und wie kam es zur Beschäftigung mit dem Thema Gütesicherung Kanalbau und wie haben Sie die Entwicklung der Gütegemeinschaft erlebt?

Diederich: Mit dem Thema Gütesicherung habe ich mich seit der Gründung des Ingenieurbü-

ros auseinandergesetzt, zudem die Entwicklung der Organisation Güteschutz Kanalbau verfolgt. Stetig steigende Mitgliederzahlen belegen die breite Akzeptanz des Systems. Positiv finde ich auch den Aspekt, dass die Gütegemeinschaft nicht nur Gütezeichen verleiht, sondern sich als Partner im Aufbau und bei der Aufrechterhaltung von Qualifikation im Kanalbau versteht – und das für ausführende Unternehmen ebenso wie für die Auftraggeber und Ingenieurbüros.

Welchen Stellenwert hat für Sie das Thema Qualifikation?

Diederich: Das Thema Qualifikation ist das Thema, das unseren Alltag entscheidend bestimmt. Nur mit entsprechender Qualifikation lassen sich die ge-



Frank Diederich. Bild: Güteschutz Kanalbau

forderten Planungsleistungen erfüllen, gleichzeitig sichert sie die Zukunft des Ingenieurbüros. Deshalb begreifen wir Qualifikation und Weiterbildung als entscheidende Bausteine und ewiges Lernen ist in der DNA des Büros verankert.

Insofern war es konsequent, Gütezeichen zu beantragen?

Diederich: Unter den eben genannten Gesichtspunkten war das schlüssig. Seit 2015 führen wir Gütezeichen der Beurteilungsgruppen ABAK und ABS. Damit verfügen wir nicht nur über Bestätigungen und Referenzen, die belegen, was wir können, sondern über wichtige Instrumente für unsere Arbeit. Mit den für die Erlangung des Gütezeichens nötigen Belege über entsprechende Tätigkeiten weisen wir die besonderen Erfahrungen der Organisation bzw. des eingesetzten Personals nach. Die regelmäßige Prüfung, welche Prüfingenieur Achim Böhne im Auftrag des Güteausschusses der Gütegemeinschaft Kanalbau durchführt, bietet zudem die Sicherheit, dass wir alle Anforderungen erfüllen – ein wichtiger Aspekt, sowohl in der internen Wahrnehmung als auch in der Beurteilung durch Auftraggeber. Darüber hinaus können wir das umfangreiche Weiterbildungsangebot der Gütegemeinschaft nutzen und gezielt die Qualifikation unserer Mitarbeiter fördern.

Welche Erfahrungen haben Sie bei der Erlangung der Gütezeichen gemacht?

Diederich: Ehrlich gesagt hat uns der mögliche Aufwand und die zusätzliche Arbeit anfänglich etwas abgeschreckt. Aber die Fragen, die da gestellt werden, sind ja berechtigt. Das Prozedere trägt dazu bei, dass man eine gewisse Nachdenklichkeit bei der Bearbeitung entwickelt. Das hat dazu geführt, dass wir uns intensiv mit uns beschäftigt und interne Abläufe analysiert haben. In diesem Sinne war die scheinbar große Anstrengung zur Qualität im ersten Moment aufwändig, aber es hat sich am Ende für uns gelohnt. Wir haben eine Basis geschaffen, die Prozesse verschlankt und bei der und

zielorientiertes Arbeiten sorgt. **Welche Vorteile sehen Sie vor dem Hintergrund der Zertifizierung?**

Diederich: Vorteile ergeben sich natürlich bei der Nachfrage von Auftraggeberseite nach entsprechenden Qualifikationen. In diesem Fall haben wir mit dem Gütezeichen alle erforderlichen Nachweise in Bezug auf Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zur Hand. Darüber hinaus profitieren wir von den Angeboten für Mitglieder. Hierzu gehört das umfangreiche Angebot an Schulungen und Erfahrungsaustauschen, ebenso wie der Zugriff auf das spezifische Regelwerk. Auch die Anwendung der Leitfäden und Arbeitshilfen trägt zur Qualitätssicherung im Unternehmen und zur Qualitätssicherung in der Umsetzung auf der Baustelle bei. Zudem liegt alles in einer Hand und ist schnell abrufbar: Hat der Auftraggeber Fragen zum Unternehmen und zur Qualifikation, kann er sich auch an den Güteschutz Kanalbau wenden und die gewünschten Informationen abrufen.

Ihr Ingenieurbüro scheint gut gerüstet zu sein – wird das vom Markt honoriert?

Diederich: Qualität ist die Grundlage für den Erfolg einer Baumaßnahme. Das gilt von der Planung über die Ausschreibung und Vergabe bis hin zur Ausführung. Die Projektbeteiligten bilden ein Team, welches für die qualifizierte Lösung gemeinsam an einem Strang zieht. Hier ist entscheidend, dass auch der Auftraggeber das gleiche Ziel verfolgt. Wir geben dem Baupartner die Qualität, die er braucht. Und wenn er das nicht selbst erbringen kann, stellen wir sie ihm zur Verfügung und achten auf der Baustelle darauf, dass die Firmen das entsprechend umsetzen. Das wird zunehmend genutzt und auch honoriert. Qualität wird bezahlt und wenn ein Projektpartner die für die erforderliche Qualität benötigte Vergütung bekommt, kann der diese auch bereitstellen.

Aber Qualität fordern muss man sich auch leisten können. Gefragt sind deshalb Entscheidungsträger, die sowohl das Verständnis für eine nachhaltige Bauausführung aufbringen als auch über nötigen Spielraum bei der Ausschreibung verfügen. Immerhin tragen sie die Verantwortung für einen zentralen Bereich der Infrastruktur und tragen dazu bei, diese zukunftssicher zu machen.

Wir verstehen uns weiterhin als der verlängerte Arm des Auftraggebers, dessen Anforderungen auf der Baustelle umzusetzen sind. Das wir in der Lage sind, diese Leistung verantwortungsbewusst und auf einem hohen Qualitätsstandard abzuliefern, belegen unter anderem die interessanten Projekte. Wobei ich an dieser Stelle auch einmal die Arbeit der Prüfingenieure auf den Baustellen zur Sicherung der Bauqualität und Arbeitssicherheit hervorheben möchte.

Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten?

Diederich: Wir wollen die Qualität nach vorne bringen, deshalb gibt es billig bei uns nicht. Zur Firmenphilosophie zählt ebenfalls, dass wir möglichst über den Tellerrand hinausschauen und mehr machen, als nur eine Sanierung durchzuführen. Wir suchen nicht eine schnelle Lösung, sondern setzen uns mit der Frage auseinander, welche Konsequenzen eine Baumaßnahme hat. Während früher punktuell und haltungsweise saniert wurde, rückt heute der ganze Leitungsstrang bzw. das Netz in den Fokus. Zuerst unterhalten wir uns im Rahmen einer Art „Anamnese“ mit dem Auftraggeber über seine Vorstellungen und Pläne, hierfür suchen wir dann das optimale Verfahren aus. Schließt sich der Projektpartner dieser Sichtweise an, ergeben sich – so unsere Erfahrung – durchaus Vorteile für beide Seiten.

Herr Diederich, vielen Dank für das Interview!

Umweltminister Thorsten Glauber:

Talsperren sind Doppelköpfer in Zeiten des Klimawandels

Der Bau der Grundsperrre am Ellertshäuser See steht vor der Fertigstellung. Damit sind die umfangreichen Sanierungsarbeiten zur Ertüchtigung der Talsperre an die Herausforderungen des Klimawandels so weit fortgeschritten, dass mit dem schrittweisen Wiedereinstau des Sees begonnen werden kann.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim Start des Wiedereinstaus in Stadtlauringen: „Die Bedeutung von Wasserspeichern in Zeiten des Klimawandels ist enorm. Talsperren sind wahre Doppelköpfer – sowohl für den Hochwasserschutz als auch für die Niedrigwasseraufhöhung. Wir arbeiten gemeinsam mit den Kommunen für die Entwicklung unserer bayerischen Gewässer zum Wohl aller Bürger- und Bürgerinnen. Der Ellertshäuser See ist für die Region auch ein wichtiges Naherholungsgebiet. Umso wichtiger ist es jetzt, dass der See wieder befüllt werden kann. Mein Dank gilt allen Beteiligten vor Ort für die gute Zusammenarbeit.“ Ziel ist die vollständige Füllung des Sees bis zum Frühjahr 2023. Der Freistaat Bayern stellt für die Planungs- und Bauleistungen des Gesamtprojekts rund 5 Millionen Euro bereit.

Der Ellertshäuser See ist mit 33 Hektar Fläche der größte See Unterfrankens und ein wichtiger Wasserspeicher für die Region. Der Stausee fördert zum einen den Rückhalt von Wasser in der Fläche und trägt somit zur Stabilisierung von Grundwasserbeständen und dem Erhalt von Feuchtbiotopen bei. Zum anderen verhindert er in Trockenzeiten ein Versiegen der angeschlossenen Bäche in der Region. Insgesamt steht mit dem See ein Volumen von rund 1,6 Millionen Kubikmeter und ein Hochwasserrückhalteraum von rund 930.000 Kubikmeter zur Verfügung.

Um den Bestand des Sees für die nachfolgenden Generationen zu sichern und an den Stand der Technik anzupassen, sind umfangreiche Sanierungsarbeiten erforderlich. Zur Gewährleistung der Standsicherheit des Hauptdamms wurde aktuell eine Grundsperrre rund 100 Meter vor dem Hauptdamm errichtet. Dadurch werden künftige Bau- und Revisionsarbeiten auch ohne vollständige Staulegung des Sees ermöglicht. Zudem sind insbesondere ein Neubau der Grundablassleitung und der Einlaufbauwerke sowie Arbeiten an den Mess- und Kontrollsystemen geplant. Um die Auswirkungen auf das Ökosystem im Zuge der aktuellen Sanierungsarbeiten möglichst gering zu halten, wurde ein Vordamm ertüchtigt. Fisch- und Muschelbestände konnten so während des Abstaus in den Vorseen umgesiedelt werden. Zudem wurden sogenannte Ökobuchten abgesperrt, damit der Wasserspiegel in den hochwertigen Flachwasser- und Verlandungsflächen gehalten werden konnte. Auch wurden neue Flachwasserzonen angelegt. Die Sanierungsarbeiten des Hauptsees sollen im Sommer 2023 abgeschlossen werden. Ziel ist die Fertigstellung des Gesamtprojekts bis zum Jahr 2024.

Weitere Informationen zu den Sanierungsarbeiten sind verfügbar unter der Startseite www-ellertshaeusersee.de. □

Kleinste Wasserfilteranlagen der Welt aus Kirchheim:

Wertvolle Hilfe für Kriegsgebiete

In der Ukraine tobt einer der schlimmsten Kriege der jüngsten Zeit. Es fehlt an allem zur elementaren Versorgung – an Nahrung, Kleidung und anderen Hilfsgütern. Viele Städte haben inzwischen Probleme bei der Strom- und Wasserversorgung.

Das kriegsgeschüttelte Land bei der Aufbereitung von sauberem Wasser zu unterstützen, das hat sich Drita Schneider aus Kirchheim im bayerisch-schwäbischen Landkreis Unterallgäu zur Aufgabe gemacht. „Wir können davon ausgehen, dass schwere Erkrankungen die Ukraine heimischen werden. Sauberes Wasser tut not“, erzählt sie.

Ursprünglich entwickelte die Unternehmerin ein mobiles System zur Wasseraufbereitung, eine Art „Wasserkoffer“, für den Einsatz in Afrika und anderen Krisen- und Katastrophengebieten. Das ist mittlerweile fünf Jahre her. Die erste Versorgung mit den UJETA-Wasserfiltern fand in Haiti statt.

Unterstützt werden auch Projekte in Ghana, die Schneider zum Teil selbst begleitete. „Hilfe zur Selbsthilfe“, lautet die Devise. „Sauberes Trinkwasser ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Zukunft“, ist sich die Schwäbin sicher. Im Verlauf des Ukrainekrieges kamen Hilfsorganisationen und Non-Government-Organisations (NGOs) auf Schneider und ihr Team zu. Erste Wasserfilter gingen an die Ukraine. Hilfskonvoi München, danach folgte die Hilfsorganisation „Help Ukraine“ München. Intensiv arbeitet Schneider mit „Disaster Aid Europe“ zusammen. Die Helferinnen und Helfer fahren Hilfsgüter an die ukrainische Grenze und darüber hinaus und übergeben diese dort an die assässigen Organisationen. Seit März wurden mehr als 230 UJETA Care-Wasserfilter in die Ukraine transportiert. Mit einem

Kommunen müssen Trinkwasser im öffentlichen Raum kostenlos bereitstellen

Die Bundesregierung hat beschlossen, dass künftig Trinkwasser aus dem Leitungsnetz an möglichst vielen öffentlichen Orten frei verfügbar sein muss. Kommunen sollen künftig Trinkwasserbrunnen beispielsweise in Parks, Fußgängerzonen und in Einkaufspassagen aufstellen, sofern dies technisch machbar ist und dem lokalen Bedarf entspricht. Die neue Regelung zielt darauf ab, möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern öffentlichen Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu gewähren. Leicht verfügbares Trinkwasser ist darüber hinaus auch ein wichtiger Baustein kommunaler Hitzeaktionspläne. So können sich die Menschen besser vor den gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze schützen.

Bundesumweltministerin Stefani Lemke: „Zugang zu Trinkwasser muss für alle Menschen in Deutschland so einfach wie möglich sein. Die letzten trockenen und heißen Sommer haben uns gezeigt: Andauernde Hitzewellen sind kein seltenes Ereignis mehr in Deutschland. In Zukunft werden Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Trockenperioden häufiger und intensiver sein. Trinkbrunnen mit Leitungswasser gehören zudem zu den Basisbausteinen einer guten Hitzevorsorge. Wenn Kommunen jetzt aktiv werden, dann leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Gesundheits- und vor allem Hitzeschutz von Bürgerinnen und Bürger. Leitungswasser ist ein kontrolliertes Lebensmittel, es spart Energie und wird am Trinkbrunnen verpackungsfrei bereitgestellt – so profitiert auch die Umwelt.“

Der beschlossene Gesetzesentwurf legt fest, dass künftig zur öffentlichen Wasserversorgung, als einer Aufgabe der Daseinsvorsorge, auch die Bereitstellung von Leitungswasser durch Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Orten gehört. Städte und Gemeinden müssen die neue Regelung mit Inkrafttreten des Gesetzes umsetzen. Dabei haben sie weitgehende Flexibilität, was Lage, Zahl und Art der Trinkwasserbrunnen angeht. Trinkwasserbrunnen sollten möglichst an zentralen, frequentierten und für die Allgemeinheit gut erreichbaren öffentlichen Orten, wie Plät-

zen, Fußgängerzonen oder Parks, aufgestellt werden. Derzeit gibt es deutschlandweit etwas mehr als 1.300 öffentliche Trinkwasserbrunnen. In einem ersten Schritt sollen Kommunen etwa 1.000 zusätzliche Trinkwasserbrunnen aufstellen.

Öffentliche Trinkbrunnen sind überdies eine wirkungsvolle Maßnahme, um Menschen vor gesundheitlichen Auswirkungen von Hitze zu schützen. Daher sind sie auch Teil der für Kommunen empfohlenen Maßnahmen für regionale und lokale Hitzeaktionspläne. Ziel ist es, hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle durch Prävention zu vermeiden. Fachleute des Zentrums KlimaAnpassung unterstützen zahlreiche Städte und Gemeinden bei der Ausarbeitung von Konzepten zum Hitze- und UV-Schutz. Die mögliche Ausgestaltung eines nationalen Hitzeaktionsplans lässt das Bundesumweltministerium in einem eigenen Forschungsvorhaben erkunden.

In den meisten Bundesländern bestehen bereits landesrechtliche Vorschriften, die die öffentlichen Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge den Kommunen zuweisen. Mit der neuen Regelung will die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag leisten, um Ziel 6 der UN-Ziele für die nachhaltige Entwicklung (SDGs) und die damit verbundene Zielvorgabe, den Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser für alle, zu erreichen. □

DWSV fordert leistungsfähige Wasserstraßen-Infrastruktur

Die DWSV-Mitgliederversammlung in Straubing stand ganz im Zeichen der Ertüchtigung der Wasserstraßen-Infrastruktur, besonders des Donauausbaus. Die extreme Niedrigwasserlage der vergangenen Monate hat die Systemrelevanz des Verkehrsträgers Wasserstraße erneut dramatisch vor Augen geführt.

Dr. Michael Fraas, Vorsitzender des DWSV, betont die Bedeutung der Wasserstraße: „Die Wasserstraße ist systemrelevant. Für alle, die sich in Deutschland und Europa für die Binnenschifffahrt und die Wasserstraßeninfrastruktur einsetzen ist diese Erkenntnis nicht neu. In der Öffentlichkeit muss sich diese Einschätzung erst mühsam durchsetzen. Schon die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie anfällig die globalen Lieferketten sind. Chinas Zero-Covid-Strategie sorgt noch immer für erhebliche Störungen und Verspätungen in der Schifffahrt und den Containerverkehren. Und für die Zukunft ist wichtig: Die Wasserstraße ist der ökologischste Verkehrsträger.“

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas dramatisch vor Augen geführt, ebenso die Abhängigkeit von 25 Mio. Tonnen Getreidetransporten aus der Ukraine. Um die Energiekrise abzumildern, wurden Kohle- und Gütertransporte auf der Schiene priorisiert. Auch bei den Getreidetransporten waren Binnenschiff und Bahn so gefragt, dass verfügbarer Laderaum bei Binnenschiffen und Bahnwagons extrem knapp wurde und die Frachtraten sich enorm verteuerten. Die sehr angespannte Niedrigwasserlage im August – vor allem an Donau und Rhein – verschärfte die Situation zusätzlich und führte dazu, dass Binnenschiff

fe nur noch mit rund einem Drittel der sonst üblichen Tonnage beladen werden konnten, was verfügbaren Schiffsraum weiter verknappte.

Freie Kapazitäten

„Der DWSV e.V. engagiert sich nachdrücklich für erforderliche wasserbauliche Maßnahmen, um auf künftige Niedrigwasserphasen ohne erhebliche Umwelteingriffe besser reagieren zu können. Die europäischen Klimaziele im Rahmen des ‚Green Deal‘ sind ohne die Wasserstraße nicht zu erreichen. Zudem verfügt die Wasserstraße über freie Kapazitäten, um den Verkehrsträger Straße zu entlasten und die Versorgung der Industrie sowie der Bevölkerung sicher zu stellen. Wasserstraße und Binnenschifffahrt brauchen verbesserte politische Rahmenbedingungen, damit Logistikdienstleistungen wettbewerbsneutral erbracht werden können und der Wirtschaftsstandort Deutschland gesichert werden kann.“

Eine Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen, sowie eine Beschleunigung der Planungsverfahren bei Infrastrukturprojekten sind dabei unerlässlich. Den Worten der Bundesregierung müssen endlich Taten folgen. Eine Senkung des Wasserstraßennetzes um rund 360 Mio. Euro ab Anfang 2023 ist absolut kontraproduktiv. So wird der Flussausbau

verlangsamt, weil Ausschreibungen für mehrjährige Projekte nicht mehr erfolgen können“, stellte Fraas fest.

In Zukunft ist ein Ausbau der bestehenden Infrastruktur auf hohem Niveau nötig, um die bis 2050 prognostizierte Verdopplung des Güterverkehrs zu bewältigen und eine Gleichbehandlung der Wasserstraße mit anderen Verkehrsträgern zu erreichen. Ein Binnenschiff ersetzt bei normaler Ladekapazität 150 LKW und trägt so erheblich zur Entlastung des Verkehrsträgers Straße bei. Bei der Ökoeffizienz liegt das Binnenschiff deutlich vor LKW und Bahn: Auf einem Streckenkilometer transportiert der LKW 5.600 Tonnen, die Bahn ca. 11.000 Tonnen – das Bin-

Südlich von Augsburg:

Testbetrieb mit Wasserstoffzug unter Dach und Fach

Voraussichtlich Mitte 2023 im Testbetrieb, spätestens im Januar 2024 im Fahrgastbetrieb, wird der erste Wasserstoffzug in Bayern fahren. Ein Prototyp des Siemens Mireo Plus H wird 30 Monate lang auf den Strecken Augsburg – Weilheim – Peißenberg, Augsburg – Kaufering und Augsburg – Kaufbeuren – Füssen eingesetzt und übernimmt dabei einzelne Fahrten im regulären Fahrgastbetrieb der Bayerischen Regiobahn (BRB). Eine entsprechende Vereinbarung haben die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) und die BRB unterzeichnet.

„Ich freue mich, dass der Testbetrieb nun unter Dach und Fach ist. Das wird ein Mobilitäts-Aushängeschild für den Freistaat und ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu klimaneutralen Antriebstechniken im bayerischen Regionalverkehr“, sagt Bayerns Verkehrsminister und BEG-Aufsichtsratsvorsitzender Christian

nenschiff liegt mit ca. 38.000 Tonnen mit Abstand an der Spitze. Dabei sollen sich die Verkehrsträger nicht karnalisieren, sondern gemäß Ihrer Systemvorteile eingesetzt werden.

Neuwahlen

Im Rahmen der DWSV-Mitgliederversammlung fanden auch die turnusgemäßen Neuwahlen von Vorstand und Beirat für die Amtsperiode 1.1.2023 bis 31.12.2025 statt. Im Amt bestätigt wurden Dr. Michael Fraas als Vorstandsvorsitzender (Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg) und als stellvertretender Vorsitzender Thomas Schmid (Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes in München). Klaus Jaschke (Ressortleiter Beratung & Service der IHK Niederbayern in Passau) übernimmt die Funktion des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. □

Wasserforum Niederbayern in Ergolding:

Wasserzukunft Bayern neu denken

Der Klimawandel mit seinen zum Teil dramatischen Auswirkungen ist immer stärker zu spüren: Waldbrände, die Städte trocken auf, Felder trocknen aus, mancherorts muss Trinkwasser gespart werden, die Grundwasserstände sinken. Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern und die Wasserzukunft Bayerns neu zu denken. Welche konkreten Aufgaben stehen auf der Agenda? Wie kann die „Wasserzukunft Bayern 2050“ gestaltet werden? Diese und weitere relevante Themen zur Vorsorge und Anpassung erörterten Expertinnen und Experten beim 3. Wasserforum Niederbayern in Ergolding, an dem 120 Vertreter von Kommunen, Verbänden und Wasserversorgern teilnahmen.

Laut Regierungspräsident Rainer Haselbeck braucht es ein Umdenken hin zu mehr Nachhaltigkeit und einen bewussteren Umgang mit der wertvollen Ressource Wasser. Hier dürfe es nicht zu Verteilungskämpfen kommen. „Wir müssen jetzt gegensteuern. Das sind wir auch den zukünftigen Generationen schuldig“, ermutigte Haselbeck die Forumsteilnehmer, nicht nachzulassen in ihren Bemühungen, Wasser und Grundwasser zu schützen. Denn die Folgen des Klimawandels haben Bayern bereits erreicht. Seit 1951 ist ein Temperaturanstieg von 1,9 Grad zu verzeichnen.

Herausforderung: Struktur schaffen

Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in seiner Videobotschaft darlegte, stehe man nun vor der riesigen Herausforderung, Struktur zu schaffen. Deswegen habe die Staatsregierung das Projekt „Wasserzukunft Bayern 2050“ ins Leben gerufen. Um die Widerstandsfähigkeit der Gewässer gegenüber Trockenheit und Niedrigwasser zu stabilisieren und um gleichzeitig die Gewässerökologie zu verbessern, seien umfangreiche Maßnahmen wie Renaturierungen, Auenent-

wicklung und Verbesserung der Durchgängigkeit vorgesehen. Weitere Säulen des Programms sind der Hochwasserschutz und die Stärkung der Sozialfunktion von Gewässern.

Donau-Silphie-Verfahren

Fachvorträge von Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes (TU München), Prof. Dr. Martin G. Grambow (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz), sowie Experten des Technologie- und Förderzentrums Straubing, des Energieparks Hahnennest (Ostrach) und der Regierung von Niederbayern gaben wertvolle Einblicke in das Thema Wasserschutz. Unter anderem wurden die Chancen aufgezeigt, die sich durch den Anbau der „Durchwachsenen Silphie“ bieten.

Seit ein paar Jahren setzen Biogasanlagen-Betreiber auf das „Donau-Silphie-Verfahren“: Hier werden im ersten Jahr Silphie und Mais gemeinsam ausgesät. Die Silphie-Untersaat entwickelt sich in der Folge im Schatten der Maispflanze und startet nach deren Drusch im zweiten Jahr durch, da sie bereits bei niedrigeren Temperaturen mit dem Wachstum beginnt. Auch das Unkraut-Problem wird durch das „Donau-Silphie-Verfahren“ gelöst: Sät man beide Kulturen gemeinsam aus, wächst die Silphie sozusagen im Schatten der Maispflanze geschützt heran.

Zwar liegt der Ertrag des Silomais nur bei etwa 75 Prozent des reinen Maises, doch überwiegen die Vorteile dieses Verfahrens wie etwa eine lange Bodenruhe, eine nahezu ganzjährige Bodenbedeckung, kaum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie der Gewässerschutz bei weitem die Nachteile. Darüber hinaus sorgt die Silphie nach Expertenmeinung durch ihre intensive Durchwurzelung in der Oberfläche für einen nachhaltigen Erosionsschutz. Die Zahlen sprechen für sich: In Bayern nahm der Silphieanbau seit 2015 (65 Hektar) bis 2021 (2169 Hektar) deutlich zu. **DK**

Zertifizierte Wasserversorgung in Südbayern

DVGW verleiht elf TSM-Siegel an Energie Südbayern und Energienetze Bayern

Elf Gemeinden und Stadtwerke vertrauen bei ihrer Wasserbetriebsführung bereits auf die Energienetze Bayern GmbH (ENB). Eine gute Entscheidung: Im März hat der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) das Technische Sicherheitsmanagement (TSM) der kommunalen Wasserversorgungen in einem umfangreichen Zertifizierungsprozess geprüft. Der DVGW kam dabei zu dem Ergebnis, dass die ENB alle Kriterien hinsichtlich Qualifikation der Mitarbeiter, Anlagensicherheit, Organisation interner Abläufe sowie Störungsbehebung und Kundenservice erfüllt.

Im Juli übergab Robert Scherer, zuständiger Prüfer und Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern des DVGW, die TSM-Zertifikate in Aying an Vertreter der elf kommunalen Wasserversorger. Die Urkunden bescheinigen den Gemeinden die verlässliche Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger mit einwandfreiem Wasser. Scherer hebt insbesondere die Partnerschaft zwischen den Wasserversorgungsunternehmen und der ESB / ENB hervor: „Alles steht und fällt mit den richtigen

Fachleuten. Ein guter Grund, mit zertifizierten Dienstleistern zusammenzuarbeiten, denn insbesondere kleine Gemeinden und Wasserversorger haben oft nicht die personellen Kapazitäten, um z. B. einen Bereitschaftsdienst rund um die Uhr zu gewährleisten. Deshalb freut es mich ganz besonders, heute gleich elf Urkunden zu überreichen.“

Als erfahrene Dienstleister vor Ort stehen die ESB und ENB für zuverlässige Infrastruktur und guten Service. Seit 1995 bieten sie

die technische Wasserbetriebsführung an. Die kommunalen Wasserversorger profitieren von dem Gesamtpaket aus Sicherheit, technischem und kaufmännischem Know-How sowie einem effizienten Bereitschaftsdienst. Das Wassernetz wird dabei nicht auf ESB und ENB übertragen, sondern bleibt Eigentum der Gemeinden und Stadtwerke. Dem entsprechend bestimmten die Wasserversorger auch weiterhin nachhaltig den Wasserpreis. „Unser Motto ist: Synergien nutzen – Kosten senken – Betriebssicherheit gewährleisten“, sagt Anton Erb, Geschäftsführer bei der ENB. „Eine sichere Wasserversorgung ist von grundlegender Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger. Und das spornt uns an. Die erneute TSM-Zertifizierung bestätigt unsere Arbeit und unsere hohen Qualitätsansprüche.“ □



vl.: Sebastian Parzefall (TFZ Straubing), Prof. Dr. Jörg Drewes (TU München), Ralf Brodmann (Energiepark Hahnennest), Regierungspräsident Rainer Haselbeck, Prof. Dr. Martin Grambow (StMUV), Reimund Neumaier, Sachgebiet Wasserwirtschaft der Regierung. Bild: Winfried Adam, Regierung von Niederbayern



Elf Auszeichnungen für von der Energienetze Bayern GmbH betriebsgeführten kommunalen Wasserversorgungsunternehmen (W 1000 Urkunde): Gemeindewerke Haar, Stadtwerke Mühldorf, Gemeinde Emmerring, Markt Schierling, Gemeinde Aying, Gemeinde Ettal, Gemeinde Reichersbeuern, Stadt Neumarkt St. Veit, Gemeinde Ampfing, Gemeinde Brunnthal, Wasserversorgungsverband Helfendorf. Das Bild zeigt die Übergabe der TSM-Zertifikate (W 1000 Urkunde) an Vertreter der kommunalen Wasserversorger und Energienetze Bayern GmbH. Bild: ESB GmbH

Qualität ist viel wert



Stadt: München
Alter Kanaleinstieg: Tumbingerstraße
Inbetriebnahme des Kanals: 1900

Bild: Münchner Stadtentwässerung

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961
www.kanalbau.com



Alle Preisträger mit Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann (3.v.l.).

Bild: Regierung von Unterfranken

Verleihung des unterfränkischen Integrationspreises:

Willkommenskultur par excellence

Nachhaltige, erfolgreiche und insbesondere ehrenamtliche Aktivitäten, die in vorbildlicher Weise die Integration der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in Unterfranken unterstützen, wurden von Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann in Würzburg mit dem Integrationspreis 2022 ausgezeichnet. Ausgewählt wurden drei Hauptpreisträger, zusätzlich wurde ein Sonderpreis verliehen.

Mit dem 1. Preis (2.500 Euro) geehrt wurde die Gesellschaft der Freunde Lions Bad Königshofen e.V. Der Lions-Club Bad Königshofen finanziert und führt seit 15 Jahren Sprachkurse für Spätaussiedler und Migranten durch, für die es keine staatliche Förderung gibt. Es werden praxisbezogene Lerninhalte mit dem Schwerpunktthema Gesundheit vermittelt. Zudem werden Migranten zu Fachärzten, Kliniken und Behörden begleitet, ihnen wird der Aufbau des Gesundheitssystems nähergebracht und die Kommunikation bei Erkrankungen erleichtert sowie Covid-19 Aufklärung geleistet.

Zudem hat der Lions-Club Bad Königshofen die Aktion „Kultur gut kochen“ ins Leben gerufen. Bei diesen Zusammenkünften stellen sieben bis acht Teilneh-

mer verschiedener Nationen ihre Rezepte vor. Es wird gemeinsam gekocht und es entstehen neue Netzwerke und Freundschaften. Der Lions-Club organisiert den Ablauf und finanziert die benötigten Lebensmittel.

Integration von Familien

Über den 2. Preis (1.500 Euro) freute sich der Verein Offene Soziale Dienste des Diakonischen Werkes Schweinfurt. Seit fünf Jahren engagieren sich bei dem Projekt „Gochsheim: Immer ein Plan B für die Integration von Familien“ 20 Ehrenamtliche im Alter von 14 bis 70 Jahren im Leseclub, im Begegnungscafé, bei ELTERN TALK, in der Hausaufgabenhilfe oder als Familienpaten. Darüber hinaus wird für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine Willkommenskultur

gepflegt. Die Ehrenamtlichen sorgen mit ihrem Einsatz dafür, dass Familien mit Kindern eine Chance bekommen mitzuhalten, teilzuhaben und nicht abgehängt zu werden. Das Motto ist: Immer ein Plan B für Familien: Begleitung, Beratung, Bildung, Begegnung – auch digital.

Hilfe in Krisenzeiten

In Krisenzeiten finden dabei etwa Gespräche über das Küchenfenster statt sowie online Hausaufgabenhilfe, das Bilderbuchkinos und die Gute-Nacht-Geschichte. Die Kinder werden auf den Spielplatz begleitet und das Täschchen mit den Bastelsachen wird an den Gartenzaun gehängt. Auf dem YouTube-Channel gibt es die Elterntalk-Info „Mein Kind und das Handy“. Für Erziehungsfragen wurde auch eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet. Zudem wurden neue Sprechstunden und mehrsprachige Materialien für Sprachkurse organisiert. Das Projekt wird von der Diakonie Schweinfurt organisiert und von der Kirche und Gemeinde unterstützt. Die Förderung erfolgt durch einen Fördermix, so unterstützen das Projekt unter anderem das Amt für Jugend und Familie im Landkreis Schweinfurt, die Aktion Jugendschutz München, die Stiftung Lesen und die Gemeinde Gochsheim.

Landsleuten einen besseren Start ermöglichen

Den 3. Preis (1.000 Euro) erhielt die Stadt Kitzingen/WirKT. Bei dem Projekt werden Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt, um ihren Landsleuten einen besseren Start zu ermöglichen. Eingesetzt werden die Ehrenamtlichen vor allem bei Übersetzungstätigkeiten und Behördengängen. Das Projekt soll in Zukunft um einen Umzugshelferservice erweitert werden. Die Übersetzungstätigkeiten erfolgen etwa bei Schulen, Kindergärten, Behörden, Ärzten, Schwangerenberatungen etc. Die Gewinnung der Ehrenamtlichen, die Schulungen und die Vermittlung der Einsätze erfolgen über WirKT.

WirKT ist eine Anlaufstelle für Ehrenamtliche der Stadt Kitzingen und wird durch die Stadt Kitzingen finanziert. Träger ist der AWO Bezirksverband Unterfranken. Derzeit wird das Projekt von 46 Ehrenamtlichen unterschiedlichster Altersgruppen sowie unterschiedlicher Herkunftsländer, etwa Syrien, Afghanistan, Ukraine, Russland, Türkei und Bulgarien unterstützt.

Über die Jahre ist das Projekt stetig gewachsen und hat sehr gutes Feedback von den verschiedenen Institutionen erhalten, die oftmals ohne die ehrenamtlichen Übersetzer vor einer großen Sprachbarriere stehen würden. Die Ehrenamtlichen profitieren selbst sehr stark von dem Projekt, da sie, wie sie selbst sagen, wieder etwas Hilfe, die sie selbst am Anfang erfahren haben, zurückgeben können und sich ihre Deutschkenntnisse über

Niederschwellige Unterstützungsangebote

„Mir ist es ein besonderes Anliegen, die Menschen mit ihren Problemen nicht alleine zu lassen“, so Landrat Göbel. „Zu schnell können die Schwierigkeiten existentiell werden, zu schnell besteht die Gefahr, von der Gesellschaft „abgehängt“ zu werden. Niederschwellige, unbürokratische Unterstützungs- und Beratungsangebote sind in dieser Situation das Wichtigste, um den Menschen schnell und effizient unter die Arme zu greifen. Daher sehe ich die beschlossenen Maßnahmen, die wir nun schnellstmöglich in die Umsetzung bringen wollen, als wichtiges Signal an die Bevölkerung“, so Göbel weiter. □

Landkreis München:

Unterstützung in schwierigen Zeiten

Preissteigerungen bringen Bürger in Bedrängnis – Landkreis will helfen

Beratungsstellen im Landkreis, wie die Schuldner- oder Sozialberatung, haben in diesen Wochen großen Zulauf. Die Furcht, insbesondere durch die immer weiter steigenden Preise für Energie in eine finanzielle Notlage zu geraten, ist weit verbreitet. Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung Anfang Oktober mit der Frage beschäftigt, wie man den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Situation am besten unter die Arme greifen könnte.

Schon seit einigen Jahren steigen die Preise für Heizung und Energie. Sowohl der Ukrainekrieg als auch die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie haben diese Entwicklung noch einmal deutlich verschärft. Verstärkt durch die Inflation, geraten immer mehr Personen unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten.

„Nicht wenige Menschen müssen befürchten, obwohl sie Arbeit haben und vielleicht sogar über Immobilieneigentum verfügen, in existenzielle Schwierigkeiten zu kommen. Sich Unterstützung zu holen, ist dabei für viele ein schwerer, oft kaum denkbarer Schritt“, so Landrat Christoph Göbel.

Rathäuser als Türöffner

Ein ausgewogenes Beratungsangebot gepaart mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit ist daher unabdingbar, um alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Landkreis rechtzeitig zu erreichen und über staatliche Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Eine Schlüsselrolle als Mittler nehmen hier die Gemeindeverwaltungen ein – sie genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und können gezielt an speziel-

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Landrat des Landkreises Donau-Ries. Unser Landkreis hat knapp 137.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 1. Mai 2002 Landrat und in dieser Funktion hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vom 1. Mai 1996 bis 30. April 2002 war ich hauptamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf a. Lech. Zuvor war ich in meinem Beruf als Polizeibeamter bei der Kripo tätig.



Bild: Gregor Wiebe

Stefan Rößle

Landrat im Landkreis Donau-Ries und Landesvorsitzender der KPV Bayern

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Idee entstand sehr kurzfristig, als ganz unerwartet der frühere Bürgermeister meiner Heimatgemeinde schwer erkrankte und nicht weitermachen konnte. Bei der Polizei wusste ich damals nicht, wo mich meine berufliche Zukunft noch hinführt. Als Bürgermeister konnte ich aber direkt für meine Heimatgemeinde wirken.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe zwei Monate frei genommen und bin täglich mit meinem Amtsvorgänger unterwegs gewesen, der mir alles zeigte. Zudem habe ich einige Seminare bei der Hanns-Seidel-Stiftung und beim Bürgermeisterkolleg besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Im Jahr 2002 legte ich meinen Fokus auf die Förderung der Wirtschaft, die Themen Familie, Jugend und Schule wie auch auf das Zusammenwachsen unseres Landkreises. Mein besonderes Augenmerk richtete ich dabei auf eine fortschrittliche und bürgernahe Verwaltung, da eine effektive Arbeit nur von einer modernen und funktionierenden Behörde geleistet werden kann.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Themenpalette ist äußerst umfangreich. Einzelne Themen nach ihrer Wichtigkeit in der Kürze zu nennen, ist gar nicht so einfach. Natürlich stehen auch in unserem Landkreis die überall gegebenen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine und die Corona-Pandemie mit an oberster Stelle. Trotzdem beschäftige ich mich genauso intensiv mit Themen wie Schule und Bildung, wo wir sehr hohe Investitionen in alle unsere Landkreisschulen tätigen. Der gleichen Bedeutung kommen aber von meiner Seite auch dem Ausbau eines flexiblen Angebots im öffentlichen Nahverkehr, der Gesundheitsversorgung, dem Ausbau erneuerbarer Energien, dem Naturschutz und der Förderung des Ehrenamtes zu. Zudem arbeite ich momentan auch weiterhin an der Weiterentwicklung der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ – mit diesem Projekt nehmen wir mittlerweile deutschlandweit eine Vorreiterrolle innerhalb der kommunalen Entwicklungspolitik ein.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In der Zukunft sehe ich die drei Themenblöcke Investitionen/Innovationen, Jugend/Familie/Senioren/Gesundheit und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Wobei natürlich jeder Block an sich eine Vielzahl von Einzelaufgaben und Anforderungen beinhaltet. Als wenige Beispiele möchte ich auf die kürzlich erfolgte Anerkennung unseres Geoparks Ries als UNESCO Global Geopark verweisen, was völlig

neue Perspektiven eröffnet. Die Errichtung eines Besucherzentrums ist meiner Meinung nach ein wichtiger Baustein in diesem Gesamtkonstrukt. Ein breites Feld wird auch die Umsetzung der in unserem Landkreis bereits beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie einnehmen, die sich beispielsweise auf die Bereiche Energie, Umwelt, Digitalisierung oder Mobilität erstreckt. Zudem dürfen wir nach wie vor nicht in unseren Bemühungen nachlassen, das Thema Fachkräftegewinnung voranzutreiben, wozu auch gehört, dass wir uns weiterhin inten-

sivst darum bemühen, junge Mediziner für unseren Landkreis zu gewinnen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Unterschätzt die Aufgabenfülle und Vielfalt der Themen nicht, auch nicht die hohen Anforderungen an das Amt. Lernt die Freiheit und die Möglichkeiten zu schätzen, mit eigenen Ideen und Strategien Themen maßgeblich mit weiter zu entwickeln und vor allem: lernt, die Menschen zu mögen (die Bandbreite ist aber sehr, sehr groß).

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich habe immer ein offenes Ohr für die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes. In wöchentlichen Gesprächen mit meinen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie regelmäßigen Runden mit allen Führungskräften im Hause bespreche ich alle wichtigen Themen. Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt in unterschiedlichen Formen. So informieren wir über meine Arbeit und die Arbeit unseres Hauses anhand zahlreicher Veröffentlichungen über alle Medien. Werden Bürgeranliegen an mich herangetragen, ist mir die persönliche Kontaktaufnahme wichtig. Bei Themen von allgemeinem hohen Interesse, wie zuletzt beispielsweise die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine, biete ich den Bürgerinnen und Bürgern Informationsveranstaltungen an.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird all unsere Lebensbereiche betreffen, sie wird verstärkt im Gesundheitswesen, im öffentlichen Personennahverkehr, ja letztendlich in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Rolle spielen. Wir wollen hier in unserem Landkreis daher Zeichen setzen und mit der Digitalisierungsbeauftragten am Landratsamt Donau-Ries dieses wichtige Aufgabenfeld landkreisweit koordinieren. Dabei gilt es auch, die Menschen mitzunehmen und die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Schließlich soll die Digitalisierung unser Leben ja erleichtern. Der Kreistag des Landkreises Donau-Ries hat daher bereits im Dezember 2020 ein Digitalisierungskonzept mit fünf Handlungsfeldern verabschiedet: Verwaltung und Mobilität, Infrastrukturausbau, Digitale Teilhabe, Digitale Bildung, Tourismus. Auf dieser Grundlage werden wir die Digitalisierung in unserem Landkreis Schritt für Schritt voranbringen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ehrlich währt am längsten.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Da noch einige Jahre Amtszeit vor mir liegen, habe ich mir hierüber noch keine großen Gedanken gemacht. Ich denke, dass mir wichtig wäre, als Landrat gesehen zu werden, der nach zukunftsweisenden Lösungen suchte, dabei seine Ermessensspielräume nutzte, aber immer auf die Rechtmäßigkeit seiner Entscheidungen achtete und sich stets von Populismus distanzierte. □

die Jahre stetig verbessert haben. Das Projekt finanziert sich ausschließlich über Spenden. Zudem stellt die Integrationsbeauftragte der Stadt Kitzingen jedes Jahr aus ihrem Budget eine kleine Summe für das Projekt zur Verfügung, mit der z.B. ein Dankeschönfest organisiert werden kann.

Beratung von Geflüchteten

Der Sonderpreis (1.000 Euro) ging schließlich an Mrija – Verein zur Unterstützung der Ukraine e.V. Mrija versteht sich als Unterstützungsorganisation der ortsansässigen, ukrainisch stämmigen Gemeinschaft, die als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegründet wurde. Nie-

derschwellig werden Informationen, Beratung und Begleitung angeboten. Wichtige Themen sind Sprachvermittlung, Unterstützung bei der Arbeitssuche, die Kinderbetreuung, Aufbau von Selbsthilfegruppen, Pflege der ukrainischen Kultur sowie Begegnungsmöglichkeiten mit Einheimischen.

Der Verein informiert und berät Geflüchtete zu allen Fragen und Problemen, die bei der Ankunft in Würzburg auftreten, insbesondere in Notunterkünften, aber auch Menschen, die privat untergekommen sind oder online über ihre digitalen Kanäle. Es werden Dolmetscherdienste angeboten und Geflüchtete zu Arzt- und Behördengängen begleitet. Zudem werden Infoveranstal-

tungen zu Antragstellungen beim Jobcenter, Sozialamt, der Ausländerbehörde etc. durchgeführt, Sprachkurse organisiert und bei der Suche und Vermittlung von Wohnraum unterstützt. Auch werden eine Mutter-Kind-Betreuung und Freizeitangebote angeboten.

Etabliert wurde ein traumasensibles Betreuungsangebot für Kinder. In Zukunft wird die Unterstützung ausgebaut werden und eine zentrale Beratungsstelle organisiert. Derzeit arbeiten 15 Ehrenamtliche zwischen 21 und 60 Jahren, ukrainischer und deutscher Herkunft, in dem Projekt mit. Die Finanzierung erfolgt über Spenden, zudem hat die Stadt Würzburg eine Förderung zugesagt. **DK**

Landratsamt Dillingen:

Maßnahmen zum Energiesparen

Aufgrund der durch den Ukraine-Krieg hervorgerufenen Energiekrise hat die Bundesregierung die Bevölkerung, die Unternehmen und auch die Behörden zum Energiesparen aufgefordert. Konkrete Maßnahmen sind in der „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen“ geregelt. Diese enthält unter anderem Vorgaben zur Beheizung öffentlicher Nichtwohngebäude und zur Beleuchtung von Gebäuden und Denkmälern.

Das Landratsamt hat sich in Anbetracht der aktuellen Situation knapper Ressourcen und der steigenden Preise mit Maßnahmen zum Einsparen von Energie befasst und konkrete Maßnahmen für die eigene Behörde in den kommenden Monaten festgelegt. Landrat Markus Müller sieht das Landratsamt angesichts der bereits in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen zwar gut auf die aktuelle Situation vorbereitet, will jedoch mit weiteren Optimierungen den Status Quo verbessern.

Anschluss an Fernwärme und energetische Sanierung

Bereits vor der energetischen Sanierung wurde das Landratsamt an das bestehende Fernwärmenetz im Stadtgebiet Dillingen angeschlossen, so dass das Landratsamt unabhängig von fossilen Energieträgern wie Erdgas oder Erdöl beheizt werden kann.

Im Zuge der Erweiterung und der energetischen Sanierung des Landratsamtes wurden zudem bauliche Maßnahmen ergriffen, um das Verwaltungsgebäude umwelt- und ressourcenschonend zu beheizen und mit Energie zu versorgen. Unter anderem wurde die Fassade des Landratsamtes zusätzlich gedämmt und auf dreifach verlastete Scheiben umgerüstet. Auf den Dachflächen des Landratsamtes wurde eine Photovoltaikanlage installiert, durch welche das Landratsamt mit elektrischer Energie versorgt wird und auch die Elektrofahrzeuge des Landkreises geladen werden. Zuletzt wurde am Landratsamt eine Wärmepumpe für die zentrale Warmwasserversorgung installiert.

Aktuelle Maßnahmen

Anlässlich der Verordnung des Bundes zum Energiesparen werden die Büroräume des Landratsamtes nur noch bis 19 Grad Celsius beheizt und die Durchlauferhitzer zur Bereitstellung von Warmwasser (dezentrale Warmwasserversorgung) abgeschaltet. Eine Ausnahme gilt für Räu-

me, in welchen ärztliche Untersuchungen stattfinden.

Zum Sparen elektrischer Energie wurde bereits Mitte September der Brunnen vor dem Landratsamt abgestellt. Außerdem wird die Beleuchtung des Landratsamtes optimiert, indem die Brenndauer der Lampen des Parkplatzes und der Flurbeleuchtung zeitlich verkürzt werden. Weitere Einsparungen sollen durch die Abschaltung der Kühlung der Getränkeautomaten sowie die Vermeidung des Standby-Modus bei Kopieren, Druckern und Bildschirmen erzielt werden. Mittelfristig soll die komplette Beleuchtung des Bestandsgebäudes auf LED-Lampen umgerüstet und die Photovoltaikanlage erweitert werden.

Landrat Markus Müller ist angesichts der aktuellen Situation erleichtert, dass man sich bereits vor Längerem dazu entschieden hat, das Landratsamt umwelt- und ressourcenschonend mit Energie zu versorgen. An diesem Ziel möchte er festhalten und weitere Möglichkeiten zum Energiesparen prüfen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes dankt er für das Verständnis für die aktuellen Energiesparmaßnahmen. **Hurler**

Die dunkle Seite der Stadt

Berlin. Die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcsd e.V.) nimmt Stellung zur aktuellen Diskussion um Energiesparen im öffentlichen Leben. Sie fordert für die anstehende dunkle und kalte Jahreszeit deutliche Energieeinsparungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des städtischen Lebens, denn Kultur-, Wirtschafts- und Freizeitangebote sind Begegnungsanlässe, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das wirtschaftliche Leben in den Städten stärken und unterstützen.

In den letzten 30 Monaten haben wir sie schmerzlich kennengelernt – die dunkle Seite der Stadt. Der Verzicht auf Kulturerlebnisse und Begegnungsangebote ist gerade vorüber, die tiefen Spuren der Corona-Pandemie sind aber noch deutlich spür- und sichtbar: Leerstände nach Geschäftsaufgaben und Fachkräftemangel allerorten, seien exemplarisch angeführt. Der Zustand unserer Innenstädte und unserer Stadtgesellschaften ist noch maßgeblich von den Pandemiefolgen geprägt.

Herausforderung Energieeinsparung

Aktuell finden sich nun viele Stadtmarketingorganisationen und Kommunen in der Debatte um die komplexen Herausforderungen zur Einsparung von Energie zur dunklen Jahreszeit wieder. Durchschnittlich 25 Prozent Energieeinsparung für den Winter, so lautet das vorgegebene Ziel der Bundesnetzagentur – das sollte für jedes Veranstaltungsformat vom Weihnachtsmarkt über Opernaufführungen bis hin zum Public-Viewing anlässlich der Männer-Fußball-WM möglich sein. Transparenz bei den Diskussionen, einhergehend mit einer sachlichen Fundierung, helfen dabei, vor reiner Symbolpolitik zu schützen. „Spielen wir nicht die einzelnen Formate und Angebote gegeneinander aus, sondern ermöglichen Kultur, Sport und Brauchtum überall dort wo möglich, organisieren wir gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Begegnungen gerade in Zeiten der Krisen und ermöglichen das wirtschaftliche Leben in unseren Städten“, so Bernadette Spinnen, die Bundesvorsitzende der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcsd e.V.).

In diesen Tagen laufen viele der von Bund und Ländern geförderten Stadtentwicklungsmaßnahmen zur Belebung der Innenstädte an, damit sie als Wirtschafts- und Begegnungsräume erhalten und weiterentwickelt werden.

Sie setzen Anreize und werden in der Regel vom Stadtmarketing koordiniert. Diese Entwicklungen dürfen nun nicht übereilt gefährdet werden.

Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft zeigen sich bereits heute kreativ und innovativ beim Einsparen von Energie. In der Veranstaltungsbranche gibt es beispielsweise seit Jahren Leitfäden zur nachhaltigen Organisation und Umsetzung von Events, allein die Einsparungen durch die Umstellung auf leistungsfähige LED-Beleuchtung gilt als energie-technische Revolution. Da die Preise enorm steigen und eine

Dingolshausen/Gerolzhofen:

Gemeinderat informiert sich auf der Kläranlage

Die Gemeinde Dingolshausen und die Stadt Gerolzhofen arbeiten bei der Einleitung des Abwassers seit vielen Jahren zusammen: Das Abwasser aus Dingolshausen wird in die Kläranlage der Stadt Gerolzhofen eingeleitet.

In den vergangenen Jahren investierte die Stadt Gerolzhofen rund drei Millionen Euro in die Kläranlage. Weitere Millionen werden noch notwendig sein. Das nahmen Bürgermeisterin Nicole Weissenseel-Brendler und der Dingolshäuser Gemeinderat zum Anlass, sich die Kläranlage in Gerolzhofen anzuschauen und die bisherigen sowie die noch anstehenden Maßnahmen von erläutern zu lassen. Nach der Begrüßung durch Gerolzhofens Bürgermeister Thorsten Wozniak führten Stadtbaumeisterin Maria Hoffmann und Kläranlagenchef Marco Klebrig über das Gelände.

Technische Informationen

Die Kläranlage, in die Gerolzhofen, Rügshofen und Dingolshausen einleiten, ist auf 14.000 Einwohnerwerte ausgelegt. Aktuell wird geprüft, ob sich die Gemeinde Michelau an die Gerolzhöfer Kläranlage anschließen kann.

Zuletzt wurde u.a. die mechanische Reinigung des Schmutzwassers erneuert. Am neuen konzi-

GZ PINOS WELT



Ich befand mich in den letzten Wochen Dank der Tatsache, dass ich trotz Vollalimentation keinerlei zeitliche Verpflichtungen habe (insofern probiere ich schon mal das Gefühl beim künftigen Bürgergeld aus) praktisch immer vor dem Fernseher, wenn es etwas Royales zu berichten gab. Vor allem natürlich bei den Übertragungen der letzten Wege der verstorbenen Königin Elisabeth/Elizabeth, der Trauer- und Begräbnisfeiern.

Holla die Waldfee – Pomp können die Briten. Da geht die Inflation durch die Decke, die Wirtschaft leidet schwer unter dem Brexit, die Immobilienzinsen würgen den Mittelstand, die Staatsanleihen schmieren ab, die Bank of England muss das Pfund stützen, aber die Dudelsäcke schmettern, die Soldaten marschieren und die Uniformen strotzen vor Orden (für welche Verdienste?). Klar, der eine oder andere Fauxpas kam vor. So war wohl nicht vorgesehen, dass die Königin sich in Schottland von dieser Welt ver-

Pomp können die Briten

abschiedet, weil dort nur ein Leichenwagen der Marke Mercedes-Benz zu Verfügung stand. Die Scharke wurde dann in London ausgewetzt und ein Jaguar kam zum Einsatz, als Marke eines indischen Unternehmens (Tata Motors) wenigstens in Britannien gebaut.

Insgesamt war das Spektakel ganz OK. Manche Reaktionen der Spezies Mensch auf solche Ereignisse befremden aber. So mag man noch verstehen, dass man sich stundenlang in eine Schlange für den Kondolenzbesuch einreihet. Immerhin war die Verstorbene Staatsoberhaupt. Der Hauch von Picknick an einigen Stellen mag dem in der Regel eher pragmatischen Nationalcharakter der Engländer geschuldet sein. Aber die wiederholten Bekundungen, an der Straße zu stehen und den Leichenwagen vorbeigleiten zu sehen, sei der größte Moment im Leben gewesen, macht nachdenklich. Schließlich kennt doch auch das ärmste und verzweifeltste Leben schöne Momente – den ersten Job, den ersten Kuss, etwas anderes zum ersten Mal, Kinder, Enkel. Was berührt die Menschen, wenn sie den

Sarg einer fremden Frau an sich vorbeiziehen sehen, die sie nie getroffen haben und nur vom Fernseher kennen? Wieviel Hokusfokus vergangener Jahrhunderte wabert da noch herum? Oder ist es nur Respekt vor dem Amt?

Wenn ich ein Mensch wäre, hätte mich der ganze Vorgang einschließlich Proklamation des neuen Königs und des neuen Prince of Wales in meiner republikanischen Grundeinstellung mehr als bestätigt. Man stelle sich vor: Ein hochbetagtes Staatsoberhaupt stirbt im biblischen Alter und es folgt ein neues Staatsoberhaupt, das die gesetzliche Altersgrenze bereits seit sechs Jahren hinter sich gelassen hat (wohlgerückt, nichts gegen ältere Staatslenker, siehe USA oder Italien, aber die wurden gewählt). Gleichzeitig weiß man als Staatsbürger dieses Landes, dass dem schulligen älteren Herrn, den auch wir Charles statt Karl nennen, ein Posterboy mit schon jetzt hoher Stirn und diesem wiederum ein kleiner Hosen scheißer nachfolgen wird – ein Alptraum.

Aber natürlich ist eine königliche Familie, gleich welcher Nationalität, ungleich unterhaltbarer als republikanische Politiker. Dank der Vollalimentation können sie das machen, was die Boulevardblätter lieben, nämlich sich gegenseitig mobben, fremdgehen, Kinder zeugen oder schlicht zu Mondpreisen erstandene abgedrehte Outfits tragen. Unsere Bundespräsidenten bringen es ja höchstens zu einem Bobby-Car mit ungeklärter Herkunft oder dem anarchischen Aufbegehren der gesunden Kreatur, die die FFP2-Maske im Zug fallen lässt.

Aber am Ende sollten wir nicht vergessen, dass ein Mensch gestorben ist, der in unserer Wirklichkeit präsent war – nicht als Trägerin von Macht, sondern als Verkörperung von Ideen. Sei das die Idee der Größe des British Empire oder die Idee der Monarchie als idealer Staatsform. Schlussendlich war sie ein Mensch und für uns Menschen hat der römische Kaiser Marc Aurel diese Gedanken hinterlassen: „Wir wollen unsere Zeit der Natur gemäß durchleben und heiter beendigen, so wie die reif-gewordene Olive fällt, indem sie die Erde segnet, die sie hervorgebracht, und dem Baum dankt, der sie genährt hat.“

Ihr Pino

Mangellage bei der Energieversorgung befürchtet wird, setzt man sich vielerorts umfassend mit dem Einsparpotential der vorhandenen Ressourcen auseinander. Die fordert alle Beteiligten auf sich konzeptionell, organisatorisch und technisch so gut wie nur möglich auf die dunkle

Jahreszeit vorzubereiten, um einen erneuten Lockdown-Effekt für das städtische Leben und die Innenstädte zu verhindern.

Eine Reduktion des Energieverbrauches muss fester Bestandteil der Maßnahmen im Winter sein, dazu können auch gezielte Einschränkungen energieintensiver Anlagen geboten sein. Ein gänzliches Ausbleiben jeglicher Beleuchtung oder gar eine Absage

von Veranstaltungsangeboten in Kultur, Sport und etwa von Weihnachtsmärkten wäre ein erneuter herber Schlag für das gesellschaftliche Leben in den Städten und die betroffenen Bereiche. Schon heute sind diese Branchen von einem deutlichen Angebotsverlust gekennzeichnet, weitere Einschränkungen werden die noch verbliebenen Betriebe in ihrer Existenz gefährden. □

Schornsteinfeger und Feuerwehr warnen:

Finger weg von Teelichtöfen!

In den sozialen Medien macht seit einiger Zeit ein neuer Do-it-yourself-Trend die Runde: ein Teelichtofen zum Selberbauen. Einfach und preislich überschaubar in der Anschaffung verspricht er scheinbar schnelle wie günstige Wärme. Was sich so harmlos und fast ein wenig romantisch anhört, kann allerdings brandgefährlich werden. Das Problem: Ab einer bestimmten Temperatur fängt Wachs an zu siedeln und zu brennen. Stehen mehrere Teelichter eng beieinander, entstehen schnell höhere Temperaturen und es kann zu einem Flächen-Wachsbrand kommen.

Ein wärmespeichernder Ton- oder Terracottatopf begünstigt diesen Effekt und heizt sich außerdem so stark auf, dass bei Berührung Verbrennungsgefahr besteht. Wer einen oder gleich mehrere Teelichtöfen über längere Zeit nutzt, verschlechtert zudem das Raumklima. Die brennenden Teelichter verbrauchen Sauerstoff und geben Verbrennungsrückstände wie Ruß oder Feinstaub an die Umgebung ab. Nach einiger Zeit herrscht spürbar dicke Luft im Raum.

Der Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks warnt vor dem gefährlichen Heiztrend Marke Eigenbau. „Letztendlich handelt es sich bei einem Teelichtofen schon um eine kleine Feuerstätte – nur ohne Schornstein, ohne geregelte Luftzufuhr und ohne Sicherheitsvorrichtung. Das sind jedoch wichtige Faktoren für sicheres Heizen“, so die Aussage des Verbandes, „Teelichter und Blumentopf werden zweckentfremdet und sind keinesfalls als Heizersatz in Innenräumen geeignet.“

Wachsbrand nicht mit Wasser löschen

Wachsbrände können und sollten niemals mit Wasser gelöscht werden. In einem solchen Fall helfen Löschmittel für Fettbrände, wie sie für die Küche empfohlen werden, ergänzen der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) und die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB). □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheber-

rechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 56 vom 01.01.2022

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreise München und Ebersberg:

Grüner Wasserstoffkreislauf im ÖPNV

Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Brennstoffzellenbussen und Wasserstofftankstelle

Die Landkreise München, Ebersberg und Landshut wollen gemeinsam mit weiteren Partnern aus der freien Wirtschaft bis 2025 einen grünen Wasserstoffkreislauf in der Region aufbauen und in Brennstoffzellenbusse im ÖPNV investieren. Anfang Oktober fand die offizielle Übergabe der Fördergeldbescheide durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) für elf neue Busse und eine Wasserstofftankstelle am Landratsamt München statt.

Das Vorhaben ist Teil des seit 2019 bestehenden Projekts HyBayern – einer von drei Wasserstoffregionen in Deutschland. Im Rahmen des Projekts wurde eigens die Betreibergesellschaft Hy2B Wasserstoff GmbH gegründet, welche sich aktuell um die wichtigsten Infrastrukturelemente des Projekts kümmert. Dazu gehören der 5 MW Elektrolyseur zur Herstellung des Wasserstoffs, zwei Wasserstofftankstellen sowie mehrere Trailer zum Transport des Wasserstoffs. Alle drei Elemente befinden sich momentan in der Bauplanung.

Brennstoffzellenbusse sind ebenso Elektrobusse wie rein batterie-elektrische Busse. Der Elektromotor dient dabei als direkter Antrieb des Fahrzeugs. Die Brennstoffzelle nimmt die Funktion eines Generators wahr, der

aus Wasserstoff über eine bei niedrigen Temperaturen stattfindende elektrochemische Reaktion Strom für den Elektromotor erzeugt. Ein wesentlicher Vorteil von Brennstoffzellenbussen im Vergleich zu herkömmlichen Dieseln ist, dass diese lediglich Wasserdampf emittieren. Außerdem sind sie wesentlich geräuscharmer.

Als Aufgabenträger im ÖPNV haben die Landkreise München und Ebersberg bereits 2020/2021 beschlossen, die Verkehrsunternehmen bei dem aktuell noch sehr teuren Betrieb von Brennstoffzellenbussen finanziell kräftig zu unterstützen. Das Gesamtprojekt HyBayern wird unter der Kategorie „HyPerformer“ durch das Förderprogramm „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ mit bis zu 20 Mio. Euro vom

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) gefördert. Davon sind rund 3,5 Mio. Euro für die Beschaffung der genannten elf Busse durch die Verkehrsunternehmen Ettenhuber, Geldhauser und Reisberger sowie den Aufbau der Betriebshof-tankstelle des Verkehrsunternehmens Ettenhuber im Markt Glonn (Landkreis Ebersberg) vorgesehen. Dies stellt damit einen zentralen Bestandteil des HyBayern Projekts dar.

Die drei Verkehrsunternehmen sind als erste große Abnehmer des grünen Wasserstoffs im Linieneinsatz für den MVV geplant. Die Verkehrsunternehmen Ettenhuber und Geldhauser haben gemeinsam zehn Brennstoffzellenbusse bestellt, die Mitte 2023 geliefert werden sollen. Das Ver-

kehrsunternehmen Reisberger hat zusätzlich einen Brennstoffzellenbus in Planung. Die Busse sollen in den Landkreisen München und Ebersberg zum Einsatz kommen.

Stark gestiegene Stromkosten

Für den Betrieb der Busse fallen im Vergleich zum herkömmlichen Dieseln erhebliche Mehrkosten für die Landkreise an, denn die so ersetzten Dieseln werden zunächst noch als Ersatzfahrzeuge aufrechterhalten. Die Mehrkosten dafür tragen die beiden Landkreise. Aufgrund der aktuell stark steigenden Strompreise und dem damit schwer kalkulierbaren Preis für den grünen Wasserstoff der Hy2B sind die genauen Kosten für den Betrieb der Brennstoffzellenbusse derzeit nicht gänzlich abzuschätzen. Die Busse sind bereits bestellt und sollen im Sommer 2023 geliefert werden. Die Busunternehmen bereiten ihre Betriebs-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das LfA-Magazin bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

höfe bereits auf die neue Technologie vor. Dafür fallen Umbauten an den Werkstätten an sowie die Anschaffung von Spezialwerkzeugen und die Schulung von Mitarbeitenden. Das Bundesverkehrsministerium fördert 40 bis 60 Prozent der Anschaffungsmehrkosten im Vergleich zum Dieseln. Die Höhe der Förderung richtet sich nach der Größe des Unternehmens.

„Ich freue mich sehr, dass der Bund das Engagement der Landkreise sowie der Verkehrsunternehmen mit einer finanziellen Förderung honoriert. ... Dass so-

wohl Politik wie Unternehmen gemeinsam in solch zukunfts-trächtigen Technologien investieren, stimmt mich positiv“, so Landrat Christoph Göbel aus dem Landkreis München.

„Die Richtung stimmt in Hy-Bayern. ... Wir unternehmen gerade entscheidende und konkrete Schritte, um die neue Wasserstofftechnologie auf den Weg zu bringen. Sie kann dazu beitragen klimaschädigende fossile Energieträger zu ersetzen. Das unterstützen wir nach Kräften“, bestätigt Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg. □

Bezirk Mittelfranken:

Inklusionspreis für Verein LebensRaum Petersaurach

Der Verein LebensRaum Petersaurach erhält den diesjährigen Inklusionspreis des Bezirks Mittelfranken. Der 2019 gegründete gemeinnützige Verein widmet sich mit seinen 29 Mitgliedern einem aktuellen Gesellschaftsthema: In der rund 5.000 Einwohner zählenden Gemeinde im Landkreis Ansbach soll ein inklusives, generationsübergreifendes und gemeinschaftliches Wohnprojekt entstehen. Ein passendes Grundstück dafür konnte bereits erworben werden. Im November dieses Jahres ist der Spatenstich für das Projekt geplant.

LebensRaum Petersaurach e.V. hat es sich zum Ziel gesetzt, das inklusive Leben für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Petersaurach und darüber hinaus zu ermöglichen. Gemeinschaft, gute Nachbarschaft mit gegenseitiger Unterstützung und Inklusion im Alltag sollen gefördert werden. Das jetzt vom Bezirk Mittelfranken prämierte Wohnprojekt soll die Lebensqualität von Menschen verschiedener Generationen, mit und ohne Behinderung oder aus verschiedenen Kulturkreisen erhöhen. Einziehen sollen Familien und Alleinstehende, die sich ein gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Leben wünschen. **DK**



Übergabe der Förderbescheide; v.l.: Dr. Tobias Brunner (Hy2B Wasserstoff GmbH), Josef Ettenhuber (Busbetrieb Josef Ettenhuber GmbH), Martin Geldhauser (Martin Geldhauser Omnibusunternehmen im Linien- und Reiseverkehr GmbH & Co. KG), Ruth Jürgen-sen (Energieagentur Ebersberg-München), Prof. Dr. Klaus Bonhoff (Bundesministerium für Digitales und Verkehr), Landrat Christoph Göbel (Landkreis München)
 Bild: Landkreis München

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21/2022, die am 4. November 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Kommunalbau
- Ortskernbelebung
- Gestaltung öffentlicher Räume, Stadtmobiliar
- Renovierung/Denkmalerschutz
- Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark
- Sonderdruck Bayerisches WasserkraftForum

LIEFERANTENNACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de
Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de
BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com
ERLUS
 Qualität aus Deutschland

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 www.etbs.de
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82162 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG - Martha Müller - 0711/900357-72 - windimwald@juwi.de - www.juwi.de

Fahrenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de
Fahren Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstraße 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de
 Fahnen Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

GZ Akademie
 Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!
 DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel CISIS12 Schulungen eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSICHERHEIT
 Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
 Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH
 Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
 deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragshandel für **W. Lichte**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

HERBST/WINTER · 2022



STRIVING FOR
INNOVATION

VERTRAUEN IN DIE ZUKUNFT

Das Innovationspotenzial ist in vielen bayerischen Unternehmen hoch – und wichtiger denn je

Liebe Leserin, lieber Leser,

Pandemie, Krieg in der Ukraine und Energiekrise haben die vergangenen Monate zu unruhigen Zeiten gemacht. Der Umgang mit der damit einhergehenden Unsicherheit ist eine große Herausforderung für Unternehmen: Wie sich die wirtschaftliche Situation weiterentwickelt, ist derzeit schwer vorhersagbar. Mit Sicherheit wissen wir aber, dass uns das Thema Energieversorgung stark beschäftigen wird. Dieser Aspekt ist eng verbunden mit der anstehenden Transformation in Richtung Klimaneutralität und Digitalisierung.

Zukunftsweisende Technologie und Innovationen bilden daher die Schwerpunkte dieser Ausgabe. Viele bayerische Unternehmen gehen bereits in diese Richtung – so möchte ein Anbieter für Energiespeichersysteme Deutschland zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien versorgen (Seite 4) und ein Start-up entdeckt mit Satelliten frühzeitig Waldbrände (Seite 10). Beide Unternehmen wurden mit Eigenkapital aus der LfA-Gruppe (Seite 9) bei ihrem Start unterstützt. Darüber hinaus automatisiert eine Möbelmanufaktur ihre Produktion (Seite 16), ein motiviertes Entwickler-Duo unterstützt die Digitalisierung bei der Polizei (Seite 22) und Prof. Dr. Thomas Hamacher spricht über die Energieversorgung der Zukunft (Seite 18).

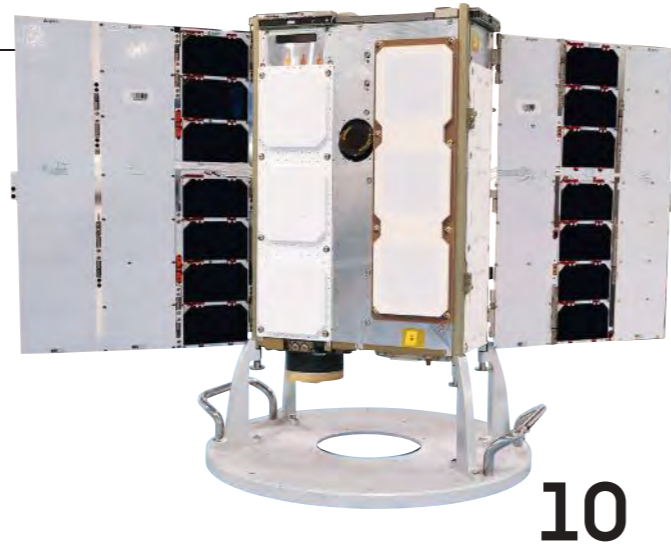
Diese Beiträge zeigen: Die Krisen der letzten Zeit bergen auch Chancen. Corona beispielsweise hat nicht nur den großen Handlungsbedarf in Sachen Digitalisierung aufgezeigt, sondern ihr auch einen kräftigen Schub gegeben. Auch wenn niemand sagen kann, was kommt, sollten wir alles dafür tun, dass wir aus diesen unstillen Zeiten gestärkt hervorgehen.

Blicken wir gemeinsam in die Zukunft!



Bernd Schwab

Dr. Bernhard Schwab
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern



04 Die Revolution der Batterie

Das Ziel des Münchner Unternehmens VoltStorage: mit einem lithiumfreien Speichersystem grüne Energie auch grün zu speichern

09 Eigenkapitalförderung

Für jedes Unternehmen das passende Angebot – mit der LfA-Gruppe das Eigenkapital stärken

10 Hoch hinaus

OroraTech warnt mithilfe von Satellitenaufnahmen vor Waldbränden

13 Kolumne

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger über perfekte Bedingungen für Transformationsprozesse

14 Energie für morgen

Mit diesen Technologien kann erneuerbare Energie gewonnen und gespeichert werden

16 Made in Germany

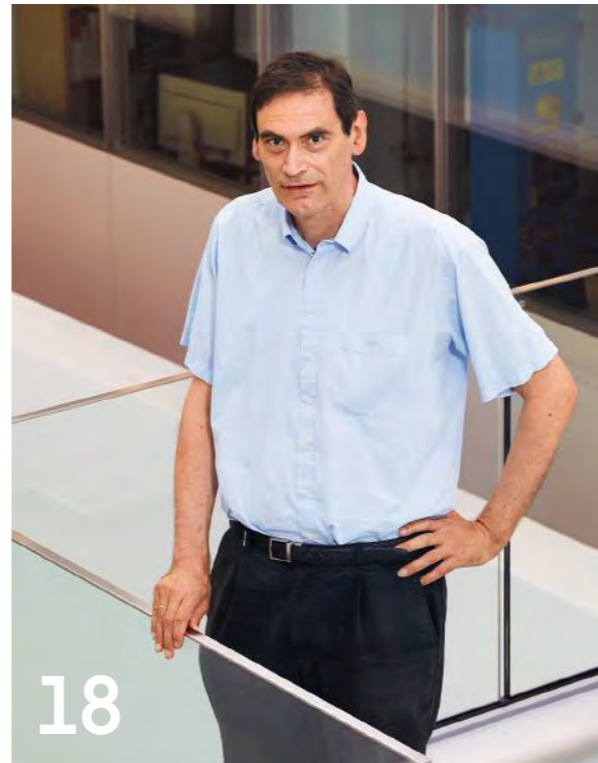
Die Wagner Möbel Manufaktur in Mindelheim setzt auf innovative Techniken

18 „Das Bild Bayerns wird sich verändern“

Professor Thomas Hamacher spricht über die Energieversorgung der Zukunft und damit einhergehende Herausforderungen

22 Auf der Überholspur

GERMANTRONIC entwickelt zentrale Bedieneinheiten für Einsatzfahrzeuge



Cover: VoltStorage; Fotos: Nadine Stegemann, OroraTech, Sebastian Ait, VoltStorage, Wagner Möbel Manufaktur/Michael Schoellhorn; Infografik: Robert Grill

24 Meldungen

50 Jahre BayBG | Businessplan Wettbewerbe | Halbjahresbilanz 2022 | LfA-Nachhaltigkeitsbericht | Bayerns Best 50

26 Service

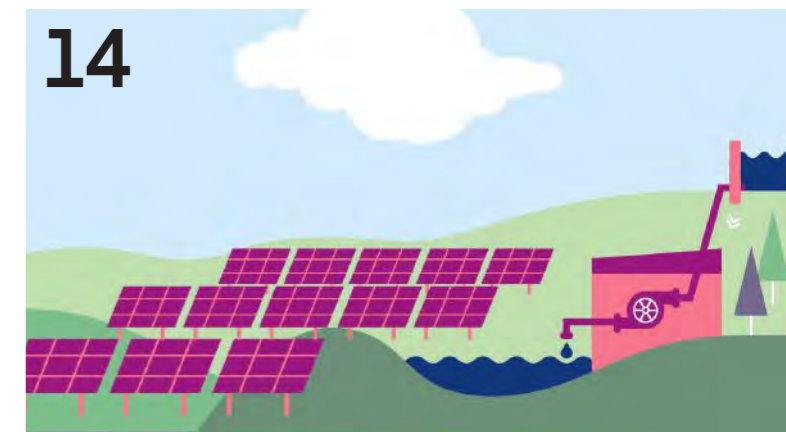
Die LfA als Arbeitgeber

27 Gesichter der LfA

Karina da Silva Marini, Servicefachkraft
Marc Henrik Rößler, Kreditspezialist und -analyst



Die Zukunft ist jetzt:
Unternehmer denken
um, mit innovativen
Vorhaben und Ideen



STRIVING FOR
INNOVATION

DIE REVOLUTION DER BATTERIE

MIT ZWEI LITHIUMFREIEN SPEICHERSYSTEMEN FÜR STROM SORGT DAS MÜNCHNER START-UP-UNTERNEHMEN **VOLTSTORAGE** WELTWEIT FÜR AUFSEHEN. ERSTMALS KANN DAMIT ERNEUERBARE ENERGIE IN GROSSEN KAPAZITÄTEN NACHHALTIG GESPEICHERT WERDEN

TEXT MARTIN FRAAS

Foto: VoltStorage

Es ist ein echtes Dilemma. Da wird blitzsauberer Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Windkraft und Photovoltaik gewonnen. Aber um naturgegebene Versorgungslücken in wind- und sonnenarmen Zeiten zu überbrücken, kann man den Strom kurzzeitig nur mittels Lithiumbatterien speichern. Lithium, ein chemisches Element, das alles andere als nachhaltig ist. Als „notwendiges Übel“ hat es trotzdem eine große Karriere gemacht.

Doch was nun folgt und Lithium in vielen Bereichen überflüssig machen könnte, ist eine Erfolgsgeschichte, wie man sie eher aus der San Francisco Bay in den USA kennt. 2016 gründeten die Studienkollegen Jakob Bitner, Michael Peither und Felix Kiefl frisch von der Uni weg in München das Unternehmen VoltStorage. Ihr Ziel war es, grüne Energie auch grün zu speichern. Ein höchst nachhaltiges Anliegen, auf das besonders auch viele Betreiber von Windkraft- und Solarparks sehnsüchtig warten.

Machen wir also einen Ausflug dahin, wo alles begann, nach München-Sendling. Ein lebhaftes Viertel, geprägt von größeren Wohnblöcken, Werkstätten, kleinen Läden und Durchgangsstraßen. In einem Gewerbehof in der Gmunder Straße bietet

die Stadt München kleinen und mittelständischen Betrieben die Möglichkeit eines attraktiven Standorts. „Die Mieten sind sehr fair“, sagt Jakob Bitner, CEO von VoltStorage, „das hat uns am Anfang sehr geholfen.“ Der 35-Jährige trägt Chinos, ein Mao-Hemd und dazu weiße Sneakers, die aktuellen Insignien junger Start-up-Chefs.

50 Mitarbeiter aus 18 Nationen arbeiten in dem 550 Quadratmeter großen Büro und in den Produktions- und Entwicklungsräumen, die eine Straße weiter angesiedelt sind. Die Unternehmenssprache ist Englisch. „Der Standort München hat auch den Vorteil, dass man genau die Top-Leute bekommt, die für ein Unternehmen wie unseres unverzichtbar sind“, sagt Jakob Bitner. „Die Stadt ist international bekannt und beliebt. Es ist also alles andere als schwer, Leute hierherzulocken.“ Er selbst ist in Bayreuth aufgewachsen, studierte BWL in England und München, wo er hängen blieb. „Next Generation Batteries“, so werden bei VoltStorage die beiden lithiumfreien Redox-Flow-Speichersysteme genannt, auf die sich das junge Unternehmen fokussiert hat. Ein Batterietyp basiert auf

Vanadium, der andere auf Eisen. Beides klimaschonende Rohstoffe mit einer beinahe unbegrenzten Verfügbarkeit. Die Vanadium-Redox-Flow-Technologie wurde bereits in den 1970er-Jahren von der Nasa entwickelt. VoltStorage hat diese Speichertechnik auf ein neues Level gehoben und perfektioniert.

Für alle, die den Chemieunterricht gerne mal geschwänzt haben: Das chemische Element Vanadium, das sogar wir Menschen in unseren Zellkernen haben, wird zur industriellen Verwendung aus verschiedenen Eisenerzen gewonnen.

Das Speichermedium der Vanadium-Redox-Flow-Batterie ist flüssiger Elektrolyt, der auf Vanadium basiert. Die herausragenden Qualitäten der Batterie sind ihre Betriebssicherheit und Langlebigkeit. Zudem sind alle Inhaltsstoffe vollständig recycelbar. Als

Anwender für die auf der Vanadium-Redox-Flow-Speichertechnologie basierende „Commercial Battery“ möchte VoltStorage Unternehmen aus der Landwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe oder etwa Hotels und die Gastronomie gewinnen. Mit selbst erzeugtem Strom, zum Beispiel durch Solarkraft, können diese Unternehmen in Kombination mit der Speicherlösung in Zukunft autarker bei der Energieversorgung werden.

Den zweiten Batterietypus, mit dem VoltStorage künftig den Weltmarkt erobern möchte, präsentiert uns Jakob Bitner in den 750 Quadratmeter großen Produktionshallen. Wobei „Produktion“ ein sehr nüchternes Wort für das ist, was wir hier zu sehen bekommen. Das Ganze ähnelt ein bisschen dem Labor von „Q“ in „James Bond“-Filmen. Mitarbeiter mit Schutzbrillen schütten aus Reagenzgläsern Gemische zusammen, an blinkenden Messständen sind Geräte mit einem Gewirr aus Dutzenden von

„FÜR 2023 SIND ERSTE PILOT-PROJEKTE MIT GROSSKUNDEN GEPLANT“



Im Forschungslabor von VoltStorage in München-Sendling werden auch Kleinzellen entwickelt und getestet. Die Mitarbeiter des Unternehmens kommen aus 18 verschiedenen Ländern



Fotos: Manuel Nieberle



Sein Unternehmen ist auf Erfolgskurs: Jakob Bitner, CEO und Mitgründer von VoltStorage

Kabeln verbunden und überall lagern Minizellen sowie Prototypen in diversen Entwicklungsstufen.

„Eisen-Batterie“, so feierte die Presse die Erfindung, die hier gerade noch den Feinschliff am Zelldesign für den Realbetrieb bekommt. Für 2024 sind erste Pilotprojekte mit Großkunden geplant. „Iron-Salt-Technologie“ heißt das Speichermedium mit vollem Namen. Es arbeitet ebenfalls in zwei separaten Kreisläufen mit Elektrolytflüssigkeit. Hier basiert diese auf Eisenchlorid, einem äußerst günstigen und natürlichen Rohstoff, der biologisch abbaubar ist.

Große Chancen auf dem Weltmarkt sieht **Jakob Bitner** für die Iron Salt Battery auch deshalb, weil die Technologie sich für die Langzeitspeicherung eignet. Was insbesondere für die Betreiber von Solar- und Windparks interessant ist.

Denn sie können mit diesen Speichersystemen Versorgungslücken in wind- und sonnenarmen Zeiten überbrücken und die Grundlast sichern. Zudem sind Iron-Salt-Batterien besonders temperaturresistent. Das heißt, sie sind ideal für den Einsatz in heißen Klimazonen. Insbesondere auch für die dezentrale Energiegewinnung in Wüstengebieten, bei der vor wenigen Monaten durch ein elektrostatisches Verfahren das Problem der Versandung der Moduloberflächen gelöst wurde. Zudem können Module der Batterie bis in den Megawattstunden-Bereich miteinander verbunden werden. „Bei unseren beiden Technologien steht auch ganz klar die Kapazität im Vordergrund“, erklärt Jakob Bitner.

Und es gibt eine weitere Gemeinsamkeit: Bei beiden Systemen können Leistung und Kapazität unabhängig voneinander und je nach Bedarf angepasst werden. Das führt zu deutlich niedrigeren Betriebskosten pro Kilowattstunde als bei herkömmlichen Speichersystemen. Bei der Iron Salt Battery sind es derzeit circa 50 Euro pro kWh. Das große Potenzial von VoltStorage hat auch



Im **Forschungslabor** erfolgen auch der Feinschliff und die Optimierung der Prototypen. Der Markt wartet mit hoher Dringlichkeit auf die lithiumfreien Energiespeicher des jungen Unternehmens

„MIT UNSERER NACHHALTIGEN STROMSPEICHERUNG KÖNNEN PRODUKTION UND VERBRAUCH ENTKOPPELT WERDEN“

die LfA Förderbank Bayern frühzeitig erkannt. Bereits 2020 tätigte sie über ihre Tochtergesellschaft Bayern Kapital bei dem Münchner Unternehmen ein Investment von knapp fünf Millionen Euro. Bayern Kapital wurde 1995 als Venture-Capital-Gesellschaft des Freistaats und Growth-Investor gegründet, um ganz gezielt innovative Technologien und Start-ups in Bayern zu fördern.

Der hohe Kapitalzufluss, auch von weiteren Partnern, ermöglichte VoltStorage zudem einen Strategiewechsel. In den Anfangsjahren setzte das Unternehmen auf das Endkundengeschäft, also auf Speichersysteme verschiedener Größen für Privathaushalte und kleinere Betriebe. „Wir verfügen inzwischen über die größte in Betrieb befindliche Flotte an Flow-Batterien der Welt“, verrät Jakob Bitner nicht ohne Stolz. Für die Zukunft ist der Fokus jedoch ganz klar auf Großkunden gerichtet. Und auch das Managementteam wurde für diese Zielsetzung erweitert. Seit 2022 unterstützt Verena Graf als COO das Gründer-Trio.

„Mit der Entwicklung unseres patentierten Flow-Batteriezelldesigns ist es uns auch gelungen, einen Batterie-

Zellstack – das sind mehrere, aufeinander gestapelte gleichartige Zellen – zu entwickeln, der automatisiert und so in hohen Stückzahlen produziert werden kann“, erklärt Jakob Bitner. Was zu niedrigeren Produktionskosten führt und die Flow-Batterien damit auch für Entwicklungs- und Schwellenländer attraktiv macht.

„Mit unserer nachhaltigen Stromspeicherung können Produktion und Verbrauch entkoppelt werden, das ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende“, so fasst CEO Jakob Bitner die Rolle seines Unternehmens zusammen. Es sieht also danach aus, als könnte von München aus ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet werden, dass nachhaltige Energiegewinnung und nachhaltige Energiespeicherung künftig eine Einheit werden. ☐

FAKTEN

VOLTSTORAGE – PRODUCTION AND DEVELOPMENT
Investment: Bayern Kapital
Gründungsjahr: 2016
Standort: München
Mitarbeiter: 50
www.voltstorage.com

Online unter www.lfa.de/magazin

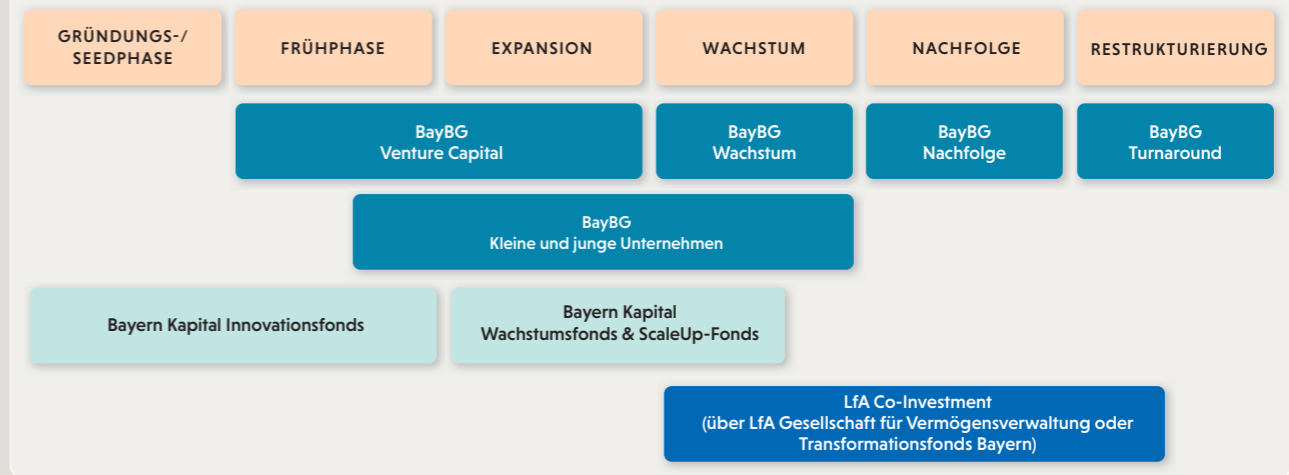
Fotos: Manuel Nieberle

Mit Eigenkapital in die Zukunft investieren

Eigenkapital ist ein wichtiges Finanzierungsmittel eines Unternehmens.

Die Möglichkeiten sind je nach Entwicklungsphase unterschiedlich. Geeignet ist die Eigenkapitalfinanzierung generell für alle Branchen in den entscheidenden Entwicklungsphasen eines Unternehmens, besonders für junge, wachsende Unternehmen. Der Vorteil: Eigenkapitalfinanzierung ermöglicht bereits in der Frühphase den Zugang zu Kapital und wirkt sich positiv auf die Kreditwürdigkeit aus – auch bei etablierten Unternehmen.

DIE LFA UND DIE MIT IHR VERBUNDENEN GESELLSCHAFTEN BAYERN KAPITAL UND BAYBG BAYERISCHE BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT MACHEN UNTERNEHMEN **IN JEDER PHASE** DAS PASSENDE ANGEBOT:



Worauf muss ich bei der Planung achten?

Behalten Sie die eigenen Ziele im Blick: Soll mit der Finanzierung eine dauerhafte Partnerschaft begründet oder eine Stärkung der Eigenkapitalbasis für eine begrenzte Dauer erreicht werden? Verschaffen Sie sich einen Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten wie offene oder stille Beteiligungen und Zwischenformen. Außerdem ist es wichtig, sich über die Art und Weise der Beteiligung genau zu informieren, wie zum Beispiel über Mitspracherechte oder Absichten und Konditionen des Investors. Nicht zuletzt sollten bei den Vertragsverhandlungen Exitszenarien und die daraus resultierenden Konsequenzen besprochen werden. Bei einem Beteiligungsvertrag sollte klar geregelt sein, wie man sich gegebenenfalls voneinander trennt.

DETAILLIERTE INFORMATIONEN UNTER www.lfa.de/eigenkapital

HOCH HINAUS

Fotos: OroraTech

DAS START-UP ORORATECH KARTOGRAFIERT MITHILFE EINES SATELLITEN DIE GANZE WELT. DIE SO GEWONNENEN DATEN WARNT VOR BRÄNDEN UND SCHÜTZEN DAMIT WELTWEIT MEHR ALS 170 MILLIONEN HEKTAR WALD

TEXT ALISSA SELGE

Der 13. Januar 2022, Florida, USA: Ein amerikanisches Raumfahrtunternehmen schickt erfolgreich eine Rakete ins Weltall. Mit an Bord: ein schuhkartongroßer Satellit von OroraTech, der die Erde umkreisen und kontinuierlich hochauflösende Wärmebilder aufnehmen wird. Ein KI-basierter Algorithmus analysiert die Daten direkt in der Umlaufbahn und übermittelt sie zur Erde. Was für ein Meilenstein: Der Satellit ist der Erste seiner Art, der eine Wärme-, Mittelinfrarot- und eine RGB-Kamera in einem kompakten Design kombiniert, das keine Kühlung benötigt. Die hochauflösenden Wärmebildkameras kartografieren die ganze Welt und sind in der Lage, Waldbrände zu entdecken. Wenn alles nach Plan läuft, werden die Satelliten in den kommenden Jahren noch weitere Erkenntnisse für die Eindämmung von Naturkatastrophen liefern.

Aber kehren wir zunächst zu den Anfängen zurück: Thomas Grübler ist schon früh unternehmerisch tätig. Bereits in jungen Jahren sucht er technische Herausforderungen, programmiert Websites und entwickelt Apps. Die Weite des Weltraums ist seine zweite Leidenschaft. Als er 2012 ein Studium an der Technischen Universität München beginnt, stößt er auf ein Raumfahrtprojekt. Mit hundert Mitstudierenden arbeitet er daran, einen Satelliten zu bauen, und sitzt in der Hochphase bis spät in die Nacht oder am Wochenende zwischen Pizzakartons in der Uni. Mit Erfolg: Der Satellit wird ins

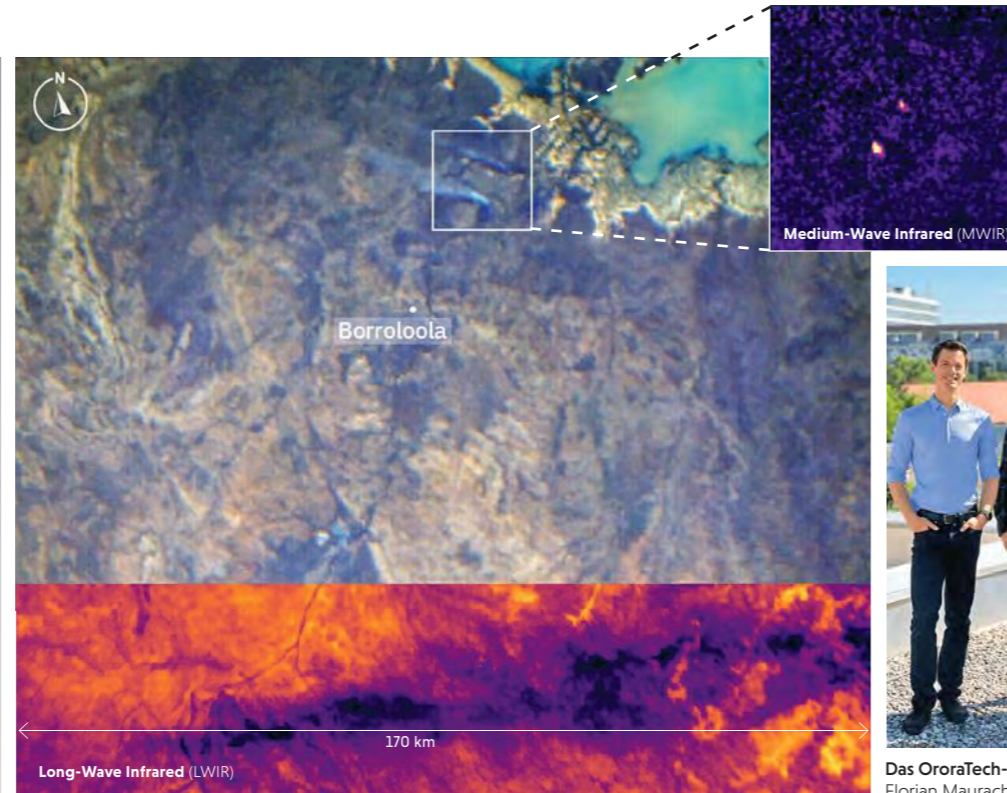


Der Zeitraffer zeigt OroraTech-Aufzeichnungen des über Tage andauernden Feuers auf der griechischen Insel Euböa im August 2021

All geschossen. Thomas Grübler lernt im Rahmen dieses Projekts seine Mitgründer Florian Mauracher und Rupert Amann kennen, später schließt sich außerdem Björn Stoffers an. Während der Arbeit am gemeinsamen Projekt realisieren sie: Die Technologie für den Satelliten wird von großen Raumfahrtunternehmen nicht genutzt. Dabei kann man mit ihr wertvolle Daten sammeln – und Daten sind schließlich das Gold der Zukunft. Im September 2018 »



Die Wärmebildaufnahmen des OroraTech-Satelliten FOREST-1 schützen mittlerweile über 170 Millionen Hektar Wald



Der OroraTech-Satellit FOREST-1 entdeckte im Mai 2022 Buschbrände im australischen Borroloola. Die Aufnahmen zeigen sowohl die Rauchfahnen als auch die Wärmesignaturen des Feuers



Das OroraTech-Gründerteam (v.l.n.r.): Thomas Grübler, Florian Mauracher, Rupert Amann und Björn Stoffers

gründen Grübler, Mauracher, Amann und Stoffers OroraTech. Dass sie auch ihren Unternehmenssitz in der bayerischen Hauptstadt ansiedeln, darüber müssen sie nicht lange nachdenken. „München ist der beste Standort, wenn du ein Hochtechnologie-Start-up gründen willst – egal, ob es um das Recruiting, das Talent, den Austausch mit anderen Start-ups oder das Kapital geht“, findet Grübler. Finanziert wird das Start-up unter anderem von Bayern Kapital, dem Venture-Capital-Investor der LfA Förderbank Bayern. „Wir freuen uns, dass es in Bayern einen starken politischen Support für Hochtechnologien gibt. Bayern ist ein richtiger Raumfahrtstandort.“ Für die Wärmebilddaten, die sie mit ihren Satelliten sammeln, werden sich in Zukunft viele Anwendungsgebiete eröffnen – beispielsweise könnte das die Ermittlung von CO₂-Ausstößen oder Dürren sein. Die vier Gründer konzentrieren sich aber zunächst auf die Detektion und

„IN SÜDAMERIKA KANN ES DREI TAGE LANG BRENNEN UND NIEMAND MERKT ES“

Bekämpfung von Waldbränden. „Wälder zu schützen, ist viel sinnvoller, als sie mühsam aufzuforsten. Deshalb ist die Waldbrandfrüherkennung aus Klimaschutzperspektive so wichtig. Wir haben außerdem diesen Aspekt ausgewählt, weil es da bisher keinen bestehenden Markt gab“, erklärt Thomas Grübler. „Der Waldbrandsektor nutzt bislang keine bestehenden Datensätze. In Südamerika kann es beispielsweise drei Tage lang brennen und niemand merkt es.“ Aktuelle Alarmsysteme funktionieren mit Wachposten, Kameras auf Türmen oder Flugzeugen, die mehrmals täglich Kontrollflüge über die Are-

ale unternehmen. Diese Methoden sind allerdings ineffizient und von vielen Variablen abhängig, darüber hinaus teuer. Die Wärmebilddaten der OroraTech-Satelliten sind nicht nur zuverlässiger als jede Drohne, jeder Turm und jeder Sensor, sondern auch um einiges kostengünstiger. Außerdem verpassen sie nichts: Sie tasten rund um die Uhr die ganze Welt ab und schlagen bei Feuer Alarm. „Wir digitalisieren eine Branche, die jetzt noch komplett analog unterwegs ist“, fasst Thomas Grübler zusammen.

Zu ihren Kunden zählt unter anderem das Bayerische Innenministerium, welches mit OroraTechs Lösung die Waldbrandbeobachtung der Luftrettungsstaffel mittels Satellitendaten rund um die Uhr das ganze Jahr über erweitert. Auch kommerzielle Forstbetriebe in Australien, Südamerika oder Kanada nutzen die OroraTech-Software, die sie im Fall eines Brands per SMS oder

Fotos: OroraTech, STMW/Radmila Kerl

E-Mail alarmiert. „Unsere Kunden können sich mit den Satellitenaufnahmen selbst ein Bild machen und entscheiden, ob sie mit Löschflugzeugen ausrücken oder die Lage vorerst beobachten“, erklärt Grübler. Die ersten Aufnahmen sind ein voller Erfolg, aber das ist erst der Anfang. Dieses Jahr bezog das Start-up nahe dem Münchner Ostbahnhof sein neues, 1.000 Quadratmeter großes Büro, in dem 75 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sitzen. Für die Zukunft hat sich das Unternehmen hohe Ziele gesteckt: Bis Anfang 2024 sollen acht kleine Satelliten der nächsten Generation zweimal täglich Bilder aus dem All liefern. □

FAKTEN

ORORATECH
Investment: Bayern Kapital
Gründungszeitpunkt: 2018
Standort: München
Mitarbeiter: 75
www.ororatech.com

Online unter www.lfa.de/magazin



HUBERT AIWANGER

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
Stellvertretender Ministerpräsident

Digitales Fundament für den Mittelstand

Die bayerische Metall- und Elektroindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau und der Mittelstand stehen angesichts von Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie vor einem großen Umbruch, um beispielsweise die energieintensive Produktion mithilfe der Wasserstofftechnologie umzubauen. Bei der Umstellung der Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle auf ein zukunftssicheres, digitales Fundament wird der Mittelstand vonseiten des Wirtschaftsministeriums durch die „Digitale Transformationsoffensive“ unterstützt.

Bei der Transformation ist die Demografie der größte Bremsklotz. Angesichts der sinkenden Erwerbsbevölkerung braucht es vonseiten des Bundes ein Mehr an Investitionen in Ausbildung, Forschung und Schaffung hochwertiger Ganztagesinfrastruktur in Kitas und Schulen. Nur so werden wir Fachkräfte von morgen z. B. im Handwerk oder in naturwissenschaftlich-technischen Ausbildungsberufen gewinnen.

Im Freistaat gibt es bereits erfreuliche Beispiele, wie der Transformationsprozess erfolgreich gelingen kann. In Oberfranken wurde im September 2019 auf einem ehemaligen Reifenproduktionsgelände in Hallstadt die vom Wirtschaftsministerium geförderte Cleantech Innovation Park GmbH ins Leben gerufen. Hier sollen Projekte aus den Bereichen Wasserstofftechnologie, Elektromobilität und künstliche Intelligenz umgesetzt werden.

Ebenfalls vor einer tiefgehenden Transformation stehen die bayerische Fahrzeug-, Nutzfahrzeug- und Zuliefererindustrie mit über 200.000 Beschäftigten. Daher freut mich die kürzlich zugesagte Bundesförderung in Höhe von 14,5 Millionen Euro für das Transformationsnetzwerk transform.by. Hier bieten Bayern Innovativ und zahlreiche Partner umfangreiche Qualifizierungsangebote für Klein- und Mittelbetriebe der Zulieferindustrie an.

Beim bayerischen Weg der Transformation der Wirtschaft ist mir eines wichtig: So viele Menschen und Arbeitnehmer wie möglich müssen auf die Veränderungen professionell und ausgiebig vorbereitet werden. Nur gemeinsam ist der Übergang zu einer ökologischen und ressourceneffizienten Wirtschaft zu schaffen.

Energie für morgen

Im Jahr 2020 wurden rund 25 Prozent des Endenergieverbrauchs in Bayern bilanziell mit **erneuerbaren Energien** gedeckt.* In unserer Grafik sehen Sie die Anteile der Energieträger an der erneuerbaren Energie, die in Bayern gewonnen wurde. Die Grafik zeigt zudem, wie die Energiespeicherung gelingen kann

*Quelle: Monitoringbericht zum Umbau der Energieversorgung Bayerns – Berichtsjahr 2020; StMWi 01/2022

ILLUSTRATION ROBERT GRILL

60%
BIOENERGIE

Bisher der vielseitigste erneuerbare Energieträger in Deutschland. Wird aus Getreide, Holz oder biogenen Reststoffen gewonnen und in fester oder flüssiger Form oder als Gas zur Strom- und Wärmeerzeugung sowie als Biokraftstoff genutzt.

6%
GEOTHERMIE & SONSTIGE

Bei Geothermie handelt es sich um in der Erde gespeicherte Wärme (thermische Energie), die sich mit verschiedenen technischen Verfahren für Strom, Heizung und Kühlung nutzen lässt. Man unterscheidet zwischen oberflächennaher Geothermie und Tiefengeothermie.

17%
SOLARENERGIE

Die Strahlungsenergie der Sonne wird ohne Umwege via Solarzellen in PV-Anlagen, Sonnenkollektoren oder solarthermischen Kraftwerken in Strom oder Wärme umgewandelt.

5%
WINDENERGIE

Windkraftanlagen wandeln die Bewegungsleistung des Windes in Energie um. In Deutschland erzeugen Windräder aktuell ausschließlich netzgekoppelte Elektrizität.

12%
WASSERKRAFT

Die Energie von Wasserströmungen wird zum Antrieb von Maschinen oder Generatoren genutzt. Mit Wasserkraftwerken erzeugt man heute in Deutschland fast ausschließlich Strom.

AUSBLICK

Laut Bayerischem Energieplan 2030* soll bis 2030 die Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf 78 Terawattstunden (TWh) verdoppelt werden. Dies erfordert eine deutliche Beschleunigung des Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energien. Insbesondere die Stromerzeugung aus Photovoltaik soll bis 2030 von 13 TWh auf 40 TWh verdreifacht werden. Bei der Windkraft strebt die Staatsregierung einen Zuwachs von mindestens 800 bis zu 1.000 Windenergieanlagen in den nächsten Jahren an. Auch das Potenzial der Geothermie soll stärker gehoben werden, um bis 2050 rund 25 Prozent des bayerischen Gebäudeenergiebedarfs mit Erdwärme zu decken.

*Quelle: Bayerische Staatsregierung, Bericht aus Kabinettsitzung vom 6. September 2022

Mit unserem Energiekredit Regenerativ fördern wir kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberuflich Tätige bei Investitionen in ihre Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie. Auch die Kombination mit einer Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beziehungsweise dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) ist möglich.

ENERGIEKREDIT REGENERATIV

Detaillierte Infos unter www.lfa.de/energieundumwelt

Gewinnung ...

... und Speicherung

So kann grüner Strom gespeichert werden

Um möglichst unabhängig von Angebot, Jahreszeiten und Nachfrage zu sein, brauchen wir verschiedene Methoden, erneuerbare Energien zu speichern. Zum Beispiel über:

Mechanische Energiespeicher

Flüssige, feste oder gasförmige Körper bewegen sich unter Kräfteeinwirkung. Das machen sich mechanische Speicher wie Pump-, Druckluft- und Schwungradspeicher zunutze. Sie speichern Energie von Körpern (z. B. Wasser) in bewegter und ruhender Form. Effizient für die Speicherung erneuerbarer Energie sind Pumpspeicher-Kraftwerke: Bei Stromüberschuss wird Wasser in ein höhergelegenes Becken gepumpt und Lageenergie gespeichert. Braucht man Strom, lässt man Wasser über Generatoren ins untere Becken ab.

Elektrochemische Speicher

Das sind Batteriespeicher, die vorrangig in kleineren Stromsystemen wie in Einfamilienhäusern oder mittelständischen Unternehmen zum Einsatz kommen, um Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen zu speichern. Innovative Lösungen helfen mittelständischen Unternehmen dabei, möglichst energieeffizient zu arbeiten. Für die Energiespeicherung sind allen voran Lithium-Ionen-, Blei- und Redox-Flow-Batterien, wie sie VoltStorage in München herstellt, im Gespräch. Mehr zur Redox-Flow-Technologie ab Seite 4.

Chemische Energiespeicher

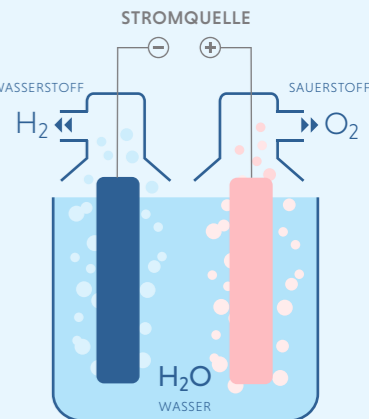
Elektrische Energie kann schwer längere Zeit gespeichert werden. Es ist daher sinnvoll, sie in chemische Energie umzuwandeln. Das geht mit sogenannten Power-to-X-Verfahren. Zum Beispiel Power-to-Gas, wo etwa durch Strom Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff umgewandelt wird. Wie diese sogenannte Elektrolyse genau funktioniert, lesen Sie im Infokasten rechts. Darüber hinaus gibt es beispielsweise auch Power-to-Heat, die Umwandlung elektrischer Energie in Wärme, und Power-to-Liquid zur Herstellung flüssiger Kraftstoffe.

GRÜNER WASSERSTOFF

Das farb- und geruchlose Gas gilt als ein Schlüssel zur Klimaneutralität. Der Hoffnungsträger ist flexibel einsetzbar, z. B. als Ersatz von Kohle in der Stahlproduktion, von Erdgas in der Chemieindustrie oder zur Stromerzeugung. Auch in Autos mit Brennstoffzellen kann er verwendet werden. Wasserstoff kann über Jahre bereitgehalten werden, was für eine Flexibilisierung der Stromversorgung sorgen könnte. Er kommt nur in Form von Verbindungen vor, die mithilfe von Energie gespalten werden müssen.

Die Grafik rechts zeigt, wie Wasserstoff über Elektrolyse aus Wasser gewonnen werden kann.

Dieser sogenannte grüne Wasserstoff wird mit Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt. Er unterscheidet sich vom „grauen Wasserstoff“, der aus fossilen Rohstoffen wie Erdgas gewonnen wird.



Durch zwei Elektroden wird Gleichstrom in die leitfähige Flüssigkeit Wasser gelenkt. Das fördert eine chemische Reaktion: Wasser wird gleichzeitig am Minuspol reduziert, wobei Wasserstoff entsteht, und am Pluspol oxidiert, woraus Sauerstoff entsteht.



MADE IN GERMANY

DIE **WAGNER MÖBEL MANUFAKTUR** WURDE MIT DER FERTIGUNG VON BAUERNSTUBEN BEKANNT. MITTLERWEILE WERDEN IN MINDELHEIM MIT INNOVATIVEN TECHNIKEN UND AUTOMATISIERUNG DESIGNAUFRÄGE AUS ALLER WELT UMGESETZT

TEXT MARLENE IRAUSEK



Schon Peter Wagner hatte einen beachtlichen Kundenkreis. 1975 übernahm er das von seinem Vater gegründete Schreinerunternehmen und verwirklichte seine Vision anspruchsvoller Innenausbauten. Wer etwas auf sich hielt und es sich leisten konnte, hatte in den 80er-Jahren eine Bauernstube aus dem Hause Wagner. 2006, viele Jahre und Wohntrends später, stand die Schreinerei zum Verkauf. Tobias Walzl sucht zu diesem Zeitpunkt eine neue Herausforderung: Die Theorie seines amerikanischen Wirtschaftsstudiums will er mit einem eigenen Unternehmen umsetzen. Zwar hat der gelernte Bankkaufmann noch keinerlei Erfahrung mit dem Schreinerhandwerk, die Produkte und ihre Fertigung beeindruckten ihn aber sofort. Er kauft das Unternehmen im Alter von 26 Jahren. Sein Studium in den USA führt er nebenbei fort.

Entwickelt hatte sich die Wagner Möbel Manufaktur auch schon vor Walzls Übernahme. Ausrichtung und Abläufe waren aber zum Teil festgefahren. Ein frischer Blick half dabei, Vorhandenes zu hinterfragen – zum Beispiel, ob es sinnvoll ist, Möbel auf fünf Stockwerke verteilt anfertigen zu lassen. Möglichst nachhaltig zu wirtschaften, ist Walzl wichtig. „Er verfügt über einen enormen Weitblick und geht an Herausforderungen auch mal unkonventionell heran. Unser Chef denkt lösungsorientiert und schaut, dass Dinge entsprechend schnell umgesetzt werden“, erklärt Marketingleiter Sebastian Stock.

Am jetzigen Standort ließ der Unternehmer 2011 ein neues Gebäude mit Produktionshalle, inklusive 2.200 Quadratmetern Ausstellungsfläche errichten. In der Fertigung setzt Walzl auf die Unterstützung innovativer Technologien. „Er sieht sich Prozesse an und überlegt, ob sie zukunftsfähig sind. Genau des-

halb wollten wir die Produktionslinie automatisieren und auch Roboter einsetzen. In bestimmten Bereichen gibt es Handgriffe, die nicht gerne gemacht werden oder die erleichtert werden können“, sagt Stock. „Ein Beispiel: Eine elf Quadratmeter große Holzplatte ist schwer und unhandlich. Zwar hebt ein Kran diese auf die Fräsmaschine, aber die einzelnen Elemente müssen später zur nächsten Maschine gebracht werden. Macht das ein Mitarbeiter, geht das mit der Zeit auf die Knochen.“

Anfang 2021 entschied sich Walzl, Roboter anzuschaffen. Die Lfa hat zwei dieser Automatisierungsvorhaben mitfinanziert: drei Roboter der Firma Kuka sowie eine vollautomatische Lackieranlage. Die Kuka-Roboter heben Bauteile von Maschine zu Maschine. Auch die Lackieranlage erspart Arbeitsschritte: Bevor sie in Betrieb ging, brauchte es zwei Leute, um die Bauteile nach der Grundierung noch einmal zu schleifen – als Vorbereitung für die Endlackierung. Mitarbeiter zu finden, die diese Arbeit 40 Stunden die Woche übernehmen, wird immer schwieriger. Der gesamte Produktionsablauf wird aufgrund reduzierter Trocknungszeiten deutlich verkürzt und mit der automatischen Wendeanlage erleichtert. Stock betont: „Wir ersetzen dadurch keinen Mitarbeiter. Wir haben eher das Problem, zu wenig Schreiner zu haben. Daher müssen wir unsere qualifizierten Mitarbeiter bestmöglich einsetzen. Ein Schreiner mit langjähriger Berufs-

erfahrung muss hier keine Holzplatten durch die Gegend tragen.“ Heute zählt die Wagner Möbel Manufaktur zu den größten Schreinereien in Süddeutschland, spezialisiert auf hochwertige Inneneinrichtungen. Gefertigt wird sehr individuell, die Konzepte sind exakt auf den Kunden zugeschnitten. Designer bringen ihre Ideen in Freihandzeichnungen zu Papier, bevor die Möbel Schritt für Schritt ihre Form annehmen. Immer mehr internationale Aufträge werden in Mindelheim gefertigt, dann verschifft und vor Ort montiert. Kürzlich wurde sogar ein Yachtausbau auf Mallorca realisiert. „Speziell bei so einem Projekt braucht man versierte Kollegen und langjährige Mitarbeiter, die viel Erfahrung mitbringen“, fasst der Marketingexperte zusammen.

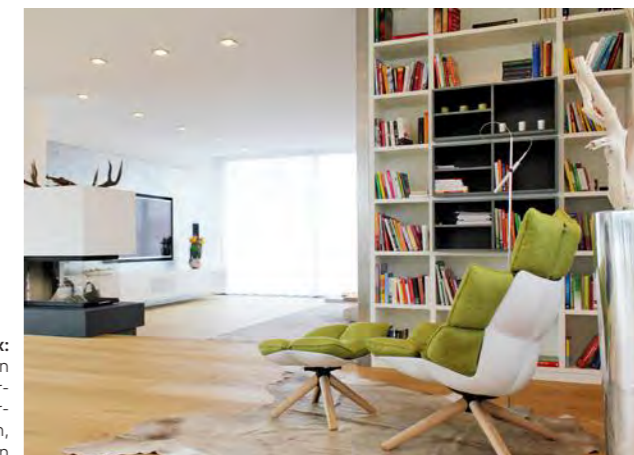
Darum sorgt der Betrieb auch vor: Aktuell unterstützen zehn Auszubildende das Team in den verschiedensten Bereichen. Denn der Geschäftsführer Tobias Walzl weiß: „Ich kann in Zukunft nur gute Fachkräfte im Betrieb haben, wenn meine erfahrenen Leute ihr Wissen weitergeben.“ Darin und im Einsatz innovativer Technologien sieht der 42-Jährige Potenzial, konkurrenzfähig und Mitstreitern vielleicht auch mal einen Schritt voraus zu sein. □

FAKTEN

WAGNER MÖBEL MANUFAKTUR
Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Gründungsjahr: 1948
Standort: Mindelheim und Illertissen
Mitarbeiter: 193
www.wagner-moebel.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Moderner Stilmix:
Zum Einsatz kommen Holz in den verschiedensten Verarbeitungsformen, Glas und Stein



„Das Bild Bayerns wird sich verändern“

AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT MÜNCHEN FORSCHT **PROFESSOR THOMAS HAMACHER** AN DER ENERGIEVERSORGUNG DER NAHEN ZUKUNFT. WIE DIE AUSSIEHT? DAS WOLLTEN WIR VON IHM WISSEN

FOTOS SEBASTIAN ARLT | INTERVIEW MARTIN FRAAS

Lassen Sie uns zuerst einen Blick auf die Gegenwart und die Gaskrise werfen. Insbesondere energieintensive Betriebe in Bayern können kurzfristig nicht auf Gas als Energieträger verzichten. Was raten Sie diesen Unternehmen?

Um zu sichern, dass sie auch im Winter noch genug Gas bekommen, müssen die Gesellschaft und die Industrie dafür sorgen, dass so viel Gas wie möglich gespart wird. Wir hören beispielsweise von Unternehmen, dass sie, wo es möglich ist, wieder mit Öl heizen. Wo Gas durch Strom zu ersetzen ist, tun sie das ebenfalls. Da ist bereits einiges in Bewegung.

Sie fordern auch von der Gesellschaft, Energie einzusparen. Wie genau kann das gelingen?

Da wäre ein deutlich hörbarer Appell der Politik an alle Bürger sehr viel wert. Denn wenn Leute sagen „Die Energiekrise wird nicht unter der Dusche entschieden“, dann mag das populär klingen, aber sie gucken nicht auf die Zahlen. Denn die sprechen eine andere und eindeutige Sprache. In deutschen Haushalten werden jedes Jahr etwa 100 Terawattstunden für Warmwasser verbraucht. Davon werden 50 Prozent durch Gas erzeugt. Nehmen wir an, wir würden davon die »



Professor Thomas Hamacher in seinem Labor „COSES“ auf dem Campus der Technischen Universität München in Garching »

Hälfte einsparen, was für die meisten Menschen problemlos möglich wäre. Damit würden wir mehr als 25 Terawattstunden beim Gas einsparen. Zum Vergleich: Das Kernkraftwerk Isar 2, das in Bayern als letztes noch am Netz ist, erzeugt im Jahr etwa 11 Terawattstunden Strom. Aber auch unabhängig von der aktuellen Energiekrise wird die Einsparung von Energie ein zentrales Thema bleiben. Genauso wie der Umstieg in allen Bereichen auf Strom.

Ist Bayern denn für diesen erheblichen Mehrbedarf an Strom gerüstet?

Ganz ehrlich: nein! Wenn wir rechtzeitig Trassen gebaut hätten und die fertig wären, wenn wir dazu die Windkraft deutlich mehr ausgebaut hätten, dann wäre natürlich auch mehr Strom da. Nun gut, wir können die Kernkraftwerke noch im Winter dieses Jahres laufen lassen. Oder sogar darüber hinaus. Ich kann die damit verbundenen Probleme allerdings im Detail zu wenig abschätzen, um eine saubere Aussage dazu treffen zu können. Aber rein von der Stromseite her wäre es wünschenswert, wenn wir diese Energie noch zur Verfügung hätten. Denn mit unserem Verzicht auf die Kernkraft stehen wir Deutschen fast allein. England und Frankreich machen weiter, die USA ebenso. Und selbst Japan fängt an, die Anlagen wieder hochzufahren. In China und Indien soll sogar eine Vielzahl von neuen Reaktoren gebaut werden.

War der kurzfristige Atomausstieg Ihrer Einschätzung nach richtig?

Es ist erst mal so, wie es ist. Man kann Kämpfe führen. Aber es lohnt sich nicht, gesellschaftlich und politisch jeden Kampf zu führen. Die Kernenergie wird nun eben an anderen Orten der Welt weiterentwickelt. Es gibt ja nicht nur die klassische Kernkraft, sondern auch neue Technologien wie beispielsweise die Fusion. Ob eine davon das Potenzial hat, dass man auch in Deutschland irgendwann wieder darüber nachdenkt, damit zu arbeiten, wird sich zeigen. Das Grundproblem bei der Kernkraft war: Der erste Entwicklungsschub wurde viel zu schnell durchgeführt, weil man diese Technologie unbedingt haben wollte. Aber wir wissen, dass alle Technologien in einem Lernprozess vorangetrieben werden müssen. Dieser Prozess war für Kernkraft viel zu schnell, mal sehen, ob dies ein zweiter Anlauf besser macht.

Sie sprachen die Windkraft an. Die Akzeptanz für Windräder ist in Bayern in der Bevölkerung nicht uneingeschränkt vorhanden, um es verhalten zu formulieren.

Windkraft trifft an vielen Orten auf Widerstand. Und sicher

müssen wir dies immer auch ernst nehmen. Trotzdem müssen dann Alternativen angeboten werden. Wer keine Windturbinen in Bayern möchte, muss zumindest Stromtrassen bauen. Es gibt aber derzeit keine Bewegung, die sich für diese dann notwendigen Leitungen einsetzt. Und keinen Spitzenpolitiker, der in die von den Trassen betroffenen Regionen reisen und Werbung dafür machen würde. Wir müssen als Gesellschaft jedoch eine Entscheidung treffen. Wollen wir wirklich einen überwiegenden Teil der Energie in unserem Land erzeugen? Wenn ja, dann müssen wir sehr viele Erzeugungsanlagen hier bauen und auch eine entsprechende Infrastruktur wie Stromleitungen. Diese Anlagen werden überall sichtbar sein! Ja, sie werden auch das Bild Bayerns verändern. Die zwei Prozent der Gesamtfläche Deutschlands für Windkraft, die die Bundesregierung genannt hat, sind keine Kleinigkeit. Im Vergleich dazu liegen die gesamten bebauten Flächen bei etwa acht Prozent der Gesamtfläche.

„UNABHÄNGIG VON DER AKTUELLEN ENERGIEKRISE WIRD DIE EINSPARUNG VON ENERGIE EIN ZENTRALES THEMA BLEIBEN“

Für eine Windkraftanlage eines derzeitigen Typs muss ein Fundament aus circa 1400 Kubikmetern Stahlbeton ins Erdreich gegossen werden. Wird das Problem der Bodenversiegelung dadurch verstärkt?

Bodenversiegelung ist vielmehr ein grundsätzliches Problem unserer Siedlungsstruktur. In Europa und Nordamerika ist das frei stehende Einfamilienhaus das Ideal. Das kann schnell zu großen Siedlungsflächen und Versiegelung führen. Aber wir haben eine Alternative: Ich wohne in Garching in einem achtstöckigen Haus mit 50 Wohnungen. Diese Bauform

ist sehr effizient, auch aus dem energetischen Blickwinkel, und hat ein großes Zukunftspotenzial. Wir könnten künftig auch in Deutschland viel mehr Hochhäuser bauen und dadurch Einfamilienhäuser ersetzen. So weit sind wir aber als Gesellschaft noch nicht.

Wäre der verstärkte Einsatz von Wasserstoff als Energieträger eine Alternative, um eine signifikante Umgestaltung des Landschaftsbilds in Bayern überflüssig zu machen?

Wir haben in Deutschland das Talent, Lösungen gegeneinander auszuspüren. Natürlich brauchen wir auch Wasserstoff. Nur müssen wir klarstellen: Woher kommt dieser Wasserstoff? Zu welchem Preis wird er geliefert? Mit welchen Technologien wird er zu uns gebracht? Schiffe, die flüssigen Wasserstoff über 5.000 Kilometer und mehr transportieren können, gibt es noch nicht. Man weiß, wie man sie konstruieren müsste, aber sie sind noch nicht gebaut bzw. nur in ersten Prototypen. Und dies ist nur ein Problem unter



Ein Mann der klaren Worte: Professor Thomas Hamacher versteht es, wissenschaftliche Erkenntnisse gut verständlich zu erklären

vielen. Ja, wir benötigen Wasserstoff und synthetische Treibstoffe für viele Anwendungen. Sie sind eine wichtige Ergänzung, aber kein Ersatz für die elektrische Energieversorgung, die die zentralen Aufgaben erfüllen muss.

Gibt es vielleicht eine völlig neue Art der Energiegewinnung, die Forscher im Schrank haben?

Nein, wir haben im Physikunterricht in der Schule ja gelernt: Es gibt vier Kräfte. Gravitation, elektromagnetische Kraft, dazu die schwache und die starke Kernkraft. Das ist es. Und mit allen vier Kräften arbeiten wir bereits. Wir können nichts Neues aus dem Hut zaubern.

Sie arbeiten und forschen derzeit in Ihrem Labor „COSES“ an sogenannten Microgrids. Was hat man sich darunter vorzustellen?

In der Vergangenheit gab es ein paar große Kraftwerke, von denen aus wurde der Strom verteilt und die Stabilität des Systems gewährleistet. Wir haben in Zukunft aber Millionen von Photovoltaikanlagen und Windturbinen. Dazu kommen ganz viele aktive Verbraucher, die sich mal an- und dann wieder abschalten. Deshalb müssen wir eine Neuorganisation des Systems finden, bei der viel mehr Management- und Regelaufgaben auf einer niedrigeren Ebene erfüllt werden. Stichwort: modularisieren. Wir können große Probleme immer nur dadurch lösen, dass wir sie in kleinere Probleme

„WIR MÜSSEN AUCH ALS GESELLSCHAFT EINE ENTSCHEIDUNG TREFFEN“

zerhacken. Und so müssen wir auch das Stromnetz in kleine Strukturen aufteilen, die wir dann im Griff haben. Eine dieser neuen Strukturen ist das Microgrid, eine überschaubare und abgeschlossene Organisationseinheit, bestehend zum Beispiel aus etwa 100 Einfamilienhäusern. All die Microgrids in Deutschland werden künftig auch interagieren.

Was sind die größten Herausforderungen für die zukünftige Energieversorgung Bayerns?

Bayern hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine wirklich konsistente Energiepolitik gemacht. Das war sicherlich die Grundlage des bayerischen Wirtschaftserfolgs. Eine solche strategische und weitsichtige Energiepolitik brauchen wir dringend wieder. Da wäre die Politik gefordert, auch mal an mutigen Visionen zu arbeiten, die natürlich von den Bürgern getragen werden müssen. ☐

PROF. DR. THOMAS HAMACHER

geboren 1964, gilt als einer der führenden Experten für Energie- und Systemanalyse. Er studierte Physik in Bonn, Aachen und an der Columbia University in New York. Seit 2010 lehrt er an der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik der Technischen Universität München und ist seit 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Erneuerbare und Nachhaltige Energiesysteme.

Online unter www.lfa.de/magazin



AUF DER ÜBERHOLSPUR

DIE BAYERISCHE POLIZEI FÜHRT EINE ZENTRALE BEDIENEINHEIT FÜR IHRE EINSATZFAHRZEUGE EIN. EIN MOTIVIERTES **ENTWICKLER-DUO AUS DER HALLERTAU** SETZT DAS DIGITALISIERUNGSVORHABEN IN DIE WIRKLICHKEIT UM

TEXT MARLENE IRAUSEK

Polizistinnen und Polizisten in Bayern und Sachsen bekommen digitale Unterstützung: Die Assistentin Leitstelle & Einsatz Automotive, kurz ALEA, ist der neue Bordcomputer des allgemeinen Streifen dienstes. Das Besondere: Das System verknüpft Sonderfunktionen wie Funk, Blaulicht, Martinshorn und die Navigation auf dem vorhandenen Autodisplay. Die Streife bekommt alle wichtigen Informationen für ihren Einsatz über den Bildschirm, mithilfe einer Art Einsatz-SMS. Die Koordinaten sind in der Nachricht enthalten und werden automatisch übernommen. Mit einem Klick lässt sich die Navigation starten, die bei Blaulicht den schnellsten Weg zum Einsatzort anzeigt – und den Streifenwagen, wenn nötig, sogar gegen die Einbahnstraße navigiert.

ALEA ist die Idee von Andreas Waltl und Robert Jung. Im Rahmen einer Ausschreibung des Bayerischen Innenministeriums brachten die IT-Spezialisten die nötige Hardware und eine auf

„BIS 2025 SOLLEN VERTRAGLICH BIS ZU MAXIMAL 4.500 AUTOS MIT DEM BORDCOMPUTER AUSGESTATTET SEIN“

die Polizei abgestimmte Anwendung auf den Weg. Das Steuergerät ihrer Firma GERMANTRONIC lässt sich zwischen Bordrechner und Display in verschiedenen Fahrzeugtypen einbauen. „Wir kön-

nen so neben dem Seriensystem jede beliebige Android-App im Auto darstellen. Das wird vielleicht auch für andere Bereiche interessant, bei denen man viel im Auto unterwegs ist, zum Beispiel im Außendienst“, erklärt Jung. Da für Anzeige und Steuerung das vorhandene Fahrzeugdisplay genutzt wird, sind keine zusätzlichen Aufbauten im Fahrzeug nötig, die Platz wegnehmen oder mit dem Airbag konkurrieren. Auch Datenschutz wird großgeschrieben: „Die Polizei will natürlich nicht, dass ihre Daten irgendwo hingehen, wo man sie nicht kontrollieren kann. Deshalb funktioniert unser System komplett ohne Cloud-Lösung. Es läuft alles lokal auf dem Rechner im Fahrzeug.“

Bisher wurde so ein Einsatzmanagement-System nicht unabhängig vom Fahrzeug ausgeschrieben. Jung er-

gänzt: „Diese explizite Anfrage für ein separates Produkt, das dann verbaut wird, war neu. Meistens sind nur die Einsatzfahrzeuge ausgeschrieben und wir dadurch auf eine Kooperation mit einem Autohersteller angewiesen.“ Für Waltl und Jung eine Chance, die sie sich nicht entgehen ließen. Zu der Zeit arbeiteten beide bei der Firma Germaneers. Für das Projekt gründeten sie im Zuge der Teilnahme an der Ausschreibung die GERMANTRONIC aus.

Sitz ihres Start-ups ist keine große Metropole, sondern Geisenfeld im oberbayerischen Landkreis Pfaffenhofen. Ein großes Firmengebäude, in dem sich das Team jeden Tag trifft, gibt es dort aber nicht: „Wir sitzen alle an verschiedenen Orten und besprechen uns größtenteils online. Nur wenn es wirklich notwendig ist, treffen wir uns“, so Jung. „Wir haben zwar während der Pandemie gegründet, aber eigentlich schon vorher so gearbeitet. Das kam uns dann zugute, weil wir von vornherein für Remote Working ausgestattet waren.“ Spezialisiert ist ihr Unternehmen auf die

Entwicklung von Soft- und Hardware für Sonderfahrzeuge, darunter Polizei, Feuerwehr und Rettung. „Anfangs musst du natürlich investieren, Geld fließt ja erst später. Und wenn es um Finanzierung in Bayern geht, führt der Weg schnell zur LfA“, so Waltl. Er und Jung beantragten den Innovationskredit 4.0 und konnten ohne Probleme alle Förderkriterien erfüllen. Für die Ausschreibung des Ministeriums bauten sie zwei Fahrzeuge auf, die dann zehn Wochen im Echtbetrieb liefen – 24 Stunden durchgehend, um zu sehen, ob das System auch in der Praxis seinen Zweck erfüllt. ALEA überzeugte und GERMANTRONIC bekam den Zuschlag.

Aktuell besteht das Team aus sieben internen Mitarbeitern, das gesamte Projekt unterstützen insgesamt aber rund 20 Kollegen. „Wir haben mit Germaneers einen starken Partner und, wenn nötig, Experten aus den verschiedensten Bereichen an unserer Seite“, schätzen sich die beiden Geschäftsführer glücklich. Bis 2025 sollen vertraglich bis zu maximal 4.500 Autos

mit dem Bordcomputer ausgestattet sein. Dem Digitalisierungsplan der Bayerischen Polizei hat sich auch die Polizei in Sachsen angeschlossen. Durch einen Kooperationsvertrag sind beide bei GERMANTRONIC bezugsberechtigt. Die Corona- und Halbleiterkrise hat das junge Unternehmen natürlich auch vor unerwartete Herausforderungen gestellt, insbesondere der Mangel an Automotive-Mikrochips. „Mittlerweile konnten wir die erste Charge ausliefern und sind stolz darauf, unseren Teil zu einer verbesserten Einsatzunterstützung der Polizei beitragen zu dürfen“, freuen sich die beiden Entwickler. Das tun sie übrigens auch über das Interesse anderer Bundesländer und weitere Anfragen aus Österreich, der Schweiz und Dänemark. ☐

FAKTEN

GERMANTRONIC
Finanzierung: Innovationskredit 4.0
Projektstart: 2020
Mitarbeiter: 7
Standort: Geisenfeld
www.alea-polizei.de

Online unter www.lfa.de/magazin

ALLES AUF EINEN BLICK

ALEA bündelt die Komponenten eines modernen Funkstreifenwagens in einer zentralen Bedieneinheit und verbindet das Einsatzfahrzeug mit der Leitstelle

Leitstelle Die direkte Übergabe garantiert eine schnelle Aufgabenübernahme

Das Blaulicht wird über das System ein- bzw. ausgeschaltet, wobei immer der aktuelle Status angezeigt wird

Aufträge und Meldungen übermittelt die Leitstelle direkt an das Fahrzeug



Sondersignal ALEA kann die Steuerung aller CiA447-konformen Sondersignalanlagen integrieren

Funk Bietet eine intuitive und herstellerunabhängige Oberfläche zur Bedienung von Analog- und Digitalfunkgeräten

Die Anhaltesignale aktiviert man, wie das Blaulicht auch, über das Display

Push-to-Talk Das Funkgerät kann analog zum konventionellen Bedienteil gesteuert werden

Ein Notruf lässt sich mit einem Klick an die Leitstelle absetzen

Fotos: Polizei Bayern, GERMANTRONIC



Bei der Jubiläumsveranstaltung: Dr. Bernhard Schwab (links), Prof. Dr. Christoph Kaserer, Peter Pauli, Peter Herreiner und Moderatorin Julia Scharf. Oben: Kabarettistin Luise Kinseher

50 JAHRE BAYBG

Investition in Chancen

Bei der Umsetzung von Zukunftsprojekten mittelständischer Unternehmen oder Start-ups ist die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft ein verlässlicher Partner – und das schon seit 50 Jahren. Ein Grund zum Feiern. Deshalb lud die BayBG am 30. Juni ins Münchner Werksviertel ein. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

der BayBG, LfA-Vorstandschef Dr. Bernhard Schwab, sprach gemeinsam mit den BayBG-Geschäftsführern Peter Pauli und Peter Herreiner sowie Prof. Dr. Christoph Kaserer, Professor für Finanzmanagement und Kapitalmärkte an der TUM, über die Zukunft des Beteiligungsmarkts. Für lockere Stimmung und die ein oder andere Stiche-

lei sorgte Luise Kinseher, besser bekannt als Mama Bavaria. Die Geschichte der BayBG begann im Jahr 1972 mit der Mozartkugel. Reber, der weltbekannte Hersteller der Marzipan-Nougat-Praline, war der erste Beteiligungsnehmer. Seither hat die BayBG viele renommierte Unternehmen begleitet. Sie steht dem Mittelstand tatkräftig zur Seite und investiert weiter in dessen Chancen. Über die Jahre hat sich das Volumen der Investments kontinuierlich erhöht. Aktuell ist die BayBG mit 340 Mio. Euro in mittelständischen Unternehmen investiert.

BUSINESSPLAN WETTBEWERBE

INNOVATIONEN VON MORGEN

Auch in diesem Jahr wurden die besten Businesspläne Nordbayerns sowie Münchens ausgezeichnet. Dabei erhielten alle Teilnehmenden Experten-Feedback, das den Weg zur Gründung erleichtern soll. Der Wettbewerb ist also das ideale Sprungbrett für die Umsetzung und Finanzierung ihrer Ideen. In Nordbayern gewann das Würzburger IT-Start-up Web Inclusion. Mit ihrer Software Eye-Able® wird die Barrierefreiheit im Internet gefördert. In München wurde das Start-up Dymium prämiert. Die Gründer entwickelten eine minimalinvasive Behandlungsmethode zur rückstandsfreien Entfernung von Nierensteinen.



Die Sieger 2022
Oben: Platz 1 in München belegten Michael Wengler und Florian Ebel von Dymium
Unten: Platz 1 in Nordbayern sicherten sich Eric Braun und Oliver Greiner von Web Inclusion

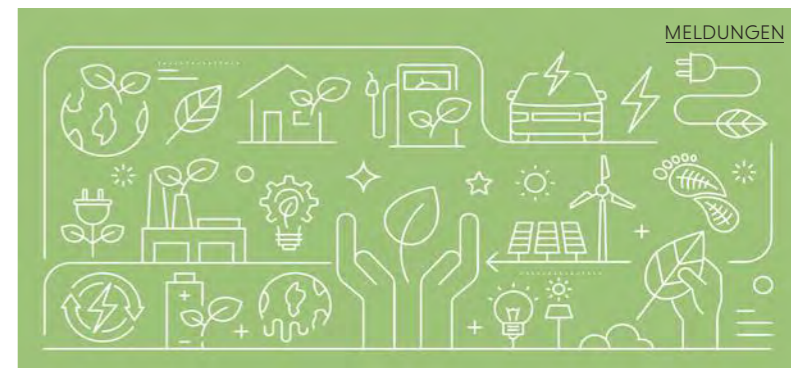
Fotos: BayBG, BayBG/Christian Schranner, BayStartUp/Andreas Gebert, iStock/cnythzl, SIMMI/S.Heuser

HALBJAHRESBILANZ 2022

1,5 MILLIARDEN EURO

Mehr als 2.700 Unternehmen und Kommunen profitierten von den Angeboten der LfA Förderbank Bayern. Mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro hat die LfA im ersten Halbjahr 2022 die bayerische Wirtschaft in Form von Darlehen unterstützt. Besonders gefragt: die Förderangebote für Erweiterungs- und Modernisierungsvorhaben mittelständischer Betriebe sowie für die Gründung und Unternehmensnachfolge. Zudem ist der neue Energiekredit Regenerativ zur Förderung von Investitionen in die Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien erfolgreich angelaufen.

Weitere Infos unter:
www.lfa.de/energieundumwelt



MELDUNGEN

LFA-NACHHALTIGKEITSBERICHT

Berichtspflicht für Nachhaltigkeit

Das Thema Nachhaltigkeit ist derzeit ein prägender Faktor der gesellschaftlichen Diskussion. Für Unternehmen lautet das Gebot der Stunde: Nachhaltigkeitsberichterstattung. Viele Unternehmen sehen sich nun komplexen Anforderungen ausgesetzt, welchen sie gesetzlich nachkommen müssen. Grundsätzlich gilt: Wer sich rechtzeitig aktiv damit auseinandersetzt, investiert auch in die eigene Zukunft. Sofern Ihr Unternehmen berichtspflichtig ist, finden sich online

zahlreiche Leitfäden für die Erstellung des Berichts, zum Beispiel von der IHK. Auch die LfA bietet Kunden, Stakeholdern und Mitarbeitenden einen Einblick in ihre unternehmerischen Nachhaltigkeitsbestrebungen. Die Förderbank reduziert stetig den Einsatz von Ressourcen, um bis zum Jahr 2028 klimaneutral zu werden. Den neuen Nachhaltigkeitsbericht der LfA finden Sie unter:

www.lfa.de/nachhaltigkeit

BAYERNS BEST 50

STARKE LEISTUNG

Bayerns Best 50 wurden am 26. Juli im Schloss Schleißheim von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ausgezeichnet. Aiwanger ehrte Mittelständler, die in den vergangenen Jahren die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihren Umsatz überdurchschnittlich steigern konnten. Alle Preisträger wurden von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als unabhängiger Jury nach objektiven Kriterien ermittelt. Mehr als 70% der prämierten Unternehmen wurden von der LfA gefördert.



IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München

Verantwortlich Bettina Daimer, Bernhard Krause, Michael Muhsal, Markus Wöhl

Internet www.lfa.de

Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München

Leiterin der Verlagsredaktion Sandra Djajadisastra

Redaktion Martin Fraas, Marlene Irausek, Lena Kaeß, Dino Medic, Alissa Selge

Bildredaktion Anika Frodl, Elina Gathof

Gestaltung Thomas Saible

Lektorat Lektorat Süd, www.ektorat-sued.de

Druck Druckerei Joh. Walch GmbH & Co KG, Augsburg

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit:
LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von Deutsche Post Direkt GmbH, Junkersring 57, 53844 Troisdorf. Deutsche Post Direkt verarbeitet Ihre Adressdaten gem. Art. 6 (1) (f) DSGVO für Zwecke der Direktwerbung anderer Unternehmen. Wenn Sie generell einer Verarbeitung Ihrer Daten für Werbezwecke durch Deutsche Post Direkt widersprechen wollen, wenden Sie sich bitte an Deutsche Post Direkt. Weitere Informationen zu Ihren Rechten auf Auskunft, Berichtigung und Beschwerde erhalten Sie unter www.postdirekt.de/datenschutz und www.lfa.de/datenschutz



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf info.fsc.org Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.





Attraktives Arbeitsumfeld
Mitarbeitende der
LfA Förderbank Bayern

ARBEITEN BEI DER LfA

WILLKOMMEN IM TEAM

MOTIVIERTE UND ZUFRIEDENE MITARBEITER SIND DAS FUNDAMENT JEDES ERFOLGREICHEN UNTERNEHMENS. ALS ATTRAKTIVER ARBEITGEBER BIETET DIE LfA FÖRDERBANK BAYERN REIZVOLLE ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN

Die LfA hat nicht nur ein besonderes Vertrauensverhältnis zu ihren Kundinnen und Kunden, sondern auch zu ihren Angestellten. Wir möchten sicherstellen, dass sich unsere Mitarbeitenden in einem modernen Umfeld entfalten können: Denn nur mit engagierten und zufriedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann die LfA die bayerische Wirtschaft nach vorn bringen. Wir bieten ein zeitgemäßes Gesamtpaket, zugeschnitten auf die Bedürfnisse von heute, das wir kontinuierlich weiterentwickeln. Dazu zählen abwechslungsreiche, sinnhafte Aufgaben, die zu einer positiven Entwicklung des Freistaats beitragen. Hinzu kommen eine hohe Arbeitsplatzsicherheit durch ein zukunftssicheres Geschäftsmodell,

ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit, flexible Möglichkeiten für mobiles Arbeiten und vieles mehr. Verlässlichkeit und dauerhaftes Engagement sind für uns mehr als nur Schlagworte: Und deshalb bringen ein umfangreiches Weiterbildungsangebot, diverse Aufstiegs- und Entwicklungschancen oder etwa Hospitationen in anderen Abteilungen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voran. Talente individuell zu fördern und zu fordern, ist uns ein großes Anliegen.

Moderne Teamarbeit wird in der staatlichen Förderbank großgeschrieben. Ein wertschätzendes, respektvolles und konstruktives Miteinander steht immer im Fokus. Auch das Arbeitsklima spielt

dabei eine entscheidende Rolle. Darum gibt es bei der LfA auch abseits der eigentlichen Arbeit viele Gelegenheiten, abteilungsübergreifend zusammenzukommen: Auf gemeinsamen Events oder beim Betriebsausflug können sich die über 300 Kolleginnen und Kollegen besser kennenlernen und Erfolge miteinander feiern. Unsere flexiblen Arbeitszeitmodelle ermöglichen die richtige Balance zwischen Beruf und Freizeit. Egal, ob es um kinderfreundliche Regelungen geht oder die Pflege von Angehörigen: Für jede Situation finden wir gemeinsam eine passende Lösung. Auch betriebliche Zusatzleistungen wie Sport- und Gesundheitsangebote oder die Kinderbetreuung in den Sommerferien leisten einen wichtigen Beitrag, Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken. Klingt das gut? Dann bewerben Sie sich jetzt. Wir freuen uns auf Sie!

Attraktive Stellenangebote
finden Sie unter
www.lfa.de/karriere

Foto: Hannes Rohrer

Fotos: Stefan Klitzsch

Karina da Silva Marini

Fachbereich
Gastronomie
Position
Servicefachkraft
Seit 2018 bei der LfA



„Hier herrscht nie Stillstand, ich bin immer in Bewegung“

Eigentlich bin ich Erzieherin. Die Ausbildung habe ich in Brasilien gemacht, wo ich ursprünglich herkomme. Aber vor 23 Jahren hat es mich nach Deutschland verschlagen. Zunächst als Au-pair-Mädchen. Mir hat es hier so gut gefallen, dass ich geblieben bin. Jetzt habe ich zwei Zuhause – eines in Brasilien und eines in Deutschland. Bis ich bei der LfA gelandet bin, war es ein langer Weg. Dazwischen liegen einige Jobs. Über eine Leihfirma lernte ich die LfA kennen. Mir war sofort klar: Hier möchte ich arbeiten. Die schönen Gebäude, das viele Grün und der Mix des Interieurs aus Alt und Modern haben mich fasziniert. Nun bin ich schon vier Jahre hier und die LfA fühlt sich an wie mein Wohnzimmer. Zu Beginn meiner Anstellung habe ich in verschiedene Bereiche reingeschnuppert: Kantine, Küche, Cafeteria und Service. Bei Letzterem bin ich schlussendlich geblieben und nun fest angestellt. Gemeinsam mit einer Kollegin Sorge ich dafür, dass die Räume aller LfA-Gebäude für Veranstaltungen und Sitzungen mit dem nötigen Essen und mit Getränken ausgestattet sind. Zwischendrin helfe ich aber auch in der Kantine oder Cafeteria aus – je nachdem, wo gerade Unterstützung benötigt wird. Genau das ist es, was mir an der Arbeit Freude bereitet: Hier herrscht nie Stillstand, ich bin immer in Bewegung.

Marc Henrik Rößler

Fachbereich
Eigenkapitalfinanzierung
und Globaldarlehen
Position
Kreditspezialist
und -analyst
Seit 2009 bei der LfA



„Der hohe Grad an Eigenverantwortung gefällt mir sehr“

Bevor ich 2009 zur LfA kam, habe ich an mehreren Stationen in ganz unterschiedlichen Bereichen haltgemacht. Aufgewachsen bin ich im Schwabenland. Dort startete ich klassisch mit einer Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse. Danach studierte ich BWL und Recht in Aschaffenburg. Dadurch sind die verschiedensten Türen aufgegangen – in London, Belgrad, Berlin und sogar in Hof. Heute arbeite ich in einem thematisch breit aufgestellten Team und bin für Spezialkredite und das Teilnehmendenmanagement der LfA zuständig. Die LfA-Gruppe ist auf unterschiedliche Arten als Teilnehmende in Unternehmen engagiert. Ich persönlich bin beispielsweise Gesellschaftervertreter der LfA bei zwei unserer Unternehmensbeteiligungen und kümmere mich ansonsten um die LfA Globaldarlehen. Der hohe Grad an eigenverantwortlichem Arbeiten gefällt mir sehr. Als zweiter stellvertretender Vorsitzender des Personalrats kümmere ich mich zudem um die Belange der Mitarbeiter. Das Verhältnis zwischen LfA und Personalrat ist sehr konstruktiv. Als Beispiel sei hier die neue Dienstvereinbarung zum mobilen Arbeiten genannt, welche uns eine zeitgemäße und großzügige Regelung für Homeoffice ermöglicht. Mein persönliches Highlight 2022 war die Planung des Sommerfests für die Kollegen und deren Familien im Tierpark Hellabrunn. Nach zwei Jahren Pandemiemaßnahmen war das für alle ein sehr schönes Erlebnis!



ENERGIEKREDIT REGENERATIV
FÜR INVESTITIONEN IN
ERNEUERBARE ENERGIEN

WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir Unternehmen darin, die Energieeffizienz ihrer Gebäude und Maschinen zu optimieren. Mit unserem Energiekredit Regenerativ fördern wir außerdem Investitionen in Ihre Selbstversorgung mit erneuerbarer Energie. Gerne beraten wir Sie kostenfrei.
Tel. 089/21 24-10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA Förderbank
Bayern